

# EINE ERNSTE SACHE



Leitfaden zur Empfehlung CM/Rec(2015)3  
des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über den  
Zugang von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen  
zu sozialen Rechten (ENTER)



COUNCIL OF EUROPE



CONSEIL DE L'EUROPE

# EINE ERNSTE SACHE

Leitfaden zur Empfehlung CM/Rec(2015)3  
des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten  
über den Zugang von Jugendlichen aus benachteiligten  
Stadtteilen zu sozialen Rechten (ENTER)

**Mitwirkende: Kevin O'Kelly, John Muir**  
**Redakteur:innen: Mara Georgescu, Rui Gomes**

Englische Ausgabe:

*Taking it seriously - Guide to Recommendation  
CM/Rec(2015)3 of the Committee of Ministers  
of the Council of Europe to member states on  
the access of young people from disadvantaged  
neighbourhoods to social rights*  
ISBN 978-92-871-8275-3

*Die in diesem Dokument geäußerten Meinungen  
unterliegen der Verantwortung der Autor:innen  
und entsprechen nicht notwendigerweise  
der offiziellen Politik des Europarates.*

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser  
Veröffentlichung darf ohne die vorherige  
schriftliche Genehmigung der Direktion  
für Kommunikation (F-67075 Straßburg  
Cedex oder [publishing@coe.int](mailto:publishing@coe.int)) ungeachtet  
der Art oder Methode, sei es elektronisch  
(CD-ROM, Internet, etc.) oder mechanisch,  
einschließlich Fotokopieren, Aufnahme oder  
ein anderes Informationsspeicherungs-  
oder Abrufungssystem, übersetzt,  
vervielfältigt oder übermittelt werden.

Jeder weitere Schriftverkehr in Zusammenhang  
mit diesem Dokument ist an die  
Jugendabteilung des Europarates zu richten :

European Youth Centre Straßburg  
30, rue Pierre-de-Coubertin  
F-67075 Strasbourg Cedex – France  
E-mail : [youth@coe.int](mailto:youth@coe.int)

Umschlag und Layout:

Abteilung für Dokumente und Veröffentlichungen  
des Europarats (SPDP), Europarat

Fotos: Europarat, ©Shutterstock

Éditions du Conseil de l'Europe  
F-67075 Strasbourg Cedex  
<http://book.coe.int>

ISBN 978-92-871-8654-6

© Europarat, November 2020

Druck durch den Europarat

# Inhalt

<b>EINFÜHRUNG IN DEN LEITFADEN</b>	<b>5</b>
KAPITEL 1	7
<b>DER EUROPARAT UND JUNGE MENSCHEN</b>	<b>9</b>
Europarat und Jugendpolitik	9
Europarat und Jugendarbeit	10
KAPITEL 2	11
<b>DER EUROPARAT UND DIE SOZIALEN RECHTE VON JUGENDLICHEN</b>	<b>13</b>
Europäische Menschenrechtskonvention	13
Europäische Sozialcharta	13
Soziale Rechte und junge Menschen	15
Der kongress der Gemeinden und Regionen Europas	15
KAPITEL 3	17
<b>DAS ENTER!-PROJEKT ÜBER DEN ZUGANG VON JUGENDLICHEN ZU SOZIALEN RECHTEN</b>	<b>19</b>
Ansätze des Enter!-Projekts	20
KAPITEL 4	21
<b>ZUGANG VON JUGENDLICHEN ZU SOZIALEN RECHTEN</b>	<b>23</b>
Zugang zu hochwertigen öffentlichen Diensten	23
Zugang zu Bildung	23
Zugang zur Gesundheitsversorgung	24
Zugang zu sozialem Schutz	24
Zugang zu Wohnraum	24
Zugang zu Beschäftigung	24
Zugang von Minderheitengruppen zu sozialen Rechten	25
Förderung nachhaltiger Stadtteile	25
Partizipative Demokratie	26
KAPITEL 5	27
<b>EINFÜHRUNG IN DIE ENTER!-EMPFEHLUNG CM/REC(2015)3</b>	<b>29</b>
Skizzierung der Empfehlung	29
KAPITEL 6	31
<b>MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DES ZUGANGS ZU SOZIALEN RECHTEN</b>	<b>33</b>
Verbesserung der Lebensbedingungen	33
Förderung der sozialen Integration	40
Förderung der Partizipation am Lebensumfeld	41
Nichtdiskriminierung und aktive Bürger:innenschaft	42
Unterstützung der non-formalen Bildung und Jugendarbeit	43
Verbesserung der Gleichstellung der Geschlechter	44
Prävention von Gewalt	45
KAPITEL 7	47
<b>AUSARBEITUNG EINER JUGENDFREUNDLICHEN POLITIK</b>	<b>49</b>
Was ist Politik?	49
Ausarbeitung einer Politik	49
Ausarbeitung einer Jugendpolitik	51
Kampagnen	51
Eine Fallstudie: Giovanisi, Toskana, Italien	52
KAPITEL 8	55
<b>WAS IHR (DIE JUGENDLICHEN) TUN KÖNNT: AKTIV SEIN UND STELLUNG BEZIEHEN</b>	<b>57</b>
Verstehen der Situation	57
Durchführen von Recherchen	57
Identifizieren der wichtigsten Akteur:innen	58
Eine eigene Geschichte verfassen	58
Erarbeiten eines Aktionsplans	58
Handeln	58
Kooperation mit anderen Gruppen oder Bewegungen	59
Unterstützung bedürftiger menschen	59
Training und Peer-Education	59
Lobbyarbeit und Kampagnen	59
ANHANG	61
ANHANG 1 – BIBLIOGRAFIE	63
ANHANG 2 – GLOSSAR	66



# Einführung in den Leitfaden

---

**D**ieser Leitfaden begleitet die Empfehlung CM/Rec(2015)3 des Ministerkomitees des Europarates an die Mitgliedstaaten über den Zugang von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen zu sozialen Rechten. Er enthält erläuternde Informationen zur Empfehlung und den vorgeschlagenen Maßnahmen.

— Die ENTER!-Empfehlung wurde im Januar 2015 angenommen und ruft die Mitgliedstaaten des Europarates auf, Maßnahmen zu ergreifen, die zum Ziel haben:

- ▶ die Lebensbedingungen von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen zu verbessern, indem sie erschwingliche und jugendfreundliche öffentliche Dienste bereitstellen;
- ▶ Maßnahmen umzusetzen, um Segregation und Isolation zu beenden;
- ▶ bei allen Angelegenheiten in Bezug auf ihren Lebensbereich Gelegenheiten und Programme für die Konsultation und Partizipation von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen zu schaffen;
- ▶ Maßnahmen umzusetzen, die es Jugendlichen ermöglichen, ihre aktive Rolle in der Gesellschaft frei von Diskriminierung wahrzunehmen;
- ▶ die Rolle non-formaler Bildung (und jener Personen, die non-formale Bildungsprogramme anbieten, wie z. B. Jugendarbeiter:innen und Jugendorganisationen) für das Verhindern von Diskriminierung, Gewalt und sozialer Ausgrenzung und für die Mitwirkung junger Menschen als aktive Bürger:innen anzuerkennen;
- ▶ gleichstellungsorientierte Ansätze bei der Ausarbeitung der Jugendpolitik anzuwenden und die gleiche Partizipation junger Frauen und junger Männer aus benachteiligten Stadtbezirken zu unterstützen.

— In vielen Städten haben die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten, die mit Migranten- und Minderheitengemeinschaften verbunden sind, zur Entwicklung benachteiligter Stadtteile geführt, in denen Vielfalt häufig auch mit Armut und zudem mit Marginalisierung oder Ausgrenzung einhergeht. Dies ist manchmal mit verschiedenen Formen und Ausmaßen einer sozialen Segregation, Diskriminierung und Gewalt verbunden.

— In Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Krisen sind das Gefühl von Machtlosigkeit und Zukunftsangst mit der Gefahr verbunden, örtliche Spannungen und zugrunde liegende Konflikte zu verschärfen. Junge Menschen stehen häufig im Mittelpunkt dieser Spannungen, da sie verletzlich und unsicherer sind und weil sie unmittelbar von Unsicherheiten im Hinblick auf die Entwicklung ihrer Eigenständigkeit sowie ihre Partizipation in der Gesellschaft und ihren Beitrag zu deren Entwicklung betroffen sind.

— In den 47 Mitgliedstaaten des Europarates variieren die Gegebenheiten der einzelnen Staaten und Städte erheblich; die Reaktionen der kommunalen und nationalen Stellen unterscheiden sich aus diesem Grund ebenfalls. Selten werden jedoch die Ursachen angemessen angegangen. Bestenfalls scheinen sich bei kritischen Ereignissen und in Zeiten einer erhöhten Medienberichterstattung die politischen Maßnahmen mit Epiphänomenen (z. B. Jugendgewalt oder Jugendkriminalität) zu befassen. Repressive Maßnahmen ziehen häufig mehr Aufmerksamkeit auf sich als präventive Ansätze.

— Die Situation junger Menschen aus benachteiligten Stadtteilen dient häufig als Barometer der Integration und der Kohäsion innerhalb einzelner Gemeinschaften und der Gesamtgesellschaft. Die Probleme, mit denen sich viele junge Menschen in benachteiligten Stadtteilen konfrontiert sehen, sind häufig komplex und multidimensional und führen manchmal zu einer Spirale oder zu einem Teufelskreis der Diskriminierung, Gewalt und Ausgrenzung. Diese Komplexität kann jedoch keine Rechtfertigung für ein ausbleibendes Handeln oder eine ausbleibende Reaktion sein. Im Gegenteil, sie sollte zu Kooperation, Kreativität und Entschlossenheit führen, um die Eskalation von Konflikten zu verhindern und letztendlich sicherzustellen, dass die sozialen (Menschen-) Rechte der betroffenen jungen Menschen nicht verweigert oder verletzt werden.

— Der Europarat hat sich der Aufgabe verschrieben, auf diese Situationen zu reagieren, indem er Empfehlungen für seine Mitgliedstaaten formuliert hat, in denen sie aufgerufen und unterstützt werden, angemessene politische Lösungen für Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt zu finden, von denen junge Menschen in benachteiligten Stadtteilen betroffen sind. Anfang 2015 nahm das Ministerkomitee des Europarates eine Empfehlung mit Vorschlägen für politische Maßnahmen für die Mitgliedstaaten an, um den Zugang junger Menschen zu sozialen Rechten zu fördern. Diese Publikation ist eine Ergänzung zu dieser Empfehlung und soll politischen Entscheidungsträger:innen, Jugendarbeiter:innen, Jugendorganisationen und jungen Menschen deren Inhalt näher bringen und Informationen und Anleitungen für die schrittweise Umsetzung der Empfehlung geben.

— Insbesondere richtet dich die Publikation an:

- ▶ Vertreter:innen des öffentlichen Dienstes oder staatlicher Behörden, die für Jugendpolitik, Sozialpolitik und öffentliche Politik im Jugendbereich zuständig sind;
- ▶ Jugendarbeiter:innen, Jugendleiter:innen und Mitglieder von Jugendorganisationen, die sich mit Fragen der sozialen Inklusion befassen.

— Die Publikation bietet Ratschläge und Handlungsbeispiele, sowie politische Ansätze, die im Hinblick auf den Zugang von

jungen Menschen aus benachteiligten Stadtteilen zu sozialen Rechten entwickelt werden können, um den Problemen Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt zu begegnen. Der Leitfaden soll den Inhalt der vom Ministerkomitee angenommenen Empfehlung verständlicher machen und diesen enger an die Arbeitsrealität von politischen Entscheidungsträger:innen, Jugendarbeiter:innen und Jugendorganisationen anlehnen. Die Empfehlung selbst richtet sich vorrangig an die nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates. In Anbetracht des Aufbaus, des Themas und der Relevanz der Empfehlung werden kommunale und regionale Stellen und Fachleute aus dem Bereich Jugendarbeit auch wertvolle Vorschläge in der Empfehlung finden, die sie auf ihrer Ebene umsetzen können.

■ Die Empfehlung ist das Ergebnis des Projekts Enter!, das die Jugendabteilung des Europarates seit 2009 durchführt. Im Rahmen dieses Projekts hat der Europarat das Folgende erreicht:

- ▶ Ausbildung von Jugendarbeiter:innen und Jugendleiter:innen, um den Zugang von jungen Menschen zu sozialen Rechten durch die Arbeit im Jugendbereich zu fördern;
- ▶ Unterstützung von Projekten zum Thema Zugang zu sozialen Rechten, die von jungen Menschen geleitet werden;
- ▶ Entwicklung von Wissen und Belegen für politische Empfehlungen im Rahmen von thematischen Seminaren und im Austausch mit jungen Menschen, Jugendarbeiter:innen, politischen Entscheidungsträger:innen und Forscher:innen.

## AUFBAU DER PUBLIKATION

■ Die Publikation ist wie folgt aufgebaut:

<b>Einleitende Kapitel</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Einführung in die Arbeit des Europarates im Bereich Jugendpolitik und Jugendarbeit;</li> <li>▶ Einführung in den Menschenrechtsrahmen des Europarates und insbesondere in den Rahmen für soziale Rechte;</li> <li>▶ Einführung in das Projekt Enter!, als Quelle für die Empfehlung des Ministerkomitees;</li> <li>▶ Skizzierung der wichtigsten Themen zum Zugang von Jugendlichen zu sozialen Rechten.</li> </ul>
<b>Die Enter!-Empfehlung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Einführung in die Empfehlung, ihren Aufbau und Inhalt:</li> <li>▶ eine Analyse der einzelnen politischen Maßnahmen, die in der Empfehlung aufgeführt sind, zusammen mit Praxisbeispielen auf Grundlage des Inhalts der Empfehlung.</li> </ul>
<b>Erläuterungskapitel</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ eine Schritt-für-Schritt-Anleitung zur Ausarbeitung einer jugendfreundlichen Politik, zusammen mit einer Fallstudie;</li> <li>▶ Vorschläge und Ideen für junge Menschen, Jugendarbeiter:innen und Jugendorganisationen für die Arbeit im Bereich sozialer Rechte.</li> </ul>

■ Eine Bibliografie und ein Glossar sind der Publikation angehängt.

■ Die Leser:innen sind eingeladen, diese Publikation begleitend zu ihrer Arbeit einzusetzen und konkrete Informationen und Anleitungen zu suchen, die ihre Tätigkeit im Bereich Zugang von Jugendlichen zu sozialen Rechten unterstützen.

■ Die Empfehlung kann auch auf der Webseite des Enter!-Projekts aufgerufen werden: [www.coe.int/enter](http://www.coe.int/enter). Auf der Webseite ist eine leicht verständliche Version verfügbar.







# Der Europarat und junge Menschen

**D**er Europarat ist eine zwischenstaatliche Organisation, die 1949 gegründet wurde. Er besteht gegenwärtig aus 47 Mitgliedstaaten und hat seinen Sitz in Straßburg. Seine wichtigsten Werte und sein Leitbild sind Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Der Europarat legt Standards für seine 47 Mitgliedstaaten fest, arbeitet zusammen mit seinen Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft in den Bereichen, die mit seinem Leitbild verbunden sind, und überwacht die Menschenrechte und die Umsetzung seiner Standards in den Mitgliedstaaten.

— Bevor auf Fragen in Zusammenhang mit sozialen Rechten eingegangen wird, werden zunächst die wichtigsten Ansätze des Europarates im Bereich Jugendpolitik und Jugendarbeit erläutert. In Bezug auf die in dieser Publikation behandelten Themen ist das wichtigste Projekt des Europarates das Enter!-Projekt über den Zugang von Jugendlichen zu sozialen Rechten, das der Empfehlung an die Mitgliedstaaten zugrunde liegt. Die Ansätze des Projekts, seine Aktivitäten und Ergebnisse werden im Folgekapitel beschrieben.

## EUROPARAT UND JUGENDPOLITIK

— Für den Europarat ist der soziale Zusammenhalt eine wesentliche Komponente der Förderung der Menschenrechte und Menschenwürde. Er ist fest verbunden mit den Menschenrechten sowie der Akzeptanz einer gemeinsamen Verantwortung für das Wohlergehen aller Mitglieder einer Gesellschaft, insbesondere jener, die dem Risiko von Armut und Ausgrenzung ausgesetzt sind.

— Der Europarat fördert Leitlinien und Menschenrechtsnormen für sozialpolitische Maßnahmen und soziale Rechte. Diese werden in den folgenden Kapiteln im Detail behandelt. Der Europarat entwickelt darüber hinaus auch politische Standards und Richtlinien in Bezug auf Jugendpolitik, um seine Mitgliedstaaten bei einer Jugendpolitik zu unterstützen, die zum Ziel hat „jungen Menschen... gleiche Chancen und Erfahrungen zu ermöglichen, so dass sie Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen für eine vollumfängliche Teilhabe an allen Aspekten der Gesellschaft entwickeln können“<sup>1</sup>

— Die Jugendabteilung des Europarates fördert die Jugendpolitik in seinen Mitgliedstaaten. Sie arbeitet im

Rahmen eines Co-Managementsystems mit nichtstaatlichen Jugendorganisationen und öffentlichen Institutionen zusammen, die im Jugendbereich tätig sind. Ihr Programm schließt eine Bandbreite von Aktivitäten in seinen Europäischen Jugendzentren in Straßburg und Budapest sowie in den Mitgliedstaaten ein.

— Besondere Aufmerksamkeit widmet der Europarat der spezifischen Situation und den Herausforderungen, die junge Menschen mit geringeren Chancen betreffen, sowie jenen, deren Zugang zu Partizipation und zur Wahrnehmung ihrer sozialen Rechte eingeschränkt ist. Die Mechanismen zur Unterstützung der Politik für die soziale Inklusion und Integration junger Menschen, die vom Europarat angewendet werden, sind u.a.:

- ▶ Trainingsprogramme für Jugendarbeiter:innen;
- ▶ Empfehlungen für die Jugendpolitik und Richtlinien für die soziale Inklusion;
- ▶ Bildungsressourcen für die Partizipation;
- ▶ Unterstützung durch die Europäische Jugendstiftung<sup>2</sup> zur Förderung von Pilotprojekten, die von jungen Menschen durchgeführt werden.

— Die Anerkennung und Förderung der Jugendarbeit und des non-formalen Lernens in Europa sind ebenfalls Teile dieser Bemühungen. Die non-formale Bildung hat sich als effizienter Ansatz bei der Arbeit mit jungen Menschen erwiesen, da sie den Fokus auf die Lernenden legt und sich auch an junge Menschen außerhalb formaler Schullehrpläne wendet. Die non-formale Bildung ermöglicht Jugendarbeiter:innen, sich mit den alltäglichen Gegebenheiten junger Menschen zu befassen und deren Fähigkeiten, Einstellungen und Kenntnisse auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrungen zu entwickeln.

— Die Europäischen Jugendzentren in Budapest und Straßburg sind Vorreiter innovativer Trainingskonzepte im Rahmen ihrer interkulturellen Bildungsprogramme für Jugendarbeiter:innen und Jugendleiter:innen. Die Partnerschaft mit der Europäischen Kommission im Bereich Jugend, zusammen mit der Europäischen Agentur für Jugendinformation und Jugendberatung (ERYICA) und dem Teilabkommen zur Jugendmobilität durch die Jugendkarte sind zusätzliche Instrumente, die unser Aktionspotenzial erhöhen

1. Resolution CM/Res(2008)23 des Ministerkomitees über die Jugendpolitik des Europarates.

2. *Europäische Jugendstiftung, verfügbar unter [www.coe.int/en/web/european-youth-foundation](http://www.coe.int/en/web/european-youth-foundation).*

und sich durch jene, die mit jungen Menschen arbeiten, positiv auf diese auswirken.

— Darüber hinaus haben die europäischen Jugendkampagnen „Alle anders - alle gleich“ und die neuere „No Hate“-Bewegung viele exzellente Beispiele für gute Praktiken und gute Resultate geliefert, wenn staatliche und nichtstaatliche Jugendakteure für gemeinsame Ziele kooperieren.

— Für den Europarat ist die Jugendpolitik eine Strategie, die von staatlichen Behörden mit dem Ziel umgesetzt wird, jungen Menschen Gelegenheiten und Erfahrungen zu ermöglichen, die ihre erfolgreiche Integration in die Gesellschaft erleichtern. Sie lernen, aktive und verantwortungsvolle Mitglieder ihrer Gesellschaften zu werden sowie Menschen, die Veränderungen bewirken können. Die Jugendpolitik umfasst vier Dimensionen, die alle Aspekte des Lebens junger Menschen einbeziehen: a. in guter Verfassung zu sein (körperlich und geistig), b. Lernen (informell, non-formal und formal), c. Partizipation und d. Inklusion. Die Jugendpolitik kann unterschiedliche Interventionsmethoden kombinieren (Gesetzgebung, spezifische Programme, etc.) und Teil einer langfristigen Bildungsperspektive sein. Die Jugendpolitik richtet sich an alle jungen Menschen, sollte aber jenen, die sozial, wirtschaftlich oder kulturell schutzbedürftig sind, besondere Aufmerksamkeit widmen.

— Gemäß dieser Auffassung darf die Jugendpolitik junge Menschen und ihre Themen nicht nur als „zu lösende Probleme“ betrachten – der so genannte „Feuerwehr“-Ansatz –, sondern sie muss an junge Menschen ganzheitlich über alle Politikbereiche und über klare Zielsetzungen herantreten, die beurteilt werden können“ (Europarat 2003). Die Jugendpolitik sollte auch die Rolle und „Mitwirkung junger Menschen“ respektieren, „unter gleichzeitiger Berücksichtigung der spezifischen Herausforderungen und Hürden, mit denen sie konfrontiert sind“ (a.a.O.), abhängig von ihrer Stellung und den ihnen offen stehenden Möglichkeiten.

— Ein äußerst wichtiger Ansatz des Europarates im Bereich Jugendpolitik ist die Förderung der Jugendpartizipation, d. h. die Einbeziehung junger Menschen in alle sie unmittelbar betreffenden politischen Angelegenheiten.



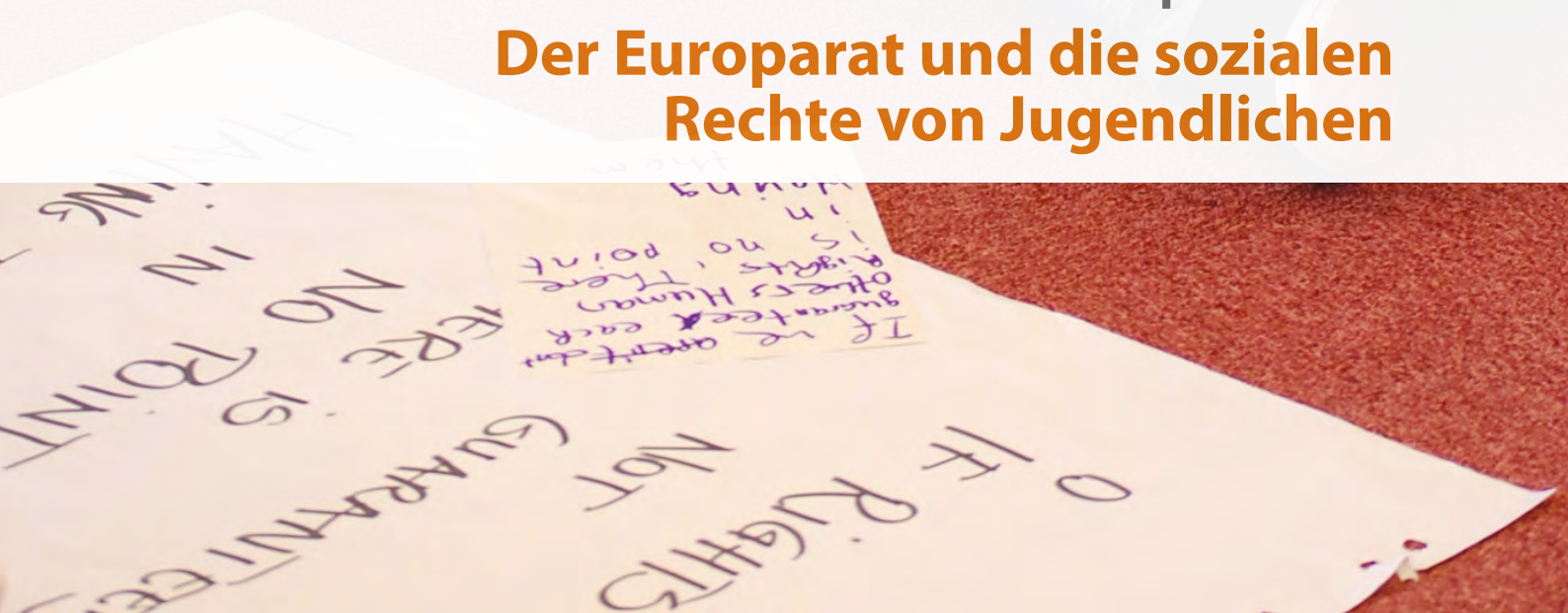
## EUROPARAT UND JUGENDARBEIT

— Jugendarbeit in Europa wird von einer großen Anzahl unterschiedlicher Institutionen und Organisationen und von vielen unterschiedlichen Menschen einzeln und in Teams ausgeführt. Sie ist sehr vielfältig und nimmt viele unterschiedliche Formen an. Jugendarbeit wird allgemein als Instrument für die persönliche Entwicklung, soziale Integration und aktive Bürger:innenschaft junger Menschen verstanden. Jugendarbeit ist ein Oberbegriff für alle Arten von Aktivitäten mit und von jungen Menschen und für junge Menschen, die in den Bereichen Gesellschaft, Kultur, Bildung oder Politik ergriffen werden. Sie gehört zum Bereich der „außerschulischen“ Bildung, die meistens entweder als non-formales oder informelles Lernen bezeichnet wird. Das Hauptziel der Jugendarbeit ist die Schaffung von Gelegenheiten für junge Menschen, ihre eigene Zukunft zu gestalten.



## Kapitel 2

### Der Europarat und die sozialen Rechte von Jugendlichen





# Der Europarat und die sozialen Rechte von Jugendlichen

**D**er Europarat legt einen Schwerpunkt auf soziale Rechte und sozialen Zusammenhalt auf der Grundlage von Solidarität und gemeinsamer Verantwortung. Für das Erreichen dieser Zielsetzungen haben die 47 Mitgliedstaaten eine Reihe internationaler Übereinkommen oder Verträge geschlossen, die dem Ziel dienen, die sozialen, politischen und bürgerlichen Rechte seiner Bürger zu garantieren.

— Dieses Kapitel befasst sich mit diesen Menschenrechtsnormen, die einen stabilen Rahmen für Jugendpolitik und Jugendarbeit liefern und das Ziel verfolgen, den Zugang von Jugendlichen zu sozialen Rechten zu fördern.

## EUROPÄISCHE MENSCHENRECHTSKONVENTION

— Alle Mitgliedstaaten des Europarates haben die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (gemeinhin als Europäische Menschenrechtskonvention bezeichnet) unterzeichnet, ein internationales Übereinkommen für den Schutz der Menschenrechte auf dem Kontinent. Sie wurde zuerst 1953 angenommen und schließt bürgerliche und politische Rechte ein. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wurde 1959 eingerichtet, um die Umsetzung der Konvention in den Mitgliedstaaten zu überwachen. Einzelpersonen und Organisationen können Beschwerde gegen Menschenrechtsverletzungen beim Gerichtshof einreichen, sobald alle innerstaatlichen Rechtsmittel des betroffenen Mitgliedstaates ausgeschöpft sind.

— Die Mitgliedstaaten des Europarates haben sich in Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention auch der Nichtdiskriminierung verschrieben. Dieser Artikel bietet lediglich Schutz vor Diskriminierung im Hinblick auf die Wahrnehmung der anderen in der Konvention aufgeführten Rechte. Protokoll Nr. 12 zur Konvention wurde aufgesetzt, um ein stärkeres, für sich stehendes Recht auf Gleichbehandlung und ein generelles Diskriminierungsverbot zu etablieren. Somit hat dieses Protokoll den Anwendungsbereich der Konvention erweitert, da es die Diskriminierung in Bezug auf jedes gesetzliche Recht abdeckt, selbst wenn dieses Recht nicht explizit durch die Konvention genannt wird. Protokoll Nr. 12 besagt:

— Artikel 1:

### Allgemeines Diskriminierungsverbot

1. Der Genuss eines jeden gesetzlich niedergelegten Rechtes ist ohne Diskriminierung, insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder eines sonstigen Status zu gewährleisten.
2. Niemand darf von einer Behörde diskriminiert werden, insbesondere nicht aus einem der in Absatz 1 genannten Gründe.

## EUROPÄISCHE SOZIALCHARTA

— Zur Ergänzung der Europäischen Menschenrechtskonvention hat der Europarat 1961 die Europäische Sozialcharta (Sozialcharta) verabschiedet. Die Charta wurde 1996 überarbeitet und aktualisiert. Sie hat zum Ziel, die Grundrechte zu schützen, u.a. soziale und wirtschaftliche Rechte, und garantiert darüber hinaus den Bürgern der Mitgliedstaaten Rechte und Freiheiten, die alle Menschen in ihrem Alltag betreffen. Von den Mitgliedstaaten wird erwartet, jedes Jahr einen Bericht über ausgewählte Bestimmungen der Sozialcharta einzureichen, in dem erläutert wird, wie diese Bestimmungen im Recht und in der Praxis umgesetzt werden.

— Der Europäische Ausschuss für soziale Rechte (ECSR) ist das Gremium des Europarates, das die Einhaltung der Bestimmungen der Sozialcharta durch die Mitgliedstaaten überwacht. Das Recht zur Einreichung von Beschwerden ist bestimmten Organisationen vorbehalten, in der Regel nichtstaatlichen Organisationen (NGOs), die einen „partizipatorischen Status“ haben. Nach Prüfung einer Beschwerde und mündlichen Darlegungen durch den relevanten Mitgliedstaat und durch den Beschwerdeführer trifft der ECSR eine verbindliche Feststellung.

— Die Charta garantiert Rechte und Freiheiten, die alle Menschen betreffen. Die Grundrechte sind wie folgt festgelegt:

### 1 WOHNEN

- ▶ Zugang zu angemessenem und bezahlbarem Wohnraum;
- ▶ Reduzierung von Obdachlosigkeit durch eine Wohnungspolitik, die auf alle benachteiligten Kategorien abzielt;
- ▶ Verfahren zur Einschränkung von Zwangsräumungen;
- ▶ gleicher Zugang für Ausländer:innen zu Sozialwohnungen und Wohnbeihilfen;
- ▶ Wohnungsbau und Wohnbeihilfen unter Berücksichtigung des familiären Bedarfs.

### 2 GESUNDHEIT

- ▶ zugängliche, wirksame medizinische Einrichtungen für die gesamte Bevölkerung;
- ▶ politische Richtlinien für das Verhindern von Krankheiten, insbesondere die Garantie einer gesunden Umwelt;
- ▶ Eliminieren von Gefahren am Arbeitsplatz, um sicherzustellen, dass die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz gesetzlich verankert und in der Praxis gewährleistet sind;
- ▶ Mutterschutz.

### 3 BILDUNG

- ▶ unentgeltliche Schulbildung in der Primar- und Sekundarstufe;
- ▶ unentgeltliche und wirksame berufsbegleitende Maßnahmen;
- ▶ Zugang zu einer ersten Ausbildung (allgemeine Schulbildung und berufsbildender Unterricht der Sekundarstufe II), Hochschulbildung an Universitäten und Fachhochschulen, Berufsschulbildung, einschließlich beruflicher Weiterbildung;
- ▶ Sondermaßnahmen für ausländische Bewohner:innen;
- ▶ Integration von Kindern mit Behinderungen an Schulen;
- ▶ Zugang zu Bildung und Berufsausbildung für Menschen mit Behinderungen.

### 4 BESCHÄFTIGUNG

- ▶ freie Berufswahl (Verbot von Zwangsarbeit; Verbot der Beschäftigung von Kindern jünger als 15 Jahre; besondere Arbeitsbedingungen für die Altersspanne 15 und 18 Jahre; das Recht, den eigenen Lebensunterhalt in einem frei gewählten Beruf zu verdienen);
- ▶ faire Arbeitsbedingungen (eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die eine Vollbeschäftigung gewährleisten; Zugang zu Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen; faire Arbeitsbedingungen in Bezug auf Bezahlung und Arbeitsstunden; Schutz bei Kündigung; Schutz vor sexueller und psychischer Belästigung);

- ▶ kollektive Rechte (Freiheit, Gewerkschaften zu gründen und für Arbeitnehmer:innenverbände, wirtschaftliche und soziale Interessen zu vertreten; individuelle Freiheit, zu entscheiden, ob man diesen Verbänden beitrifft oder nicht; Förderung von gemeinsamer Konsultation, Tarifverhandlungen, Schlichtung und freiwilligen Schiedsverfahren; Streikrecht).

### 5 RECHTS- UND SOZIALSCHUTZ

- ▶ Rechtsstellung des Kindes;
- ▶ Behandlung junger Straftäter:innen;
- ▶ Schutz vor Misshandlung und Missbrauch;
- ▶ Verbot jeder Form von Ausbeutung (sexueller oder anders gearteter);
- ▶ Rechtsschutz der Familie (Gleichstellung von Ehegatten und Schutz der Kinder, u.a. im Falle des Auseinanderbrechens der Familie);
- ▶ das Recht auf soziale Sicherheit, Sozialhilfe und soziale Dienste;
- ▶ das Recht auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung;
- ▶ Kinderbetreuung;
- ▶ Sondermaßnahmen in Bezug auf ältere Personen.

### 6 FREIZÜGIGKEIT

- ▶ das Recht auf Familienzusammenführung;
- ▶ das Recht von Staatsbürger:innen, ihr Land zu verlassen;
- ▶ Verfahrensabsicherungen im Fall von Ausweisung;
- ▶ Vereinfachung der Formalitäten bei der Einwanderung.

### 7 NICHTDISKRIMINIERUNG

- ▶ Gleichbehandlung und Chancengleichheit bei der Beschäftigung;
- ▶ die Garantie für alle Staatsbürger:innen und Ausländer:innen, die sich rechtmäßig aufhalten und/oder arbeiten, dass alle in der Charta festgelegten Rechte angewendet werden, ungeachtet von Rasse, Geschlecht, Hautfarbe, Sprache, Religion, Weltanschauung, Nationalität, sozialer Herkunft, Gesundheitsstatus oder Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit;
- ▶ Diskriminierungsverbot auf Grundlage von familiären Verpflichtungen;
- ▶ das Recht von Menschen mit Behinderungen auf soziale Integration und Teilhabe am Leben der Gemeinde.

— Diese Rechte bestehen ohne Diskriminierung aufgrund von „Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer oder anderweitiger Weltanschauung, nationaler Abstammung oder sozialer Herkunft“.<sup>3</sup>

3. Europäische Sozialcharta (revidiert), Teil V, Artikel E, verfügbar unter [www.coe.int/socialcharter](http://www.coe.int/socialcharter).

## SOZIALE RECHTE UND JUNGE MENSCHEN

— Während die Charta die oben beschriebenen wirtschaftlichen und sozialen Rechte festlegt, bewegen sich diese Rechte im Rahmen der allgemeinen Menschenrechte, wie in den zahlreichen Übereinkommen des Europarates und der Vereinten Nationen aufgeführt. Junge Menschen haben jedoch Bedürfnisse, die eine besondere Aufmerksamkeit erfordern.

— Dementsprechend garantiert Teil I der Charta die Rechte von Kindern und Jugendlichen auf „angemessenen sozialen, gesetzlichen und wirtschaftlichen Schutz“, während Artikel 7 ausführlicher deren spezifische Rechte ausführt, insbesondere im Hinblick auf die Beschäftigung von Jugendlichen jünger als 18 Jahre. Durch Unterzeichnen der Charta verpflichten sich die Mitgliedstaaten sicherzustellen, dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen geschützt werden. Zu den wichtigsten gehören:

- ▶ mit gewissen Ausnahmen im Hinblick auf „leichte Arbeiten“ beträgt das Mindestalter für eine Beschäftigung 15 Jahre; das Mindestalter für die Zulassung zu einer Beschäftigung, die als gefährlich oder gesundheitsschädlich gilt, ist auf 18 Jahre festgesetzt; jene, die in diesen Berufen tätig sind, müssen sich regelmäßig medizinischen Kontrollen unterziehen;
- ▶ Kinder und Jugendliche, die noch vollständig der Schulpflicht unterliegen, dürfen keiner Tätigkeit nachgehen, die ihre schulische Bildung beeinträchtigt;
- ▶ die Arbeit darf nicht in die Schulpflicht der Jugendlichen eingreifen oder sie der vollständigen Vorteile der Bildung berauben;
- ▶ junge Arbeiter:innen und Auszubildende haben Anspruch auf faire Entlohnung und Leistungen und auf vier Wochen bezahlten Jahresurlaub;
- ▶ die Mitgliedstaaten müssen einen besonderen Schutz vor körperlichen und sittlichen Gefahren sicherstellen, denen Kinder und Jugendliche ausgesetzt sein könnten, insbesondere jenen, die sich mittelbar oder unmittelbar aus ihrer Arbeit ergeben, einschließlich aller Formen von Ausbeutung, Menschenhandel und des Missbrauchs von Informationstechnologie.



## DER KONGRESS DER GEMEINDEN UND REGIONEN EUROPAS

— Auch der Kongress der Gemeinden und Regionen, ein Organ des Europarates, befasst sich mit den sozialen Rechten von Jugendlichen. Der Kongress vereint Vertreter:innen der Gemeinden und Regionen der Mitgliedstaaten. Seine Aufgabe ist die Förderung der kommunalen und regionalen Demokratie, die Verbesserung der regionalen Governance und die Stärkung der Selbstverwaltung kommunaler Gebietskörperschaften. Der Kongress hat mehrere politische Maßstäbe und Richtlinien zur Verbesserung der kommunalen Demokratie entwickelt.

— Der Zugang von Jugendlichen zu sozialen Rechten ist in der Entschließung 319 (2010) des Kongresses zur Integration von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen skizziert.<sup>4</sup>

4. Siehe Volltext unter <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1696973>.







Code of Conduct ❤️

- Show honesty, tell directly if something annoys you
- Respect others and Time schedule
- ~~Be~~ Speak clear, slow English, making sure everyone understands
  - + use gestures, + help, support each other
- Judge opinions, not people
- Participate actively, understanding
- Try to learn something in sign language
- Stick to your point and stop
- Speak one at a time
- Use the ~~off~~ to
- Respect and take in
- Respect bedtime, and

- Help others to be on time
- Everyone has the right to join in
- Understanding cross-cultural behavior
- Respect non-smokers and vegetarians
- Speak more slowly - sign
- always use microphone
- respect already existing rules
  - + to 'stealing' make the building
  - + alcohol-free event
- respect the visual space for the deaf
  - + deaf leaders & the interpreters (the better work)
- Only, and give time between interventions
  - + to allow everyone to follow the flow
  - (in the best interpretation)

# Kapitel 3

## Das ENTER!-Projekt über den Zugang von Jugendlichen zu sozialen Rechten





# Das ENTER!-Projekt über den Zugang von Jugendlichen zu sozialen Rechten

**D**er Europarat hat schon immer den spezifischen Situationen und Herausforderungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet, die Jugendliche mit geringeren Chancen sowie jene, die im Hinblick auf Partizipation und die Wahrnehmung ihrer sozialen Rechte größere Hürden erleben, betreffen.

— Ein wichtiger Schritt, um die Frage der sozialen Menschenrechte in die Jugendpolitik des Europarates aufzunehmen, ist das Enter!-Projekt über den Zugang von Jugendlichen zu sozialen Rechten, das 2009 gestartet wurde und darauf abzielt, im Rahmen der Jugendpolitik und Jugendarbeit Antworten auf Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt bei Jugendlichen zu finden, insbesondere in multikulturellen benachteiligten Stadtteilen.

— Enter! wurde entwickelt, um den Zugang von Jugendlichen zu sozialen Rechten, insbesondere jenen, die sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt sind, durch eine Vielzahl kommunaler, nationaler und europäischer Maßnahmen zu fördern, die politische Entscheidungsträger, Jugendarbeiter und Jugendliche einschließen. Die wichtigsten Probleme, auf die das Projekt eingeht, sind multidimensionale soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, die Jugendliche am Zugang zu Menschenrechten und sozialen Rechten hindern.

## DIE WICHTIGSTEN ZIELE DES ENTER!-PROJEKTS SIND:

- ▶ Entwicklung von Lösungen für soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt, die Jugendliche erleben, durch non-formale Bildung und Jugendarbeitsprojekte;
- ▶ Entwicklung der Kompetenzen von Jugendarbeiter:innen, Projekte für junge Menschen und mit jungen Menschen zu initiieren, zu unterstützen und zu evaluieren. Dies stärkt die Ermächtigung von Jugendlichen und die Partizipation von Jugendlichen, um ihnen beim Zugang zu ihren sozialen Rechten zu helfen;
- ▶ Entwicklung konzeptioneller, bildungspolitischer und praxisbezogener Methoden für die Übertragung des Zugangs von Jugendlichen zu sozialen Rechten in die realen Gegebenheiten der Jugendarbeit und Politikgestaltung;
- ▶ Befürwortung des Zugangs von Jugendlichen zu sozialen Rechten, insbesondere durch Partnerschaften zwischen Akteuren der Zivilgesellschaft, Jugendlichen und politischen Entscheidungsträger:innen auf kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene;
- ▶ Ausweitung der Rolle der Jugendpolitik, der non-formalen Bildung und der Jugendarbeit beim Umgang mit sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt gegen Jugendliche.<sup>5</sup>

— Das Projekt begann 2009 und schloss die folgenden Aktivitäten ein, die zur Formulierung der Enter!-Empfehlung führten:

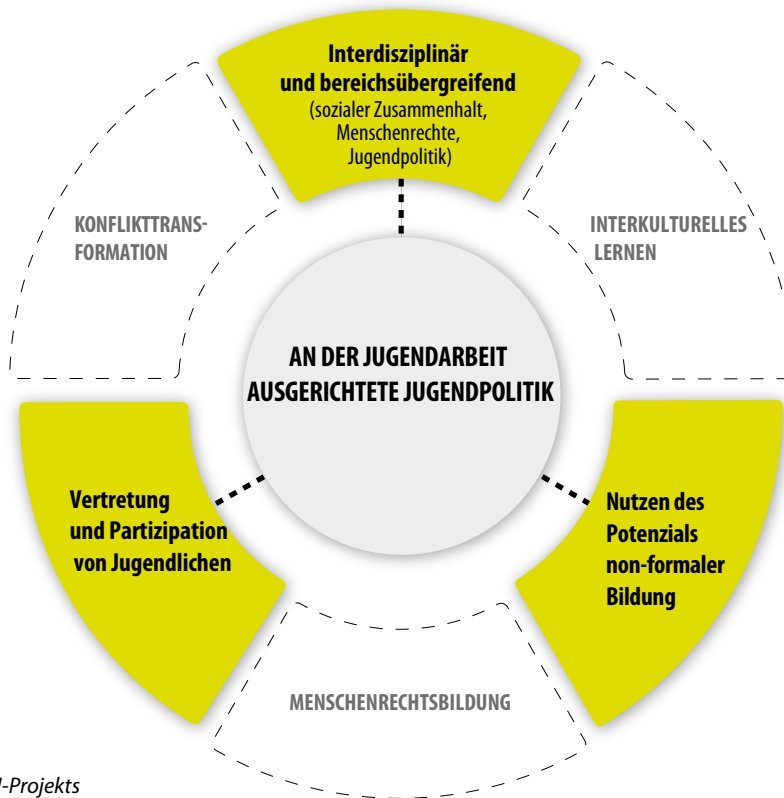
- ▶ ein langfristiger europäischer Trainingskurs für Jugendarbeiter:innen zur Förderung des Zugangs zu sozialen Rechten;
- ▶ verschiedene thematische Seminare und Studientagungen in den Europäischen Jugendzentren des Europarates, um Themen von Relevanz eingehender zu untersuchen und politische Empfehlungen zu erstellen;
- ▶ ein Jugendtreffen mit 180 Teilnehmern im Jahr 2011, bei dem die Ideen von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen zum Inhalt der Empfehlung gesammelt wurden;
- ▶ eine Expert:innengruppe, um die Ergebnisse für die Empfehlung zu organisieren, zusätzliche Denkanstöße einzufügen und deren Entwurf abzuschließen.

— Das Projekt wird seit 2016-2017 mit einer Vielzahl von Trainings-, Bildungs- und politischen Unterstützungsangeboten fortgeführt, die auf der Projekt-Webseite aufgerufen werden können [www.coe.int/enter](http://www.coe.int/enter)

— Der Hauptschwerpunkt des Projekts war ein langfristiger Trainingskurs (LTTC) zur Vorbereitung und Unterstützung von Jugendarbeiter:innen und Jugendleiter:innen, die in benachteiligten Stadtteilen mit Jugendlichen arbeiten, die Schwierigkeiten bei der Wahrnehmung ihrer Menschen- und sozialen Rechte haben. Im Rahmen von Enter! wurden darüber hinaus auch alternative Denkansätze im Hinblick auf die Jugendarbeit und deren Praxis entwickelt, beginnend mit der Einbeziehung der Jugendlichen selbst, indem man die Fähigkeiten und Erfahrungen von Jugendarbeiter:innen und Jugendorganisationen nutzt und nach mittel- und langfristigen Einflussmöglichkeiten durch Jugendpolitik auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene sucht. Zwei langfristige Trainingskurse fanden von 2009 bis 2012 und von 2013 bis 2014 statt.

— Die langfristigen Trainingskurse stärkten die Fähigkeiten und Kompetenzen von ca. 60 Jugendarbeiter:innen, mit einer europäischen Perspektive Lösungen, Projekte und Partnerschaften zur Unterstützung der von Jugendlichen geleiteten Maßnahmen zur Überwindung von Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt zu entwickeln und zu umzusetzen.

5. Siehe <http://enter.coe.int/eng/About-the-project>.



Quelle: Broschüre des Enter!-Projekts

— Durch die Fokussierung auf Menschen- und soziale Rechte und den Zugang von Jugendlichen dazu verfolgt das Enter!-Projekt einen menschenrechtsbasierten Ansatz im Hinblick auf soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt. Dazu gehört die Kenntnis über soziale Rechte als Teil der praktizierten Menschenrechtsbildung in der Jugendarbeit.

— Jugendliche sollten wissen, dass alle Menschen die gleiche Würde haben; sie sollten sich auch in der Lage fühlen und motiviert sein, sich für ihre eigenen Menschenrechte und für die Rechte anderer Menschen einzusetzen. Diesbezüglich fördert das Enter!-Projekt eine Menschenrechtsbildung, die Jugendlichen ermöglicht, mehr über ihre Rechte zu erfahren, und wie man diese Rechte schützt, fördert und respektiert.

— Die Menschenrechtsbildung ist darüber hinaus auch die Grundlage für den Ansatz zur Konflikttransformation, den Jugendprojekte im Rahmen von Enter! versuchen umzusetzen. Die Fähigkeit, Konflikte zu verstehen und auf konstruktive Weise mit ihnen umzugehen sowie die Ursachen sozialer Konflikte zu verstehen, sind verbunden mit der Erkenntnis, dass Gewalt in jeglicher Art ein Missbrauch von Menschenrechten ist und zur Verletzung der Rechte anderer Menschen führt.

— Interkulturelles Lernen als Bildungsansatz, der die Ziele des interkulturellen Dialogs unterstützt, d.h. in Vielfalt und Würde zusammenzuleben, ist die dritte Bildungsgrundlage von Enter! und seiner Aktivitäten. Interkulturelles Lernen, als Prozess der sozialen Bildung, die der Vielfalt einen positiven Wert verleiht, ist unerlässlich für die Berücksichtigung der Vielfalt von Identitätsbezügen von Jugendlichen innerhalb eines offenen und dynamischen Prozesses der kulturellen Partizipation. Interkulturelles Lernen ist außerdem ein Instrument für den Umgang mit Vorurteilen und Diskriminierung in ihren vielfältigen und manchmal subtilen Formen.

— Das Enter!-Projekt verfügt über einen eingebetteten Antidiskriminierungsansatz, sei es implizit oder explizit, weil Diskriminierung häufig die Wurzel der Probleme ist, die den Zugang von Jugendlichen zu ihren sozialen Rechten verhindert.





# Zugang von Jugendlichen zu sozialen Rechten

**D**er Zugang von Jugendlichen zu sozialen Rechten kann nach den nachstehend aufgeführten Überschriften untersucht werden:

- ▶ Zugang zu hochwertigen öffentlichen Diensten;
- ▶ Zugang zu Bildung;
- ▶ Zugang zur Gesundheitsversorgung;
- ▶ Zugang zu sozialem Schutz;
- ▶ Zugang zu Wohnraum;
- ▶ Zugang zu Beschäftigung;
- ▶ Zugang von sozialen Minderheitengruppen zu sozialen Rechten.

— Diese Themen können vereint werden, um zu untersuchen, wie man nachhaltige Gemeinschaften fördern kann, damit gewährleistet ist, dass alle „Zugang“ zu Rechten haben. Mit „Zugang“ zu sozialen Rechten meinen wir die Möglichkeit von Personen, ein Recht vollumfänglich wahrzunehmen. Der Zugang zu sozialen Rechten hängt ab von:

- ▶ der Art und Weise, wie ein Recht formuliert ist, damit es in Anspruch genommen werden kann;
- ▶ Verfahren und Informationen, wie das Recht umgesetzt wird und welche Ressourcen für die Wahrnehmung dieses Rechts verfügbar sind;
- ▶ der Situation, einschließlich der Fähigkeiten und Ressourcen der potenziellen Inanspruchnehmenden der Rechte (Daly 2002).

— Dieses Kapitel enthält eine Untersuchung der Probleme und Themen, die in Bezug auf den Zugang zu sozialen Rechten mit jedem dieser konkreten Rechte verbunden sind.

## ZUGANG ZU HOCHWERTIGEN ÖFFENTLICHEN DIENSTEN

— Zur Erleichterung der Umsetzung der Programme und Maßnahmen zur Gewährleistung der sozialen Inklusion und des sozialen Zusammenhalts in den Mitgliedstaaten müssen alle Bürger:innen und Gemeinden die gleichen Chancen beim Zugang zu wesentlichen hochwertigen öffentlichen Diensten haben, u.a. im Bereich Gesundheit, Bildung, Transport, Wohnen, Sozialeinrichtungen oder beim Zugang zu Informationstechnologien. Ungleichheit führt zu Benachteiligung, Armut und zum Ausschluss von den Vorteilen des Wirtschaftswachstums sowie zur ungleichen Konzentration von Reichtum bei jenen, denen es in der Gesellschaft besser geht.

— Sehr häufig sind öffentliche Dienste nicht so aufgebaut, dass sie die Bedürfnisse der Bedürftigsten oder von marginalisierten Menschen, einschließlich benachteiligter Jugendlicher, erfüllen oder für diese zugänglich sind. Dies ist eine große Herausforderung für die Regierungen der Mitgliedstaaten, die sich auch mit rasant steigenden Kosten für öffentliche Dienste und mit dem Problem konfrontiert sehen, diese Dienste in dem/der

von den Bürger:innen und Gemeinden erwarteten Umfang und Qualität zu liefern. Jugendliche und ihre Familien haben Anspruch auf hochwertige öffentliche Dienste, damit sie vollumfänglich an den Gemeinden teilhaben können, in denen sie leben.

## ZUGANG ZU BILDUNG

*Bildung ist sowohl ein Menschenrecht an sich als auch eine unverzichtbare Voraussetzung für die Wahrnehmung anderer Menschenrechte. Als Befähigungsrecht ist Bildung das primäre Mittel, durch das wirtschaftlich und sozial marginalisierte Erwachsene und Kinder sich aus der Armut lösen und die Mittel erlangen können, um vollumfänglich in ihren Gemeinden zu partizipieren.<sup>6</sup>*

— Bildung ist mehr als der Besuch einer formalen schulischen Einrichtung. Sie schließt die gesamte Bandbreite der Lebenserfahrungen ein. Es handelt sich um ein Fortschreiten von einer Stufe zur nächsten, wobei jede Stufe auf der vorausgegangenen aufbaut, von der frühkindlichen Erziehung bis zur tertiären Bildung und weiter im Rahmen von lebenslangem Lernen und Fernstudien. Es besteht nachweislich eine klare Verbindung zwischen geringem Bildungsstand und Armut: Kinder aus armen Familien profitieren weniger vom formalen Bildungssystem als Kinder aus wohlhabenderen Familien. Bildung ist grundlegend für die vollumfängliche wirtschaftliche und soziale Teilhabe von Jugendlichen am Leben der Gesellschaft und der Gemeinden. Der Zugang zu Bildung muss fair und gleich sein, allen Jugendlichen ermöglichen, ihr Potenzial voll auszuschöpfen, den höchstmöglichen Bildungsabschluss zu erlangen und ihre Wünsche zu erfüllen; außerdem muss Bildung sie auf die Teilhabe am Arbeitsmarkt, auf eine langfristige nachhaltige Beschäftigung und einen Lebensstandard entsprechend ihrer Fähigkeiten und Ambitionen vorbereiten.

— Bei unzureichenden oder geringen schulischen Leistungen wird eine Spirale der Benachteiligung ausgelöst, die Schulabbrüche ebenso beinhalten kann wie geringere Lese-/Schreibfähigkeiten, geringere Selbstwertgefühle und fehlende Fähigkeiten, wie Zeitmanagement und die Fähigkeit, mit anderen zusammenzuarbeiten, was den Zugang zu einer Beschäftigung oder eine langfristige Beschäftigung erschwert.

— In Bezug auf öffentliche Dienste ist die Bereitstellung guter Bibliotheken in den Gemeinden, die Weiterbildungen und einen Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) anbieten, für Jugendliche wesentlich. Keinen Zugang zu IKT zu haben, ist tatsächlich eine weitere Form der sozialen Ausgrenzung und ein Problem für viele Menschen, die in abgelegenen oder in benachteiligten Stadtteilen leben oder die keine Ressourcen haben, diese Technologien zu benutzen.

6. Allgemeiner Kommentar 13 zum Recht auf Bildung in Artikel 13 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 8. Dezember 1999, E/C.12/1999/10, Abs. 1, erhältlich unter [www.unhcr.ch](http://www.unhcr.ch).



## ZUGANG ZUR GESUNDHEITSVERSORGUNG

— Das Recht auf Gesundheit wird in zahlreichen internationalen und regionalen Rechtsinstrumenten anerkannt, beginnend mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 25) und u.a. in der Europäischen Sozialcharta (revidiert).

— Es besteht eine eindeutige Verbindung zwischen Armut und schlechter Gesundheit. Eine Kombination aus sozialen Faktoren, u.a. schlechter Wohnraum, der fehlende Zugang zu reinem Trinkwasser und Sanitäranlagen, geringer Bildungsstand, unzureichende Ernährung und der ungleiche Zugang zu Gesundheitsdiensten führen bei armen Menschen häufiger zu Erkrankungen und sie sterben früher als Menschen, die besser gestellt sind. Die medizinische Benachteiligung beginnt in frühen Jahren, sogar pränatal, und folgt sehr oft einer festgelegten Verlaufskurve im Leben, die zu schlechteren schulischen Leistungen bei Kindern, Schwierigkeiten beim Zugang zu Beschäftigung bei Jugendlichen, einer geringeren Beschäftigungsrate auf dem Arbeitsmarkt und zu einer geringeren Lebenserwartung für jene führt, die in Armut und in armen Stadtteilen leben. Unsicherheit, die ein Merkmal im Leben bedürftiger Menschen ist, ist eine erhebliche Ursache für eine Verschlechterung des Gesundheitszustands.

— Die Bereitstellung einer hochwertigen Gesundheitsversorgung, die Bekämpfung von Ungleichheit und die Förderung gesunder Lebensstile, u.a. Zugang zu Sportangeboten, kulturellen und Freizeitangeboten auf lokaler Ebene, sind wesentlich für die vollständige körperliche und geistige Entwicklung von Jugendlichen.

## ZUGANG ZU SOZIALEM SCHUTZ

— Seit seiner Gründung hat sich der Europarat für die Förderung eines angemessenen sozialen Schutzes für alle in seinen Mitgliedstaaten eingesetzt. Diese Arbeit stützt sich auf Artikel 12 und 13 der Europäischen Sozialcharta (revidiert), auf die Europäische Ordnung der Sozialen Sicherheit und deren Protokoll sowie auf die revidierte Europäische Ordnung der Sozialen Sicherheit. Diese Dokumente legen Standards für die Mindestharmonisierung der sozialen Sicherheit fest, indem sie Mindestanforderungen festlegen und die Mitgliedstaaten aufrufen, diese Standards zu übersteigen. Sie legen die Prinzipien für das europäische Sozialsicherungsmodell fest.

— Alle Mitgliedstaaten verfügen dementsprechend über Sozialsicherungs-systeme, die ein Sicherheitsnetz für die Ärmsten und Bedürftigsten bereitstellen. Diese Systeme werden beim Umgang mit den Problemen von Menschen, die keiner Beschäftigung nachgehen, u.a. Jugendliche, als wesentlich betrachtet, und bieten ihnen Chancen, sozial integriert ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Viele Mitgliedstaaten haben in den letzten Jahren ihre Systeme neu ausgerichtet, so dass sie „aktive Inklusionsmaßnahmen“ enthalten, die ein angemessenes Einkommen mit Hilfen beim Zugang zu einer Berufsausbildung, Weiterbildung, zum Arbeitsmarkt und hochwertigen Sozialdiensten verbinden, die alle relevante Maßnahmen zur Inklusion von Jugendlichen in die Gesellschaft sind.



## ZUGANG ZU WOHNRAUM

— Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Qualität des Wohnraums und Armut, der eine schlechte Gesundheit und Ausgrenzung von sozialen Aktivitäten verursacht, einschließlich Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche. Unzureichende Lebensumstände wirken sich auf die Bildung von Kindern und Jugendlichen und längerfristig auf ihre Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt und die soziale Inklusion aus. Ein weiteres Element bei der Bereitstellung angemessener Unterkünfte ist der Zugang zu Wohnraum an sich. Eine Unterkunft zu finden, selbst eine schlechte, wird in vielen Mitgliedstaaten immer schwieriger, insbesondere für Geringverdienende, weil regionale und/oder kommunale Gebietskörperschaften nur in unzureichendem Umfang Sozialwohnungen bereitstellen. Sozialwohnungen werden auch von nichtstaatlichen und privaten Trägern verwaltet. Trotzdem liegt die Hauptverantwortung bei der Bereitstellung von Sozialwohnungen aus Menschenrechtsperspektive bei den Staaten.

## ZUGANG ZU BESCHÄFTIGUNG

— Beschäftigung wird als ein wirtschaftliches und soziales Recht und als Garantie eines Lebensstandards verstanden, der den Wünschen und Fähigkeiten einer Person entspricht, und sie ist der erfolgreichste Weg heraus aus Armut und Ausgrenzung. Das Recht auf Arbeit und auf eine Berufsausbildung wird in Artikel 1 der Europäischen Sozialcharta (revidiert) garantiert. Ein Arbeitsplatz bedeutet mehr als lediglich ein Einkommen; er ist ausschlaggebend für die Fähigkeit einer Person, an der Gesellschaft teilzunehmen, ein soziales Netzwerk aufzubauen und ihre Wünsche und ihr Potenzial umzusetzen. Arbeitslosigkeit wirkt sich andererseits nicht nur auf die finanzielle Situation einer Person und auf deren Selbstbewusstsein aus, sondern betrifft auch Angehörige und Familienmitglieder, besonders Kinder und Jugendliche.

— In den letzten Jahren haben sich angesichts großer Wirtschaftskrisen in den Mitgliedstaaten die Arbeitsmärkte verkleinert und es kam zu einem bisher noch nie erlebten Anstieg der Arbeitslosenzahlen, der sich disproportional auf Jugendliche auswirkt, die bereits einer Beschäftigung nachgehen, oder auf jene, die zum ersten Mal versuchen, eine Stelle zu finden. Dies wirft die Sorge um eine „verlorene Generation“ auf, die vom Arbeitsmarkt abgeschnitten ist. Es besteht außerdem aufgrund der schwachen Verbindung zwischen den Anforderungen des Arbeitsmarktes und den Schul- und Berufsschulsystemen ein Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage. Dies trägt zur hohen Arbeitslosigkeit und einer breiter gefächerten Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt bei, was dazu führt, dass viele Jugendliche weder einer Beschäftigung noch einer schulischen oder beruflichen Ausbildung nachgehen (NEETS; Not in Education, Employment or Training, Nicht in Ausbildung, Arbeit oder Schulung) (Massimiliano et al. 2012).

— Während eine Beschäftigung als erfolgversprechendster Weg aus der Armut betrachtet wird, ist Arbeitslosigkeit der primäre Grund für Armut und soziale Ausgrenzung bei Jugendlichen. Leider bezieht eine wachsende Anzahl junger Beschäftigter Einkommen oder geht einer Beschäftigung im Rahmen prekärer, befristeter oder Teilzeitverträge nach, die zur Folge haben, dass sie und ihre Angehörigen in Armut leben. Eine Studie des Europarates zur Verbesserung der Situation von Geringverdienenden zeigt, dass Erwerbsarme eine große Herausforderung für die Regierungen der Mitgliedstaaten darstellen (Europarat 2010).

## ZUGANG VON MINDERHEITENGRUPPEN ZU SOZIALEN RECHTEN

— Es gibt einige soziale Gruppen, die besonders anfällig für Diskriminierung in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt und dementsprechend für Arbeitslosigkeit sind, z.B. Migrant:innen und andere Minderheitengruppen. Jugendliche, die diesen Minderheitengruppen angehören, sind besonders stark benachteiligt und erleben auf mehrfache Weise Ungleichbehandlung.

— Für das Erreichen eines sozialen Zusammenhalts ist die Integration dieser Gruppen in die Gesellschaft, in Gemeinden und in den Arbeitsmarkt unverzichtbar. So sind z. B. Menschen mit Behinderungen eine der schutzbedürftigsten Gruppen in vielen Mitgliedstaaten. Sie haben eine signifikant geringere Teilhabe am Gemeinde- und gesellschaftlichen Leben und einen geringeren Zugang zu Bildung, was ihre Berufsaussichten und ihre Verdienstmöglichkeiten mindert. In den letzten Jahrzehnten ist man stärker bestrebt, die Einstellung gegenüber Menschen mit Behinderungen zu ändern, indem man im größtmöglichen Umfang versucht, Ausgrenzung und Abhängigkeit durch einen Fokus auf Inklusion, Unabhängigkeit und Teilhabe an allen Aspekten des Lebens zu ersetzen. Dies ist ein Thema, in dem der Europarat seit 50 Jahren führend ist, und er hat viele Programme und Empfehlungsvorschläge für die Umsetzung durch die Mitgliedstaaten verfasst. Eine zweite benachteiligte Gruppe sind ethnische Minderheiten in den Mitgliedstaaten, insbesondere Roma. Darüber hinaus sind mit der gestiegenen Einwanderung nach Europa und dem Entstehen multikultureller Gesellschaften die kommunalen öffentlichen Dienste besonders wichtig geworden bei der Unterstützung der Integration von Migrant:innen und Minderheiten in die kommunalen Gemeinden, z. B. in Schulen, bei der Beschäftigung, beim Zugang zu einer Gesundheitsversorgung und beim Aufbau von Verständnis und Toleranz für kulturelle und ethnische Vielfalt.



## FÖRDERUNG NACHHALTIGER STADTEILE

— Bis zum Einsetzen der Wirtschaftskrise 2008 hatten viele Mitgliedstaaten große Fortschritte bei der Reduzierung von Armut und dem Erreichen eines größeren sozialen Zusammenhalts erzielt. Allerdings haben sich nicht alle Gemeinschaften oder Gruppen gleichermaßen an diesen Verbesserungen erfreuen können. So kann man z. B. innerhalb derselben Stadt oder kommunalen oder regionalen Gebietskörperschaft nebeneinander ein sehr unterschiedliches Maß an Wohlstand und Armut antreffen. Die schutzbedürftigsten Gruppen leben in schlechteren Wohnungen und in Stadtteilen, denen es an wesentlichen Diensten, wie z. B. Geschäften, öffentlichem Personennahverkehr oder Gemeindediensten fehlt (z. B. Schulen, Büchereien oder medizinische Versorgung).

— Für das Erreichen einer vollständig inklusiven Gesellschaft ist es erforderlich, einzelne Menschen und Gemeinschaften zu befähigen, ihre alltäglichen Probleme selbst zu lösen. Politische Ansätze, Programme und Dienste, die einen Abbau von Benachteiligung zum Ziel haben, sind höchstwahrscheinlich effektiver, wenn jene mit unmittelbaren Erfahrungen dieser Probleme oder jene, die in Gemeinden leben, die von diesen Problemen betroffen sind, am Entwurf und der Umsetzung der Lösungen mitwirken, und wenn diese Lösungen in allgemeine Gemeindeentwicklungspläne integriert werden.

— Jeder Mensch wünscht sich, in einem sicheren, florierenden und gesunden Stadtteil zu leben, einem Stadtteil, in dem jede:r das Recht auf gleiche Möglichkeiten, Freiheit und Respekt hat, in dem Eltern sicher sein können, dass ihre Kinder und Jugendlichen gute Schulen besuchen, von weiteren Bildungsangeboten profitieren und Zugang zu Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen haben: mit anderen Worten, in blühenden, nachhaltigen, lebendigen Stadtteilen, die die Lebensqualität aller Menschen verbessern. Für viele Kommunen ist dies jedoch immer noch Zukunftsmusik und keine Realität, und diese kann nur durch öffentliche Investitionen in wesentliche kommunale Dienste und durch den Aufbau eines gemeinschaftlichen Zusammenhalts verwirklicht werden. Nachhaltige Stadtteile können auch durch den Bau einer größeren Zahl und von besseren Wohnungen und durch den Abbau von Obdachlosigkeit erreicht werden; durch bessere kommunale Dienste; durch Wiederbeleben von Gebieten, um mehr Jobs zu schaffen; durch Maßnahmen für eine nachhaltige Umwelt und durch die Bekämpfung von antisozialen Verhalten und Diskriminierung.

— Ländliche Isolation und soziale Ausgrenzung sind ebenfalls Hürden bei der Umsetzung einer Politik zur sozialen Inklusion, und der Aufbau nachhaltiger Gemeinden in ländlichen Gebieten ist besonders für politische Entscheidungsträger:innen der kommunalen Gebietskörperschaften eine politische Herausforderung, da Jugendliche in diesen Gemeinden häufig aus schulischen Gründen oder auf der Suche nach Beschäftigung in städtische Gebiete ziehen.

## **PARTIZIPATIVE DEMOKRATIE**

— Demokratie funktioniert am besten, wenn sie so nah wie möglich an den Bürger:innen umgesetzt wird. Menschen zu befähigen, die Angelegenheiten ihrer Stadtteile zu kontrollieren, ist der effektivste Weg für den Umgang mit Benachteiligung und den Aufbau sozialer Kohäsion. Auf Gemeindeebene „sollten Menschen und Gemeinden auf eine Weise ermächtigt werden, die sie zu Autor:innen ihrer eigenen Situation macht. Ermächtigung führt zur unmittelbaren Partizipation ... [sie] besteht sowohl aus der Arbeit mit bestimmten Gruppen oder Regionen, die als schutzbedürftig gelten, als auch aus allgemeinen Programmen

zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ (Daly 2002). Die wachsende Skepsis darüber, auf welche Weise Demokratie gesellschaftliche Ziele und Gemeindewünsche umsetzt, spiegelt die größere Komplexität der modernen Gesellschaft wider. Die Bürger:innen haben weniger Vertrauen in demokratische Institutionen und sind pessimistischer im Hinblick auf ihre Fähigkeit, politische Ergebnisse zu beeinflussen. Dementsprechend gibt es den Wunsch nach einer offeneren Regierungsführung und nach Möglichkeiten, Entscheidungen zu beeinflussen. Das Einbeziehen von Jugendlichen in soziale, wirtschaftliche und politische Entscheidungen, die ihre Stadtteile betreffen, ist für die Zukunft demokratischer Institutionen wesentlich.

— Die Ermächtigung kommunaler Stadtteile, Entscheidungen zu beeinflussen, die den Alltag der Menschen betreffen, erlaubt den Aufbau eines „Bürger:innendialogs“ und die Suche nach Möglichkeiten, wie man zu einer nachhaltigen Umwelt beitragen kann. Bürger:innendialog meint die Einbeziehung von Bürgerforen und NGO-Netzwerken. Er bedeutet „Räume“ und Gelegenheiten zu schaffen, über die Menschen mit sehr unterschiedlichem und potenziell konträrem Hintergrund zusammenkommen können.



Kapitel 5  
Einführung in die Enter!-Empfehlung  
CM/Rec(2015)3



# Einführung in die Enter!-Empfehlung CM/Rec(2015)3

**D**as Ministerkomitee ist das wichtigste Entscheidungsgremium des Europarats. Es ist u. a. zuständig für die Ausarbeitung von Empfehlungen für die Regierungen der Mitgliedstaaten zu Themen, die Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit betreffen. Eine Empfehlung, obwohl sie für die Mitgliedstaaten nicht bindend ist, umfasst einen politischen Rahmen und Vorschläge, die die Regierungen der Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene umsetzen können.

Im Januar 2015 verabschiedete das Ministerkomitee eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten, die eine Bandbreite von politischen Maßnahmen enthält, die die Regierungen der Mitgliedstaaten bei der Förderung des Zugangs von Jugendlichen zu sozialen Rechten erwägen können. Die Empfehlung CM/Rec(2015)3 über den Zugang von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen zu sozialen Rechten ist das Ergebnis des Projekts Enter!, aus diesem Grund werden wir sie auch als Enter!-Empfehlung bezeichnen.

Die Empfehlung richtet sich vorrangig an nationale Regierungen. Es können jedoch viele ihrer politischen Maßnahmen auf regionaler und kommunaler Ebene umgesetzt werden. Da sich die Empfehlung mit der Situation von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen befasst, liegt der Schwerpunkt sehr häufig auf der Kommunalpolitik.

Die Empfehlung wurde auf der Grundlage von Vorschlägen ausgearbeitet, die im Rahmen des Enter!-Projekts aus der Praxis der Jugendarbeit stammen. Diese Vorschläge geben wieder, was Jugendliche, Jugendarbeiter:innen und politische Entscheidungsträger:innen aus kommunaler und regionaler Ebene in den Mitgliedstaaten als wesentlich für die soziale Inklusion von Jugendlichen erachten, die im heutigen Europa in benachteiligten Stadtteilen leben. Die Vorschläge wurden von einer Expert:innengruppe für Jugendpolitik sowie von den Entscheidungsgremien der Jugendabteilung des Europarates, dem Europäischen Lenkungsausschuss Jugend und dem Beirat für Jugendfragen geprüft und bearbeitet und bilden die Grundlage für die vom Ministerkomitee verabschiedete Empfehlung.

— Dieses Kapitel ist eine Beschreibung der wichtigsten Inhalte der Empfehlung sowie der Richtlinien und Ideen für deren Unterstützung. Jeder Punkt wird ergänzt durch Beispiele aus kommunalen Projekten, die im Rahmen des Enter!-Projekts umgesetzt wurden.

## SKIZZIERUNG DER EMPFEHLUNG

### Präambel

— Die Präambel der Empfehlung bezieht sich auf ein Ziel des Europarates, eine größere Einheit seiner Mitglieder zu erreichen, insbesondere durch die Förderung einer Jugendpolitik auf der Basis gemeinsamer Prinzipien. Diese Prinzipien sind in der Europäischen Sozialcharta (revidiert) festgelegt, und die Empfehlung listet die Artikel auf, die für die Ausarbeitung einer gemeinsamen Jugendpolitik relevant sind.

— Die Präambel verweist des Weiteren auf vorausgegangene Empfehlungen des Europarates, die sich mit Aspekten der Jugendpolitik und dem Zugang zu sozialen Rechten befassen und bis ins Jahr 2000 zurückreichen. Sie nimmt Bezug auf die Abschlusserklärung und den Aktionsplan, die von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarates 2005 (Warschauer Erklärung) zur Arbeit des Europarates in Bezug auf die Jugendpolitik verabschiedet wurden, einschließlich:

- ▶ der Erklärungen, die auf der Konferenz der europäischen Jugendminister 1998, 2002 und 2008 angenommen wurden;
- ▶ der Erklärung zur Geschlechtergleichheit (2009);
- ▶ der Erklärung zur Bekämpfung von Diskriminierung gegen Roma bei Beschäftigung, Zugang zur Justiz und der Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen, einschließlich des Zugangs zu Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Bildung (2010).

— Die Präambel der Empfehlung erkennt an, dass der Zugang zu hochwertiger Bildung, zu sicherer Beschäftigung, angemessenen Lebensbedingungen, einem geeigneten Transportwesen, Gesundheitsvorsorge, Technologie und Möglichkeiten der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Teilhabe Voraussetzung für die Integration und die aktive demokratische Teilhabe aller jungen Menschen ist ... [und] dass Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen, insbesondere jene, die in Armut leben, anfälliger sind für alle Arten von Risiken, u.a. eine schlechte körperliche und geistige Gesundheit, Drogenmissbrauch, Selbstverletzungen, Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung

■ Sie berücksichtigt auch die Auswirkungen von demografischen Veränderungen auf Jugendliche in ganz Europa, einschließlich Migration (die auch Jugendliche betrifft), die Auswirkungen der Finanzkrise und die sich daraus ergebende Verschlechterung der sozialen Bedingungen in vielen Mitgliedstaaten.

## Die Empfehlungen

■ Aus diesem Grund und unter Berücksichtigung dieser Dokumente und Feststellungen befürwortet die Empfehlung, dass die Mitgliedstaaten eine Politik entwickeln, die an die Bedürfnisse von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen angepasst ist. Diese Politik hat zum Ziel, Armut, Diskriminierung, Gewalt und Ausgrenzung zu verhindern und zu beenden.

### Zu diesem Zweck nennt die Empfehlung die folgenden Elemente als erforderlich für diese Politik:

- ▶ die Lebensbedingungen von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen zu verbessern, indem sie erschwingliche und jugendfreundliche öffentliche Dienste bereitstellt;
- ▶ Maßnahmen umzusetzen, um Segregation und Isolation abzuschaffen;
- ▶ bei allen Angelegenheiten in Bezug auf ihren Lebensbereich Gelegenheiten und Programme für die Konsultation und Partizipation von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen zu schaffen;
- ▶ Maßnahmen umzusetzen, die Jugendlichen ermöglichen, ihre aktive Rolle in der Gesellschaft frei von Diskriminierung wahrzunehmen;
- ▶ die Rolle der non-formalen Bildung (sowie diejenigen, die diese leisten, vor allem Jugendarbeiter:innen und Jugendorganisationen) bei der Verhütung von Diskriminierung, Gewalt und sozialer Ausgrenzung und für die Förderung der aktiven demokratischen Teilhabe in benachteiligten Stadtteilen anzuerkennen zu unterstützen;

- ▶ Kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften kommt bei der Umsetzung der politischen Maßnahmen, die den Zugang zu sozialen Rechten verbessern, eine wichtige Rolle zu. Die Empfehlung erklärt in Absatz 2:

*empfehl den Regierungen der Mitgliedstaaten, die im Anhang zu dieser Empfehlungen angeführten Vorschläge zu berücksichtigen, wenn sie eine Politik und Programme formulieren und umsetzen, und die Gemeinden und Regionen zu einem gleichen Vorgehen aufzufordern.*

- und in Absatz 3:

*empfehl den Stellen, die in den Mitgliedstaaten für Jugend zuständig sind, sicherzustellen, dass diese Empfehlung, einschließlich ihres Anhangs, übersetzt und möglichst flächendeckend über jugendfreundliche Kommunikationswege verbreitet wird, insbesondere unter jungen Menschen.*

## Vorschläge für die Umsetzung

■ Wie in diesen beiden Absätzen erklärt, ist der Anhang zentraler Bestandteil der Empfehlung. Er skizziert die Maßnahmen, die von kommunalen, regionalen und nationalen Stellen ergriffen werden können, und beschreibt im Detail, wie das Ministerkomitee sich die Verbreitung und Umsetzung vorstellt. Diese Maßnahmen basieren auf den praxisnahen Erfahrungen der Jugendarbeit im Rahmen des Enter!-Projekts und der realen Gegebenheiten von Jugendlichen in den Mitgliedstaaten. Der Anhang befasst sich detailliert mit Fragen zu den einzelnen sozialen Rechten und wie sich diese auf Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen auswirken. Dieser Leitfaden bezieht sich in weiten Teilen auf den Inhalt der Vorschläge.



# Kapitel 6

## Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu sozialen Rechten







# Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu sozialen Rechten

---

**D**er Anhang zur Enter!-Empfehlung enthält mögliche Maßnahmen, die zur Förderung des Zugangs zu sozialen Rechten ergriffen werden können. In diesem Kapitel untersuchen wir die Maßnahmen und geben Beispiele und Vorschläge, wie man sie unterstützen kann.

— Die zahlreichen politischen Maßnahmen, die unter jedem Punkt aufgeführt werden, sollten als Beispiele für ein mögliches Vorgehen betrachtet werden, größtenteils inspiriert durch Projekte der langfristigen Trainingskurse von Enter!. Jede staatliche Stelle ist aufgerufen, die politischen Maßnahmen an die nationalen Gegebenheiten anzupassen und jene anzunehmen, die für ihren Kontext und für Jugendliche von Relevanz sind.

— Bei jedem Punkt haben wir versucht, die Sprache der Empfehlung verständlicher zu machen. Der Volltext der Empfehlung kann im Internet aufgerufen werden.<sup>7</sup>

## VERBESSERUNG DER LEBENSBEDINGUNGEN

— „Lebensbedingungen“ meint die Umstände, in denen eine Person lebt, und betrifft eine Bandbreite öffentlicher Dienste. Die Empfehlung erörtert, auf welche Weise jeder öffentliche Dienst reagieren kann, um positiv Einfluss auf Jugendliche zu nehmen. Sie skizziert ebenfalls eine Reihe von Maßnahmen und politischen Ansätzen, die Behörden aller Verwaltungsebenen innerhalb der Mitgliedstaaten ergreifen können, um mit den Herausforderungen der Jugendlichen umzugehen und ihre Lebensqualität, ihre sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und ihr Lebensumfeld zu verbessern.

— Die Empfehlung konzentriert sich insbesondere auf die folgenden öffentlichen Dienste, die verbessert und stärker auf Jugendliche ausgerichtet werden sollten:

- ▶ Bildung und Ausbildung;
- ▶ Beschäftigung und Beruf;
- ▶ Wohnen;
- ▶ Gesundheit;
- ▶ Information und Beratung;
- ▶ Sport, Freizeit und Kultur.

---

7. Erhältlich unter <https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=0900001680666720>

## LEBENSBEDINGUNGEN - BILDUNG UND AUSBILDUNG

— Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen erfahren eine Bandbreite an Hürden im Hinblick auf die Wahrnehmung des Rechts auf Bildung und haben Probleme bei der Umsetzung ihres Bildungspotenzials. So sind sie ggf. nicht in der Lage, Schulen, Universitäten oder andere Bildungseinrichtungen zu erreichen. Die nachstehende Fallstudie auf Grundlage des Enter!-Projekts LTTC zeigt, auf welche Weise ein Bildungs- und Ausbildungsprogramm jungen Menschen soziale und Menschenrechte vermitteln kann.



### Die folgenden Maßnahmen werden den Regierungen der Mitgliedstaaten empfohlen:

- ▶ Investitionen für Bildung und Ausbildung in benachteiligten Stadtteilen, die von der Grundschule bis zur beruflichen Ausbildung reichen;
- ▶ Umsetzung gleichstellungsorientierter lokaler Bildungshaushalte zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit bezüglich des gleichen Zugangs zu und der Wahrnehmung von Bildungsressourcen;
- ▶ Entwicklung von Schulgemeinschaften, in denen von Schüler:innen gewählte Vertreter:innen an den Entscheidungsprozessen partizipieren;
- ▶ Aktualisierung der Lehrpläne, um sie an die wahren Bedürfnisse junger Menschen im Hinblick auf ihre berufliche Vermittelbarkeit und an die Probleme anzupassen, mit denen Jugendliche beim Eintritt in den Arbeitsmarkt konfrontiert werden;
- ▶ Überarbeitung von Lehrplänen, insbesondere in der Grundschule und der Sekundarstufe I, sowie Schaffung von Partnerschaften zwischen Lehrkräften und Jugendarbeiter:innen, unter Einbeziehen der Demokratie- und Menschenrechtsbildung;
- ▶ eine attraktivere und relevantere Gestaltung der beruflichen Bildungsangebote für Jugendliche, die nicht mit akademischen Methoden vertraut sind;
- ▶ Verbesserung des Status, der Anerkennung und der Ressourcen der Berufsberatung innerhalb des Schulsystems;
- ▶ Schaffung eines Zugangs zu Bildung für die am stärksten benachteiligten Jugendlichen, deren Familien sich ihre Teilnahme an Bildungsangeboten nicht leisten können, indem zusätzliche Zuschüsse für Bücher, Kleidung, Mahlzeiten, Transport, usw. bereitgestellt werden;
- ▶ Schaffung von Mechanismen, durch die Schulen und pädagogische Mitarbeiter:innen Lernschwierigkeiten und soziale Probleme oder andere Hürden (sozial, kulturell, Mobilität) für den erfolgreichen Abschluss der Bildung frühestmöglich beurteilen und identifizieren und konkrete Maßnahmen umsetzen können, die den Schulabbruch von Schülern verhindern;
- ▶ Bereitstellung qualitativ hochwertiger „zweiter Bildungswege“ für Jugendliche, die ihre schulische Bildung zu früh verlassen haben, u.a. non-formale Bildung, zur Steigerung des Selbstvertrauens und des Unternehmertums und berufliche Trainingsangebote für den Erwerb von Kompetenzen und Qualifikationen;
- ▶ Entwicklung non-formaler Bildungspartnerschaften zwischen Schulen, Jugendarbeiter:innen und Jugendorganisationen als Teil einer ganzheitlichen lebenslangen Lernstrategie, in deren Mittelpunkt die Bedürfnisse der jungen Lernenden stehen;
- ▶ Umsetzung konkreter Verfahren, um sicherzustellen, dass Schulen, Universitäten und andere Bildungszentren sicher und frei von Mobbing, Diskriminierung, (sexueller) Belästigung und allen Formen von Gewalt sind;
- ▶ Förderung einer umfassenden Gesundheits-, Ernährungs- und Sexualaufklärung und von Informationen für Jugendliche, damit diese informierte Entscheidungen treffen können;



### Canal Communities Regional Youth Service, Dublin, Irland<sup>8</sup>

— Dieses Projekt hat das Wissen von Jugendlichen und ihre Fähigkeit erhöht, Zugang zu sozialen Rechten zu erhalten. Das Projekt schloss neun Jugendliche im Alter von 17 bis 21 Jahren ein, die an einer ehrenamtlichen Tätigkeit im Ausland interessiert waren, um ihre Kompetenzen in der Jugendarbeit zu zeigen, und die bereits in ihren Heimatgemeinden als Jugendleiter tätig waren. Sie kamen aus einem benachteiligten Stadtteil in Dublin.

— Der Schwerpunkt des Projekts lag auf einem partizipativen Freiwilligen-/Lernbesuch in Tansania, wo die Teilnehmer:innen für zwei Wochen in einer kleinen, ländlichen Gemeinde in der Region Kilimandscharo arbeiteten und lebten. Das Programm beinhaltete:

- ▶ Das Anstreichen von Klassenzimmern in einer örtlichen Schule;
- ▶ Das Unterrichten von Englisch im Rahmen von strukturierten Klassen und Sport in der Schule;
- ▶ strukturierte Seminare zum Thema soziale Rechte.

— Die jungen Teilnehmer:innen, sowohl die Besucher:innen als auch die Tansanier:innen, lernten viel durch die gemeinsam verbrachte Zeit. Das Projekt vermittelte den Besucher:innen ein tieferes Verständnis, was es bedeutet, als junger Mensch in Tansania aufzuwachsen, und sie tauschten sich mit ihren Gastgeber:innen über das Aufwachsen in einer „benachteiligten“ Gemeinde in Dublin aus.

8. Weitere Informationen unter [www.ccrys.org](http://www.ccrys.org).

- ▶ Anpassen der Ausbildungsprogramme für Lehrer:innen an die Herausforderungen der Arbeit mit Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen durch die Aufnahme neuer Inhalte und durch Entwickeln von Partnerschaften zwischen Fachleuten, die eng mit Jugendlichen in ihren Stadtteilen zusammenarbeiten, insbesondere zu den Themen:
  - soziale Probleme;
  - soziale Identität;
  - interkulturelle Themen;
  - Gleichstellung der Geschlechter;
- ▶ Erleichterung der Mobilität für Lernende zwischen unterschiedlichen Lernbereichen, i.e. zwischen formalen und non-formalen Bildungs-/Lernprogrammen, u.a. die Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen und Fähigkeiten, die im Rahmen dieser unterschiedlichen Formen von Bildung erworben werden;
- ▶ Sicherstellung, dass die Bildungsstrategien und die Bildungspolitik die Bedürfnisse von Jugendlichen berücksichtigen, deren Familien einen nomadischen Lebensstil pflegen oder die einen Flüchtlings- oder Asylstatus haben.

## LEBENSBEDINGUNGEN - BESCHÄFTIGUNG UND BERUF

— Jugendliche, die in benachteiligten Stadtteilen leben, sehen sich bei ihrem Übergang ins Arbeitsleben mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert, u.a. dem Fehlen von Kompetenzen, Qualifikationen und einem geringen Selbstvertrauen. Sie können auch unter verschiedenen Formen von Diskriminierung leiden. Da benachteiligte Stadtteile häufig von den Beschäftigungszentren isoliert liegen, sind Jugendliche mit einer Reihe zusätzlicher Herausforderungen bei der Arbeitssuche konfrontiert und sie müssen sich, wenn sie eine Stelle finden, häufig mit prekären Arbeitsbedingungen abfinden.

— Die nachstehende Fallstudie aus dem Enter!-Projekt zeigt, auf welche Weise ein Gemeindeprojekt zur Rehabilitation junger Häftlinge beitragen kann, indem sie über ihre sozialen Rechte, ihr Recht auf Bildung und Ausbildung, ihr Recht auf gesetzlichen und sozialen Schutz und ihr Recht auf Beschäftigung aufgeklärt werden.



### Die folgenden Maßnahmen im Umgang mit den Herausforderungen, mit denen Jugendliche beim Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung konfrontiert sind, werden empfohlen:

- ▶ Anpassen von Bildungs-, Ausbildungs- und Berufsprogrammen, damit diese integrierend und mit Beschäftigungschancen verbunden sind und klar definierte Karrierewege aufzeigen;
- ▶ Nutzen aller Möglichkeiten (insbesondere durch Gesetzgebung), um sicherzustellen, dass Ausbildung angemessen vergütet wird, damit sie für Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen eine gute Alternative darstellt;
- ▶ Gewährleisten (insbesondere durch Gesetzgebung), dass Praktika eine sichere und legale Form der Beschäftigung und für Jugendliche einen brauchbaren ersten Schritt auf den Arbeitsmarkt darstellen;
- ▶ Verbesserung bestehender und Entwicklung neuer Ansätze für die Jugendinformation und Berufsberatung, unter Berücksichtigung der spezifischen Hürden, mit denen Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen bei ihrer Suche nach Ausbildungschancen, Ausbildungsstellen und einer späteren Beschäftigung konfrontiert sind;
- ▶ Bereitstellen eines öffentlichen Zugangs zu IKT durch bestehende öffentliche Dienste, u.a. Jugendzentren, Büchereien, Medienzentren und andere Informations- und Beratungszentren;
- ▶ Erleichterung des Zugangs zu arbeitsgestützten Lernchancen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor, u.a. durch Partnerschaften zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften;
- ▶ Bereitstellen von Berufspraktika für jene Jugendlichen, die nur schwer einen Zugang zu einer Beschäftigung erhalten. Alle zuständigen örtlichen und nationalen Stellen, u.a. örtliche Behörden, Bildungseinrichtungen und örtliche Unternehmen und Gewerkschaften sollten Berufspraktika für Jugendliche anbieten;
- ▶ Anerkennen von Erfahrungen als relevante berufliche Erfahrungen für den Arbeitsmarkt, die im Rahmen non-formaler Bildung und Gemeindegarbeit gemacht werden. Dies erfordert den Austausch guter Praktiken und die Kooperation seitens der relevanten örtlichen und nationalen Stellen, die aber auch Jugendorganisationen einschließen sollten;
- ▶ Erwägung, eine „Jugendgarantie“ einzuführen, die sicherstellen würde, dass kein Jugendlicher / keine Jugendliche länger als vier Monate ohne Zugang zu Bildung, Ausbildung oder Beschäftigung ist;
- ▶ Setzen von staatlichen Anreizen über Steuersystemerleichterungen und andere Formen der finanziellen Unterstützung für Arbeitgeber, damit diese jungen Menschen eine hochwertige Beschäftigung anbieten;
- ▶ Aufnahme von Modulen zur Berufsberatung und Unterstützung für arbeitssuchende Jugendliche in die Programme der Anbieter öffentlicher Jugend- und Gemeindegarbeit, diese könnten Workshops über



### Prison Watch Public Association, Aserbaidshan<sup>9</sup>

— Junge Häftlinge sind nach ihrer Haftentlassung häufig von Arbeitslosigkeit und der Gefahr neuer Straftaten ausgesetzt. Dieses Projekt bot in Justizvollzugsanstalten Kurse für Häftlinge an, die kurz vor der Entlassung standen. Das Programm behandelte soziale Rechte, insbesondere das Recht auf Bildung, das Recht auf gesetzlichen und sozialen Schutz und das Recht auf Beschäftigung. Das Projekt bestand aus 10 zweitägigen Trainingsprogrammen in 10 Justizvollzugsanstalten, an denen mehr als 300 junge Häftlinge teilnahmen. Des Weiteren wurde ein zweites Programm für 300 junge weibliche Häftlinge angeboten, die in der einzigen Justizvollzugsanstalt Aserbaidshans für Frauen einsaßen. Die vorrangigen Themen waren soziale Rechte, der Umgang mit zuständigen staatlichen Behörden nach der Entlassung und effektive Grundlagen für die Arbeitssuche, u.a. Erstellen eines Lebenslaufes. Es wurde auch eine Reihe von Handbüchern veröffentlicht und im Gefängnis verteilt, die Fragen behandelten und nützliche Informationen enthielten.

— Nach Abschluss der Trainingsprogramme wurde mit den relevanten Akteuren ein Runder Tisch abgehalten, um die Öffentlichkeit über die im Rahmen des Projekts durchgeführten Aktivitäten zu informieren. Mit Menschenrechtsorganisationen wurde eine Auswertung der nationalen Gesetzgebung durchgeführt, und eine Reihe von Vorschlägen wurde den zuständigen staatlichen Stellen vorgelegt, u.a. die Einrichtung von Stellen für Sozialarbeiter und Geistlichen in den Justizvollzugsanstalten.

9. Weitere Informationen unter [www.azpenalreform.az/en](http://www.azpenalreform.az/en).

Beschaffung von Informationen bei der Arbeitssuche, Schreiben eines Lebenslaufs oder Bewerbungsgespräche für junge Arbeitssuchende einschließen;

- ▶ Erleichtern des Zugangs junger Menschen zu Mikrofinanzierungen und genossenschaftlichen Finanzierungsprogrammen, um Unternehmertum und die Gründung sozialer Unternehmen zu ermutigen;
- ▶ Zugang zu bezahlbaren Kinderbetreuungseinrichtungen, die durch kommunale, regionale oder nationale Stellen finanziert werden, und Sicherstellung, dass diese mit den Arbeitszeiten vereinbar sind, um den Zugang junger Eltern zum Arbeitsmarkt zu erleichtern;
- ▶ Bereitstellen von Anreizen für Arbeitgeber:innen, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die auf die Herausforderungen junger Familien eingehen, ihr Berufs- und Privatleben miteinander zu vereinbaren, indem sie Elternzeit (auch für Väter), flexible Arbeitszeiten und, wo möglich, Kinderbetreuungseinrichtungen anbieten;
- ▶ Berücksichtigung der spezifischen Hürden für den Eintritt ins Berufsleben, die Jugendliche erleben, wenn eine Beschäftigungspolitik ausgearbeitet wird.

## LEBENSBEDINGUNGEN – WOHNEN

— Jugendliche, die in benachteiligten Stadtteilen leben, erleben große Hürden im Hinblick auf ein eigenständiges Leben, u.a. das Erreichen einer ordentlichen, bezahlbaren und sicheren Wohnsituation. Sie finden z. B. häufig keinen Zugang zu anständigen, bezahlbaren und sicheren Wohnungen, werden auf dem privaten Wohnungsmarkt diskriminiert und haben keinen Zugang zu Sozialwohnungen. Somit können sie dem Risiko von Obdachlosigkeit ausgesetzt sein, was sich nachteilig auf ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen auswirkt und sie daran hindert, ihren Platz in Bildung oder Beschäftigung zu finden oder eine Stelle zu behalten.

— Eine Fallstudie über den Umgang mit Obdachlosigkeit wird von der ehrenamtlich tätigen Gruppe Bristol Nightstop aus Großbritannien bereitgestellt, die ein Netzwerk aus Gastfamilien gründete, das obdachlosen Jugendlichen im Notfall eine Übernachtungsmöglichkeit anbietet.



**Jugendliche sollten Zugang zu bezahlbaren und jugendfreundlichen Wohnungsämtern haben, die leicht zu erreichen sind. Die Mitgliedstaaten sind zu folgenden Maßnahmen aufgerufen:**

- ▶ Verbesserung des Zugangs junger Menschen aus benachteiligten Stadtteilen zu angemessenen und bezahlbaren Wohnungen;
- ▶ Berücksichtigung der besonderen Wohnbedürfnisse von Jugendlichen, insbesondere schutzbedürftigen Jugendlichen, Familien, Opfern von Gewalt und Minderheitengruppen, bei der Planung von Wohnungspolitik, Wohnungsbaustrategien und Wohnungsämtern und bei deren Umsetzung;
- ▶ Einbeziehen junger Menschen und anderer schutzbedürftiger Gruppen in Entscheidungen, die ihren Zugang zu Wohnraum betreffen;
- ▶ Vereinfachung der Prozesse für den Bezug von Wohnbeihilfen und Unterstützung, wenn sie Schwierigkeiten bei der Unterbringung haben;
- ▶ bessere Koordinierung zwischen staatlichem Wohnungsbau und anderen relevanten Sozialdiensten;
- ▶ Erleichterung der Verbreitung aktueller Informationen über verfügbare Wohnungen und Wohnbeihilfen. Diese Informationen sollten jugendfreundlich und an Orten verfügbar sein, die leicht zugänglich sind, z. B. über bestehende öffentliche Informationsdienste, Bürgerberatungsstellen und Jugendzentren;
- ▶ Förderung und Unterstützung unterschiedlicher Wohnungsarten, z. B. Sozialwohnungen und Privatvermietungen, so dass junge Menschen die Option finden, die am besten zu ihren spezifischen Bedürfnissen passt;
- ▶ Gewährleistung der Vielfalt lokaler Gemeinschaften durch die Verwendung „gemischter Wohnraumpläne“. Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kulturen sollten als Nachbarn zusammenleben können und keiner soll das Gefühl haben, in einem Ghetto zu leben;
- ▶ Gewährleisten, dass die Häuser, in denen junge Menschen leben, sicher und sauber sind und ihnen ein gesundes Leben ermöglichen;



### Bristol Nightstop, GB

— Das Projekt Bristol Nightstop ist eine Reaktion der Gemeinde auf ein Problem der Gemeinde. Das Projekt wird durch Gelder aus der britischen Staatslotterie finanziert. Mit diesem Förderbetrag werden ein/e Projektleiter:in, ein/e Gastgeberkoordinator:in und ein/e leitende/r Mitarbeiter:in bezahlt, die gemeinsam mit Ehrenamtlichen und Expert:innen sieben Tage pro Woche bei der Unterbringung junger Obdachloser helfen.

— Stehen keine anderen Optionen zur Verfügung, arrangiert Bristol Nightstop eine zeitlich begrenzte Notfallunterbringung für junge Obdachlose im Alter von 16 bis 25 Jahren: es handelt sich um sichere Orte im Zuhause der Gastgeber:innen. Die Gastgeber:innen werden durch das ehrenamtliche Gastgeber Netzwerk geprüft und ausgebildet, und sie bieten in ihrem Zuhause ein warmes Zimmer, ein Abendessen, Frühstück, Unterstützung und Mitgefühl an. Sie werden von Projektmitarbeiter:innen von Bristol Nightstop rekrutiert, ausgebildet, unterstützt und angeleitet.

— Das Projekt verfügt auch über Notfallhelfer:innen, die bei Bedarf fachlich beraten und jungen Menschen helfen. Es ist ein Hauptziel des Projekts, junge Obdachlose verständlich und sachlich zu beraten, um ihren Übergang in eine sichere Notunterkunft zu erleichtern und sie bei der Bewertung längerfristiger Optionen zu unterstützen.

— Nightstop arbeitet eng mit einer Bandbreite von Partnerstellen, Organisationen und Dienstleistern in Bristol zusammen. Diese Netzwerke und Partnerschaften arbeiten gemeinsam an der Unterstützung junger Menschen „von einem Tag auf den nächsten und solange es nötig ist“, um auf diese Weise sicherzustellen, dass sie sich frühestmöglich aus der Obdachlosigkeit befreien können.. (FEANTSA 2014)

- ▶ Sicherstellen, dass junge Menschen ihre Wohnrechte kennen, indem man jugendfreundliche Informationen zu diesen Rechten verbreitet und Wohnrechte an Orten aushängt, die häufig von jungen Menschen aufgesucht werden;
- ▶ Sicherstellen, dass Wohnungsanbieter Mindeststandards erfüllen; Stichproben und Inspektionen sollten von den zuständigen Wohnungsämtern durchgeführt werden;
- ▶ Einrichten eines Beschwerdeverfahrens bei den zuständigen Wohnungsämtern über schlechte Wohnstandards und Einbeziehen von Verbraucherschutzorganisationen bei der Bereitstellung dieses Service;
- ▶ Bereitstellen von „Ruhestationen“ für Fahrende, mit Zugang zu sauberem Wasser, Strom und ordentlichen Sanitäreinrichtungen. Bei Bedarf sollte Unterstützung für die Beilegung von Konflikten zwischen Fahrenden und der örtlichen „sesshaften“ Gemeinde bereitgestellt werden.

## LEBENSBEDINGUNGEN – GESUNDHEIT

— Jugendliche, die in benachteiligten Stadtteilen leben, sind anfälliger für bestimmte Gesundheitsrisiken und weisen eine geringere Wahrscheinlichkeit auf, Zugang zu guten Gesundheitsdiensten zu haben. Nationale und kommunale Gesundheitsdienste sollten sicherstellen, dass sie einen problemlosen Zugang zu bezahlbaren und jugendfreundlichen Gesundheitsdiensten haben. Ein Beispiel, wie man dies erreichen kann, ist die Arbeit des Jugendzentrums Sammonlahti in Lappeenranta in Finnland bei der Bekämpfung des Rauchens bei jungen Menschen.



### Die folgenden Empfehlungen können bei der Umsetzung dieser Politik helfen:

- ▶ Zugang zu hochwertigen und jugendfreundlichen Gesundheitsdiensten, Gesundheitsinformationsdiensten und Sozialdiensten;
- ▶ Investitionen in und Unterstützung der persönlichen und beruflichen Entwicklung von Ärzt:innen, Krankenschwestern und Vertreter:innen der örtlichen Gesundheitsbehörden, die in benachteiligten Stadtteilen tätig sind, um sicherzustellen, dass sie über die Fähigkeiten, Kenntnisse und Einstellungen verfügen, die jugendfreundlich, kulturell sensibel und geschlechtersensibel sind, und dass ihre Kompetenzen auf dem aktuellsten Stand sind;
- ▶ sicherstellen, dass Ärzt:innen und andere Dienstleister über die erforderlichen Fähigkeiten und Ressourcen verfügen, die ihnen ermöglichen, mit jungen Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und mit unterschiedlicher Herkunft arbeiten zu können. Zu diesen gehören Dolmetscher- und/oder kulturelle Mediationsdienste;
- ▶ Ausarbeitung von Gesundheits- und Sozialdiensten, die die Bedürfnisse der betroffenen Jugendlichen berücksichtigen, die mehrfache Formen von Ausgrenzung erleben, z. B. Roma, Migrantenfrauen, junge Menschen mit psychischen Problemen, junge Menschen mit Behinderungen oder junge Menschen mit HIV;
- ▶ Investitionen in die Entwicklung und Erbringung von Hilfsdiensten, u.a. Krisenberatung und Bildungsprogramme, die zum Ziel haben, auf ganzheitliche Weise die Gesundheit und das Wohlergehen junger Menschen zu verbessern;
- ▶ Einbinden von gemeindeansässigen Jugendarbeiter:innen, Sozialarbeiter:innen, Pädagog:innen und Ärzt:innen in die Entwicklung von Hilfsdiensten. Insbesondere sollte sich auf Programme fokussiert werden, die sich mit den folgenden Themen befassen:
  - Drogenmissbrauch und -sucht;
  - sexuelle und reproduktive Gesundheit;
  - frühe, ungeplante oder Krisenschwangerschaften;
  - psychische Gesundheit;
  - Sport;
  - Ernährung;
  - Familie und Work-Life-Balance;

### Jugendzentrum Sammonlahti, Lappeenranta, Finnland

— Es wurde eine Lücke in den Gesundheitsdiensten in Bezug auf junge Raucher:innen festgestellt. Jungen Menschen unter 18 Jahren war nicht gestattet, Ersatz für Zigaretten zu kaufen, und Schulen oder Gesundheitsdienste bieten jungen Raucher:innen keine Hilfe beim Aufgeben des Rauchens an, außer im Rahmen von Aufklärungsgesprächen oder meistens durch Nachsitzen, wenn sie beim Rauchen erwischt werden.

— Das Projekt begann im Oktober 2013 in einer örtlichen Schule. Die Schule war Hauptpartner und Hauptunterstützer des Projekts und der jungen Menschen, was den Jugendlichen ermöglichte, an den Projekttreffen teilzunehmen.

— Die Projektgruppe bestand aus 11 Jugendlichen im Alter von 13 bis 17 Jahren. Die Treffen beinhalteten Team-Building-Aktivitäten, Informationen über das Rauchen und die damit verbundenen Risiken, Tests zur Messung des Kohlenmonoxids in der Atemluft der Teilnehmer:innen, eine umfangreiche Selbstbeobachtung (z. B. Beantworten von Fragen wie „Wie fühlst du dich beim Rauchen? Wann rauchst du? Was würde dich zum Aufhören motivieren?“) sowie Beispiele für eine gesunde Ernährung und die Bedeutung von Sport.

— Die Jugendlichen, die am gesamten Projekt teilnahmen, erzielten die folgenden Ergebnisse: drei hörten mit dem Rauchen auf, ein/e reduzierte ihr Rauchen erheblich und ein/e wechselte vor Beendigung des Projekts die Schule.

— Anfang 2014 wurde eine zweite Gruppe aus vier Jugendlichen eingerichtet, als Reaktion auf die Nachfrage. Die Schule ist mit den Ergebnissen zufrieden und hat Interesse signalisiert, diese Arbeitsmethode in Zukunft zu unterstützen; in Folge hat das Jugendzentrum die Möglichkeit erörtert, einige Jugendliche als Peer-Leiter für zukünftige Gruppen auszubilden.

- ▶ Sie sollten sicherstellen, dass Gesundheitsstrategien auf die Bedürfnisse junger Menschen zugeschnitten sind. Junge Menschen und Jugendarbeiter:innen aus benachteiligten Stadtteilen sollten unmittelbar in deren Ausarbeitung und in die Entscheidungen über diese Strategien einbezogen werden;
- ▶ Förderung von Sport als eine Methode, einem gesunden Lebensstil nachzugehen, in und außerhalb der Schule. Sicherstellen, dass junge Menschen einen vollen und gleichen Zugang zu öffentlichen Sportangeboten haben, einschließlich der Investition in ihre Bereitstellung oder Verbesserung.

## LEBENSBEDINGUNGEN - INFORMATION UND BERATUNG<sup>10</sup>

— Jugendliche, die in benachteiligten Stadtteilen leben, haben aufgrund ihrer geografischen Lage und mangelnder Mittel nur einen begrenzten Zugang zu Informationen und Beratungsangeboten, obwohl sie einen größeren Bedarf an diesen Diensten haben als andere Jugendliche.



### Auf Grundlage der Erfahrungen aus diesem Fallbeispiel sollten nationale und kommunale Stellen das Folgende erwägen:

- ▶ Investitionen zur Einrichtung oder, wo diese bereits existieren, die Verbesserung umfangreicher, jugendfreundlicher und aktueller Informationsdienste für junge Menschen (wenn möglich durch IKT, z. B. zu sozialen Rechten, bürgerliche oder soziale Partizipation und Mobilität);
- ▶ sicherstellen, dass diese Informations- und Beratungsdienste an bestehenden Orten in der Gemeinde verfügbar sind, z. B. Schulen, Jugendzentren, Gesundheitszentren und öffentlichen Büchereien;
- ▶ sicherstellen, dass alle an der Bereitstellung der Informations- und Beratungsdienste beteiligten Mitarbeiter:innen und andere Fachkräfte, die mit benachteiligten Jugendlichen arbeiten, ein interkulturelles und geschlechtersensibles Training erhalten haben;
- ▶ Umsetzung von Maßnahmen zur Nachbereitung und Sicherstellung der Qualität und Wirksamkeit der Jugendinformations- und Beratungsdienste auf der Grundlage anerkannter Standards.

10. Im Bereich der Jugendinformation und -beratung hat sich die Arbeit von ERYICA in den letzten Jahren auf die Information und Beratung und soziale Inklusion konzentriert. Weitere Informationen über die Grundsätze der Information und Beratung von Jugendlichen können aufgerufen werden unter: <https://www.eryica.org/european-youth-information-charter/>.



### Bürger:innenvereinigung (Sumnal), Skopje, Nordmazedonien<sup>11</sup>

— Dieses Projekt klärte Roma-Jugendliche im Alter von 13 bis 18 Jahren und drei Roma-Stadtteile in Skopje über ihre sozialen Rechte auf, um ihren Zugang zu Beschäftigung und Gesundheitsdiensten durch Menschenrechtsbildung und Mediation mit den Sozialdiensten zu verbessern. Das Projekt hatte zum Ziel:

- ▶ die Bürger:innenschaft und Menschenrechte innerhalb der Roma-Gemeinde zu fördern;
- ▶ Verbindungen zwischen Roma und den Sozialdiensten herzustellen;
- ▶ Möglichkeiten für einen leichten Zugang zu Beschäftigungsinformationen zu schaffen;
- ▶ Strukturen für einen leichten Zugang zu Gesundheitsversorgung und Informationen für eine gesunde Lebensführung zu schaffen;
- ▶ die Bedeutung von Schule zu unterstreichen und Informationen für mögliche Stipendien und berufliche Chancen bereitzustellen.

— Das Projekt umfasste Outreach-Treffen, eine Bedarfsermittlung der Schüler:innen und Workshops für Schüler:innen, um interaktiv auf diese Bedürfnisse einzugehen. Eine Reihe von Schüler:innen half bei der Arbeit vor Ort, sie unterstützten die Experten und agierten als Projektleiter:innen.

— Das Projekt wandte sich an ca. 60 Jugendliche, von denen die meisten Schulabbrecher:innen waren oder noch nie eine Schule besucht hatten sowie indirekt 180 Jugendliche in Topaana. Die Schüler:innen halfen:

- ▶ 50 Jugendlichen bei der Beantragung von Stipendien des Roma-Bildungsfonds und des Bildungsministeriums;
- ▶ 10 Familien, Dokumente für den Bezug monatlicher Leistungen einzureichen, die ihnen laut Gesetz nach der Geburt des dritten Kindes zustanden;
- ▶ 15 Jugendlichen bei der Einreichung der erforderlichen Unterlagen, um als Reinigungskräfte zu arbeiten; dies geschah mit Unterstützung des Arbeitsamtes.
- ▶ Weitere 15 Jugendliche nahmen an einer Reihe von Kursen teil, in denen sie u.a. lernten, sich auf eine Stelle zu bewerben.

11. Weitere Informationen unter [at www.tigweb.org](http://www.tigweb.org).

## LEBENSBEDINGUNGEN – SPORT, FREIZEIT UND KULTUR

— Sport, Freizeit und Kultur und Veranstaltungen werden immer stärker kommerzialisiert und sind dementsprechend immer exklusiver und teurer; so dass sich Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen sich diese häufig nicht leisten können. Sie sollten jedoch in der Lage sein, Sport-, Freizeit- und Kulturangebote wahrzunehmen, die bezahlbar und jugendfreundlich sind. Sehr häufig wissen sie auch zu wenig über die Bandbreite an Möglichkeiten, die ihnen offen steht. Das folgende portugiesische Beispiel aus dem Enter!-Projekt zeigt, wie man die Medien für die Förderung und Verbreitung von sozialen Rechten einsetzen kann.



### Der Anhang zu dieser Empfehlung enthält die folgenden Maßnahmen, um die Partizipation von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen an Sport-, Freizeit- und Kulturangeboten zu erhöhen:

- ▶ Ausstatten benachteiligter Stadtteile mit voll zugänglichen und bezahlbaren Sport- und Freizeiteinrichtungen und Verbesserung der bereits bestehenden Einrichtungen, unter Einbeziehung der betreffenden Gemeinden bezüglich dieser Einrichtungen;
- ▶ Sicherstellen, dass alle relevanten öffentlichen Dienste zusammenarbeiten, einschließlich der Jugendarbeiter:innen, Schulen, Gemeindedienste, Informations- und Beratungsdienste und kulturellen Einrichtungen;
- ▶ Verbinden von Gemeindeentwicklungs- und Partizipationsstrategien, um auf diesem Wege eine bestmögliche Nutzung der bestehenden Angebote zu erzielen, einschließlich der Jugendarbeit, Schulen, Gemeindedienste, Informations- und Beratungsdienste, kulturellen Einrichtungen;
- ▶ Erkennen des Potenzials von Sport und Kultur für die Förderung einer aktiven Jugendpartizipation und Bürger:innenschaft, der sozialen Kohäsion, Integration und des Wohlergehens, und Hervorheben dieser Aspekte in den Entwicklungsplänen der Gemeinden;
- ▶ Sicherstellen, dass Sport-, Jugendarbeits- und andere Aktivitäten von jungen Männern und jungen Frauen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund wahrgenommen werden; Umsetzen geschlechtsspezifischer und kulturell sensibler Maßnahmen; Erkennen, dass viele Jugendliche spezifische Probleme haben, an diesen Aktivitäten teilzunehmen, besonders Jugendliche mit Behinderungen;
- ▶ Verbessern der Zugänglichkeit und Bezahlbarkeit kultureller Angebote, u.a. Theater, Konzerte oder Ausstellungen, für Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen;
- ▶ Bereitstellen von Beratung und Gelegenheiten für Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen, damit diese durch die aktive Nutzung ihrer Talente und kulturellen Kreativität aktiv zur Verbesserung ihrer Gemeinden beitragen.



### Weltbürger:innen/Bué Fixe, Amadora, Lissabon, Portugal<sup>12</sup>

— Dieses Projekt förderte den Zugang von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen zu sozialen Rechten durch die Medien, insbesondere über das Radio, die Zeitschrift Bué Fixe und deren Blog. Das Projekt richtete sich an schutzbedürftige junge Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren, die aus portugiesisch-sprachigen Ländern in Afrika stammen und in benachteiligten Stadtteilen in Portugal leben, sowie an die zweite Generation von Migrant:innen. Die größten Hürden für diese Gruppen im Hinblick auf die Integration waren sozialer, wirtschaftlicher, schulischer und kultureller Natur.

— Es wurden verschiedene Medien für die Verbreitung wichtiger Informationen genutzt, die von den jungen Menschen selbst in Bezug auf ihre Interessen und Rechte unter Leitung von Fachleuten verfasst worden waren. Die im Rahmen des Projekts behandelten sozialen Rechte waren:

- ▶ Zugang zu Bildung;
- ▶ Zugang zur Gesundheitsversorgung;
- ▶ Beschäftigungschancen;
- ▶ Zugang zu Informationen;
- ▶ non-formale Bildung und Jugendpartizipation.

— Eine weitere Priorität des Projekts war das Lernen über kulturelle Vielfalt, da diese jungen Menschen, auch wenn sie alle Portugiesisch sprachen, aus unterschiedlichen Kulturen stammten und unterschiedliche religiöse Überzeugungen und Werte hatten.

12. Weitere Informationen unter [www.citizensforeurope.eu/organisation/dynka](http://www.citizensforeurope.eu/organisation/dynka).



## FÖRDERUNG DER SOZIALEN INKLUSION

Die soziale Inklusion hat viele Definitionen. Die Europäische Kommission definiert als ihr Ziel die Prävention und Beendigung von Armut und Ausgrenzung und die Förderung der Integration und Partizipation aller Menschen in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben (Europäische Kommission 2006). Der Europarat verwendet traditionell den weiter gefassten Begriff der „sozialen Kohäsion“, der definiert wird als „die Fähigkeit einer Gesellschaft, das Wohlergehen aller ihrer Mitglieder sicherzustellen. Eine kohäsive Gesellschaft ist eine sich gegenseitig unterstützende Gemeinschaft freier Individuen, die mittels demokratischer Methoden gemeinsame Ziele verfolgt“ (Europarat 2004). In amtlichen Dokumenten und in der Forschungsliteratur wird häufig auf die soziale Ausgrenzung verwiesen; diese wird von der Europäischen Kommission definiert als „ein Prozess, durch den bestimmte Personen an den Rand der Gesellschaft gedrängt und an einer vollumfänglichen Teilhabe aufgrund von Armut oder fehlender Grundkompetenzen und lebenslanger Lernchancen gehindert werden“ (Europäische Kommission/Europarat 2004).

— Gemäß dieser Definitionen erleben Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen häufig Ausgrenzung, Isolation und Segregation. Dies erhöht ihre Erfahrung von Diskriminierung. Diese Herausforderungen müssen von den nationalen, regionalen und kommunalen Stellen angegangen werden. Das nachfolgende Beispiel aus dem Enter!-Projekt zeigt, auf welche Weise proaktive Bildungsinitiativen gegen die soziale Ausgrenzung eingesetzt werden können.



### Im Zusammenhang mit der Förderung der sozialen Inklusion von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen werden die folgenden Maßnahmen vorgeschlagen:

- ▶ Anerkennen, dass alle jungen Menschen einen gleichen Zugang zu öffentlichen Angeboten haben sollten, u.a.:
  - Poststellen;
  - öffentliche Bibliotheken;
  - Gemeinde- und Jugendzentren;
  - Arbeitsagenturen;
  - IKT;
  - Nahverkehrsangebote;
- ▶ Zugehen auf die am stärksten isolierten und entfremdeten Jugendlichen in Randgebieten und ausgegrenzten benachteiligten Stadtteilen und Verbreiten von Informationen, Angeboten für non-formale Bildung und andere Partizipationsmöglichkeiten, z. B. durch „mobile Jugendarbeit“;
- ▶ Mitwirkung von Jugendlichen am Prozess der Strategieentwicklung für die betroffenen Gemeinden.



### Initiative Jugend in Freiheit (RSL), Kukës-Region, Albanien<sup>13</sup>

— Die Kukës-Region im Norden und Nordosten Albaniens besteht aus den drei Distrikten Kukës, Has und Tropoja mit einer Population von 116.000 Einwohnern. Es handelt sich um die ärmste Region in Albanien und es sind Eingriffe erforderlich, nicht nur um die Wirtschaft der Region zu verbessern, sondern auch, um die Allgemeinbevölkerung aufzuklären. Dieses Projekt richtete sich in Zusammenarbeit mit der Kommune Kukës speziell an Jugendliche, um diese über Menschen- und soziale Rechte aufzuklären.

— Im Rahmen dieses Projekts wurde ein dreitägiger Trainingskurs für 30 Jugendliche aus Stadtteilen mit niedrigen Einkommen organisiert. Der Kurs befasste sich mit Fragen der sozialen Ausgrenzung und der Förderung der sozialen Kohäsion in der Region und richtete sich im Rahmen der formalen und non-formalen Bildung an Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen. Insgesamt beteiligten sich rund 80 Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen, Lehrkräfte, Student:innen der örtlichen Universität, Journalist:innen und Sozialarbeiter:innen der Kommune an dem Kurs.

— Die sozialen Rechte, mit denen sich das Projekt befasste, waren u.a. das Recht auf Wohnen, Bildung, Beschäftigung und sozialen Schutz. Das Hauptziel des Projekts war die Bereitstellung von Wissen und Fähigkeiten zu diesen Themen, um auf diese Weise die soziale Kohäsion von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen wie folgt zu fördern:

- ▶ Ausweitung ihrer Kenntnisse über soziale Rechte und ihren Einsatz als „Multiplikatoren“ für die Aufklärung ihrer Gemeinden über ihre Rechte und Verhinderung der Formen von Diskriminierung, die speziell Jugendliche betreffen;
- ▶ Zugang der Teilnehmer:innen zu Informationen über soziale Ausgrenzung, einschließlich der Europäischen Sozialcharta (revidiert);
- ▶ Verbesserung ihrer Kenntnisse über die Handlungsprinzipien im Umgang mit sozialer Ausgrenzung und der Partizipation an örtlichen staatlichen Initiativen gegen soziale Ausgrenzung.

— Am Ende des Projekts verfassten die Jugendlichen Empfehlungen für die örtliche Jugendpolitik; diese wurden den kommunalen Stellen in der Hoffnung vorgelegt, dass sie Teil der kommunalen Politik und Arbeit zu sozialen Rechten würden. Auf Grundlage der während dieses Projekts ausgetauschten Erfahrungen engagierten sich einige der Jugendlichen weiterhin als Vermittler und fünf von ihnen wurden ausgewählt, um im Sommer an Praktika teilzunehmen, die von der RSL in Kooperation mit der Kukës-Gemeinde organisiert wurden.

13. Weitere Informationen unter [at www.rsl-al.org](http://www.rsl-al.org).

## FÖRDERUNG DER PARTIZIPATION AM LEBENSUMFELD

Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen sind sehr häufig von politischen Entscheidungen ausgeschlossen, die ihr alltägliches Leben betreffen. Trotzdem haben sie Ideen und Meinungen, die in Entscheidungen über die Umwelt, in der sie leben, einfließen sollten. Die nachfolgende Fallstudie zeigt, auf welche Weise eine NGO, die mit Jugendlichen und kommunalen/regionalen Stellen zusammenarbeitet, proaktiv die politische Partizipation von Jugendlichen verbessern kann.



**Die Mitwirkung von Jugendlichen an Entscheidungsprozessen auf kommunaler und regionaler Ebene kann die Qualität dieser Entscheidungsfindung erhöhen. Sie hilft zudem den Jugendlichen, aktive und engagiertere Bürger:innen zu werden. Die folgenden Maßnahmen werden vorgeschlagen:**

- ▶ Jugendlichen zuhören und auf sie eingehen, indem man Dienste und Einrichtungen entwirft, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind;
- ▶ Schaffung von Räumen, z. B. Jugendräte und allen Jugendlichen offen stehende Jugendparlamente auf kommunaler und regionaler Ebene;
- ▶ Ausarbeitung integrierender und transparenter Prozesse, die jungen Menschen und deren Vertreter:innen die Teilnahme an der Planung ihrer Umwelt ermöglichen (auf städtischer, Gemeinde- und Nachbarschaftsebene) und in denen die Bedürfnisse von Jugendlichen und die Zugänglichkeit zu wesentlichen öffentlichen Diensten und Gemeindeangeboten als Kernpunkte der Planung anerkannt werden. Beispiele guter Praxis schließen die Gründung von Jugendberatungsgremien auf lokaler und regionaler Ebene ein, wie z. B. kommunale Jugendbeiräte und Jugendparlamente, die allen Jugendlichen, ob sie Organisationen oder Verbänden angehören oder nicht, ermöglichen, ihre Meinung zu äußern und Vorschläge für die Formulierung und Umsetzung politischer Maßnahmen, die sie betreffen, einzureichen; sowie die Grundsätze des Ko-Managements des Jugendsektors des Europarats;
- ▶ Nutzung von Orten und Medien, die bei Jugendlichen populär sind (z. B. soziale Medien, Jugendorganisationen und -zentren, Sportvereine oder öffentliche Plätze, die sie oft aufsuchen), um sie über geplante Prozesse, die für sie von Interesse sind, zu informieren und zu konsultieren;
- ▶ Jugendorganisationen, die in benachteiligten Stadtteilen tätig sind, nachhaltige Unterstützung und Mittel zur Verfügung zu stellen, um die am stärksten ausgegrenzten Jugendlichen zu erreichen und ihre Partizipation an relevanten Debatten herbeizuführen.



### Kaukasus-Institut für Frieden, Probleme und Forschung (CIPPR),<sup>14</sup> Region Schirak, Armenien

— CIPPR organisiert Projekte zur Förderung der Einbeziehung junger Armenier:innen in das Leben der Gemeinde und Region, wodurch die Gründung einer Zivilgesellschaft, der Schutz der Menschenrechte und die Verbreitung demokratischer Werte im Land gefördert werden. Dieses Projekt unterstützte eine größere Partizipation von Jugendlichen an demokratischen Strukturen und Prozessen auf kommunaler und regionaler Ebene, auf der Grundlage der Prinzipien aus der revidierten Europäischen Charta über die Teilhabe junger Menschen am Leben der Gemeinde und Regionen.

— Eine Auswahl von 25 jungen Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren aus der Region Schirak im Norden Armeniens nahm an einem Trainingskurs teil. Unter den ausgewählten Personen hatten viele noch keine Gelegenheit gehabt, sich aktiv an der Zivilgesellschaft oder Jugendaktivitäten auf kommunaler und regionaler Ebene zu beteiligen, und viele stammten aus Minderheiten, waren sozial benachteiligt und stammten aus entfernten, wirtschaftlich benachteiligten Gebieten.

— Die Regionalverwaltung der Region Schirak und die Jugendabteilung der Gemeinde Gyumri unterstützten das Projekt, und junge Mitarbeiter:innen staatlicher und kommunaler Stellen, die für Jugendpartizipation auf kommunaler und/oder regionaler Ebene zuständig sind, nahmen am Trainingskurs teil.

— Im Hinblick auf soziale Rechte konzentrierte sich der Kurs auf das Recht auf Bildung, das Recht auf gesetzlichen und sozialen Schutz und das Recht auf Nichtdiskriminierung. Das Projekt schärfte das Bewusstsein der Teilnehmer:innen für die Bedeutung ihrer bürgerlichen Verantwortung und ihre Partizipation an Entscheidungsprozessen auf kommunaler und regionaler Ebene. Das Ziel des Kurses sollte sein, dass sie ihre neuen Kompetenzen, Erfahrungen und Kenntnisse anderen jungen Menschen in ihren Gemeinden mitteilen und als „Multiplikatoren“ agieren würden. In Nachbereitung wurde eine neue Gruppe junger Menschen gegründet, die bei der Ausarbeitung und Umsetzung weiterer lokaler und regionaler Projekte mitwirken sollte.

14. Weitere Informationen unter [at www.cippr.org](http://www.cippr.org).

## NICHTDISKRIMINIERUNG UND AKTIVE BÜRGER:INNENSCHAFT

**B**ei der aktiven Bürger:innenschaft geht es um Engagement, Partizipation an der Gesellschaft und die Wertschätzung der Beiträge einzelner Menschen, seien diese in Beschäftigung oder nicht. In der Praxis kann dieses Engagement und diese Partizipation die Mitgliedschaft in einem Mieterbund, einer politischen Partei oder Interessengruppe sein, eine ehrenamtliche Tätigkeit, um in örtlichen Sportvereinen zu helfen, die Betreuung eines/einer Angehörigen oder Nachbar:in oder einfach nur, in seinem Stadtteil aktiv zu sein und sich um das eigene Umfeld oder um größere globale und nationale Themen zu kümmern (Taskforce on Active Citizenship 2007).

— Aus diesem Grund meint aktive Bürger:innenschaft, sich des Wohlergehens seiner Mitbürger:innen bewusst zu sein und sich um diese zu kümmern, in der Erkenntnis, dass wir Teile von Gemeinschaften sind und in unserem Alltag aufeinander angewiesen sind. Ein:e aktiver Bürger:in zu sein, kann Folgendes einschließen:

- ▶ Unterstützung und Engagement im Hinblick auf unterschiedliche ehrenamtliche und Gemeindeaktivitäten;
- ▶ Menschen mit anderen Meinungen zu respektieren und diesen zuzuhören;
- ▶ sich einzubringen in Entscheidungen zu Themen, die uns und andere betreffen, insbesondere durch Teilnahme am demokratischen Prozess;
- ▶ Achtung der ethnischen und kulturellen Vielfalt und offen für Veränderungen zu sein (ibid.).

— Leider haben Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen nicht die Gelegenheit, sich als vollgültige Bürger zu „engagieren“. Diese Form der sozialen Ausgrenzung und Diskriminierung sollte beseitigt werden, insbesondere durch öffentliche Vertreter:innen auf allen Regierungs-/Verwaltungsebenen. Damit eine Demokratie effektiv sein kann, müssen Jugendliche ermutigt werden, aktive Bürger:innen zu werden, und müssen in gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Entscheidungen einbezogen werden, die ihr Leben betreffen.

— Ein Projekt von Enter! in Straßburg zeigt, wie man Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen helfen kann, aktive Bürger zu werden.



**Die Enter!-Empfehlung fordert Maßnahmen zur Förderung der sozialen Kohäsion und der positiven Beziehungen zwischen Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und schlägt die folgenden Maßnahmen vor, um Jugendliche als aktive Bürger in ihren Gemeinden einzubeziehen:**

- ▶ Anerkennen, dass es bestimmte Gruppen von Jugendlichen gibt, die anfällig für Diskriminierung und Stigmatisierung sind, und Ergreifen konkreter Maßnahmen, um ihre Probleme zu lösen;
- ▶ aktive Unterstützung von Jugendlichen und ihren Organisationen bei der Entwicklung von Projekten und Ideen, die die Beziehungen zwischen den Menschen, die in ihrer Gemeinde leben, zu verbessern, einschließlich Initiativen:
  - zur Bekämpfung von negativen Einstellungen zu Nachbarn mit einem anderen sozialen und kulturellen Hintergrund;
  - Förderung des Zugangs zu sozialen Rechten und Menschenrechten und sozialer Inklusion;
- ▶ Bereitstellen von Mitteln für die Projektentwicklung, das Projektmanagement und den Zugang zu örtlichen Einrichtungen;
- ▶ Unterstützung von Projekten, die Jugendliche einschließen, die sozial ausgegrenzt sind;



### Association Migration Solidarité et Échanges pour le Développement (AMSED), Straßburg, Frankreich<sup>15</sup>

— Das Projekt „Take the chance and Overcome the Gap“ (Nutze die Chance und überwinde die Gräben) wurde mit dem Ziel entwickelt, das Bewusstsein junger Menschen aus dem benachteiligten Stadtteil Hautepierre, Straßburg, für Bildung, soziale Inklusion, Nichtdiskriminierung und interkulturelle Lernangebote zu schärfen. Es steigerte das Selbstwertgefühl der teilnehmenden jungen Menschen und informierte sie über kommunale politische Ansätze, die ihnen Zugang zu ihren sozialen Rechten verschaffen, sowie über die Teilnahme an Angeboten auf internationaler Ebene, u.a. Trainingskurse, Jugendaustausch und Workcamps. Darüber hinaus verfolgte das Projekt das Ziel, die Wahrnehmung junger Menschen durch ihre Gemeinden zu ändern.

— Eine Reihe von Treffen und Workshops wurden mit den Teilnehmer:innen abgehalten, die zwischen 17 und 30 Jahre alt waren und aus den benachteiligten Stadtteilen Meinau, Cronenbourg, Bischheim, Gare und Esplanade stammten. Vertreter:innen der kommunalen Behörden sowie Sozial- und Jugendarbeiter:innen aus Straßburg nahmen ebenfalls teil.

— Die jungen Menschen wiesen einen hohen Anteil von Schulabbrechern und Arbeitslosen auf, und jene, die einer Beschäftigung nachgingen, unterlagen allgemein prekären Arbeitsverträgen. Die meisten hatten außerdem einen Migrationshintergrund, was den Grad der Diskriminierung, dem sie ausgesetzt waren, und ihrer multidimensionalen sozialen Ausgrenzung erhöhte.

— Die Teilnehmer:innen erfuhren mehr über kommunale und nationale politische Maßnahmen und Programme, die ihnen im Hinblick auf ihren Zugang zu sozialen Rechten offenstehen. Sie erhielten außerdem die Gelegenheit, sich an einer Reihe internationaler Aktivitäten zu beteiligen, u.a. Teilnahme an verschiedenen Trainingskursen und an kurzzeitiger Freiwilligenarbeit im Ausland, was ihre Kompetenzen, Fähigkeiten und Kenntnisse vertiefte und stärkte.

15. Weitere Informationen unter [www.amsed.fr](http://www.amsed.fr).

- ▶ Bereitstellen von Informationen für junge Menschen über unterschiedliche Kanäle, u.a. soziale Medien und Anschlagbretter in öffentlichen Gebäuden (z. B. Schulen, Büchereien, Jugendzentren);
- ▶ höhere Investitionen in die Jugendarbeit und in Jugendorganisationen, die sich für aktive Bürger:innenschaft, soziale Kohäsion und den Dialog zwischen Jugendlichen mit unterschiedlichem sozialem und kulturellem Hintergrund einsetzen;
- ▶ sicherstellen, dass öffentliche Gebäude für Jugendliche mit Behinderungen zugänglich sind. Die Prinzipien des universellen Designs sollten als anerkannter Standard angewandt werden.<sup>16</sup>

16. Weitere Informationen unter : <https://www.universal-design.org/institut-fuer-universal-design>.

## UNTERSTÜTZUNG VON NON-FORMALER BILDUNG UND JUGENDARBEIT

**G**ut geplante non-formale Bildungsprojekte sollten klare und eindeutige Zielsetzungen verfolgen. Die non-formale Bildung ist definiert als:

*freiwilliges Lernen, das in einer Bandbreite von Umgebungen und Situationen stattfindet, in denen das Unterrichten/ die Ausbildung und das Lernen nicht notwendigerweise ihr einziges oder wichtigstes Ziel ist. Diese Umgebungen und Situationen können zeitlich begrenzt sein, und die Aktivitäten oder Kurse, die stattfinden, können durch professionelle Lernbegleiter:innen (z. B. Jugendtrainer:innen) oder durch Ehrenamtliche (z. B. Jugendleiter:innen) erfolgen. Die Aktivitäten und Kurse sind geplante Maßnahmen, werden aber selten durch konventionelle Abläufe oder Lehrpläne strukturiert. Sie befassen sich in der Regel mit bestimmten Zielgruppen, dokumentieren oder bewerten jedoch selten die Lernergebnisse oder Leistungen in konventionell nachvollziehbarer Weise.<sup>17</sup>*

■ Des Weiteren definiert die Europarats-Charta zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung die non- (oder nicht) formale Bildung wie folgt:

*„Nicht-formale Bildung“ sind all jene organisierten Bildungsprogramme, die dafür ausgelegt sind, außerhalb der formalen Bildung eine Reihe von Fertigkeiten und Kompetenzen zu erweitern.“*

■ Das Jugendarbeit-Portfolio des Europarates definiert die Merkmale der nicht-formalen Bildung wie folgt:

- ▶ das Lernen erfolgt außerhalb der Strukturen des formalen Bildungssystems, es unterscheidet sich von diesem durch seine Organisation und die Art der Anerkennung, die es nach sich zieht;
- ▶ das Lernen ist gewollt und freiwillig;
- ▶ das Lernen dient vor allem der Vermittlung und dem Praktizieren der Werte und Fähigkeiten des demokratischen Lebens.

■ Im Zusammenhang mit dem Enter!-Projekt hat sich die nicht-formale Bildung häufig als effektive Methode erwiesen, um Jugendlichen, die keine formale Bildung durchlaufen haben, zu helfen, die von ihnen erlebten Nachteile zu überwinden und aktive Beitragende zur Entwicklung ihrer eigenen Gemeinden und zur Gesellschaft als Ganzes zu werden. Es ist jedoch eine Tatsache, dass die Jugendarbeit und das nicht-formale Lernen nicht die soziale und politische Anerkennung erfährt, die es verdient, und häufig werden Jugendarbeiter:innen als Berufsgruppe mit „geringem Status“ betrachtet.

■ Das nachfolgende Beispiel aus dem Enter!-Projekt, ein Jugendtheaterfestival in Berlin, das die sozialen Rechte junger Migranten fördert, zeigt, wie man die nicht-formale Bildung für die Jugendarbeit einsetzen kann.



### Die nachfolgenden Maßnahmen würden den Wert der Jugendarbeit und der nicht-formalen Bildung erhöhen:

- ▶ Die zuständigen Bildungseinrichtungen und weiteren relevanten Stellen sollten die Jugendarbeit als wichtige Maßnahme für die Förderung des Gemeindezusammenhalts anerkennen und wertschätzen. Dies kann wie folgt geschehen:

17. Siehe Webseite zum EU-Jugendpass-Programm unter [www.youthpass.eu/en/youthpass/for/youth-initiatives/learn/information/non-formal-learning](http://www.youthpass.eu/en/youthpass/for/youth-initiatives/learn/information/non-formal-learning).

## JugendtheaterBüro Berlin – Das Unternehmen „Freedom Festival“, Deutschland<sup>18</sup>

■ Im Juli 2009 startete die NGO - Initiative Grenzen-Los! e.V. ein neues Projekt, das JugendtheaterBüro Berlin. Das Projekt organisierte 2011 ein Theaterfestival, das Freedom Festival, auf Grundlage non-formaler Methoden. An der Organisation des Festivals waren Jugendliche aus benachteiligten Berliner Stadtteilen im Alter von 14 bis 22 Jahren beteiligt, vorwiegend mit Migrations- und muslimischem Hintergrund.

■ Das Projekt schloss eine Reihe von Perspektiven zu Menschen- und sozialen Rechten und damit verbundene Möglichkeiten ein und hatte zum Ziel, die Partizipation und die Kompetenzen der Teilnehmer:innen zu entwickeln. Es konzentrierte sich auf das Recht auf Nichtdiskriminierung, das Recht auf Bildung und das Recht auf Teilhabe an sozialen und kulturellen Aktivitäten und auf eine Berufsberatung.

■ In den drei Jahren des Projekts fanden regelmäßige Treffen, Workshops und Ausbildungsprogramme über den gesamten Organisationsprozess für das Festival statt. Diese deckten alle relevanten Disziplinen ab, die für das Betreiben eines Theaterfestivals erforderlich sind: Schauspielerei, Filmen, Beleuchtung, Ton, Öffentlichkeitsarbeit, Verwaltung, Herstellen von Masken, Bühnenbildern, Kostümen, Lehr- und Präsentationsmethoden, usw.

■ Es wurden neue Theaterproduktionen entwickelt, organisiert und von den Teilnehmer:innen selbst aufgeführt. Das Projekt schloss aus diesem Grund eine Berufsberatung im kreativen Bereich ein, unterstützte die Jugendlichen bei der Entwicklung von Ideen für die Zukunft und ermöglichte ihren Zugang zum Arbeitsmarkt.

■ Durch diesen partizipativen Ansatz und durch die non-formale Bildung als Werkzeug deckten die Projekt-Workshops die folgenden Hauptthemen ab:

- ▶ Identität;
- ▶ Hass und Liebe;
- ▶ soziale Inklusion;
- ▶ Freiheit;
- ▶ Menschen- und Kinderrechte;
- ▶ Geschlecht;
- ▶ Diskriminierung;
- ▶ Vielfalt;
- ▶ Rassismus;
- ▶ Toleranz;
- ▶ Demokratie.

■ Mit dem während des Projekts erworbenen Wissen entwickelten die Jugendlichen positive und kreative Kompetenzen und lernten, in ihren Stadtteilen aktiver und engagierter zu sein.

18. Weitere Informationen unter [www.grenzen-los.eu](http://www.grenzen-los.eu).

- Konsultation der Jugendarbeiter:innen bei der Entwicklung von Strategien und politischen Ansätzen und der Umsetzung von Prozessen, die benachteiligte Jugendliche betreffen;
- Finanzierung von Jugendorganisationen und Gewährleistung, dass die Finanzierungsverfahren klar und verständlich sind;
- Erleichtern des lebenslangen Lernens von Jugendarbeiter:innen;

- Förderung des Austauschs von Fachwissen der Jugendarbeiter:innen mit anderen Berufsgruppen, die mit Jugendlichen arbeiten;
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Jugendarbeit und des Status der Jugendarbeit;

- ▶ die Gesetzgebung und politischen Maßnahmen sollten Jugendarbeiter:innen und Jugendorganisationen unterstützen, damit sie „beste Praktiken“ für die Programme der/des non-formalen Bildung/ Lernens anbieten können;
- ▶ Bereitstellung nachhaltiger Finanzierungen und andere Formen der strukturellen Unterstützung, um eine nachhaltige Umgebung für Jugendarbeiter:innen und deren Organisationen für die non-formale Bildung und Lernprogramme in benachteiligten Stadtteilen zu schaffen.

## VERBESSERUNG DER GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

In den letzten Jahrzehnten hat es weltweit einen Schwerpunkt bei der Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern gegeben. Obwohl Fortschritte erzielt wurden, bleibt immer noch viel zu tun, um alle Formen der geschlechtsspezifischen Diskriminierung zu beseitigen. Im Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen heißt es: „[D]ie Benachteiligungen, denen Frauen und Mädchen ausgesetzt sind, sind die Hauptursache für Ungleichheit. Viel zu häufig werden Frauen und Mädchen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, politische Vertretung, Arbeitsmarkt, etc. diskriminiert, mit negativen Auswirkungen auf die Entwicklung ihrer Fähigkeiten und ihrer Entscheidungsfreiheit.“<sup>19</sup>

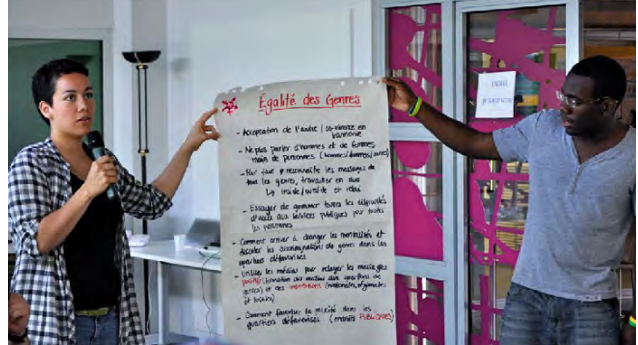
— Zur Bearbeitung dieser Probleme hat der Europarat 2012 sein Programm zur Geschlechtergleichstellung und 2014 seine Gleichstellungsstrategie gestartet. Es wurde ein Gleichstellungsausschuss eingerichtet, der die Umsetzung der Strategie überwacht, deren allgemeine Ziele lauten, „die Förderung und Ermächtigung von Frauen zu erreichen und dadurch die effektive Verwirklichung der Gleichstellung in den Mitgliedstaaten des Europarates“ und „den Einfluss und die Sichtbarkeit von Gleichstellungsstandards zu erhöhen, deren Umsetzung in den Mitgliedstaaten durch eine Bandbreite von Maßnahmen zu unterstützen, u.a. durch Gender Mainstreaming und Maßnahmen in einer Reihe vorrangiger Bereiche“.

— Fünf Prioritätsbereiche wurden vereinbart, um Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie zu messen:

- ▶ Bekämpfung von Geschlechterstereotypen und Sexismus;
- ▶ Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen;
- ▶ Garantie eines gleichen Zugangs von Frauen zur Justiz;
- ▶ Erreichen einer ausgewogenen Partizipation von Frauen und Männern bei politischen und öffentlichen Entscheidungsprozessen;
- ▶ Erreichen der Gleichstellung in allen politischen Ansätzen und Maßnahmen.

— Die Europäische Sozialcharta (revidiert) erkennt in Artikel 20 außerdem das Recht auf Gleichstellung am Arbeitsplatz an und erklärt „[a]lle Arbeiter:innen haben das Recht auf Chancengleichheit und Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts“.

19. Gleichstellungsindex (GII), Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, Bericht über die menschliche Entwicklung, erhältlich unter <http://hdr.undp.org/en/content/gender-inequality-index-gii>. Siehe auch UNDP 2015.



### Bulwell Riverside Centre, Nottingham, Vereinigten Königreich<sup>20</sup>

— Das Bulwell Riverside Centre, ein vom Stadtrat der Stadt Nottingham betriebenes Jugendzentrum, arbeitete zusammen mit jungen Menschen in den Bereichen Kunst, Musik und Theater an der Förderung ihrer Kenntnisse zum Problem von Missbrauchsbeziehungen. Die Kunstwerke, die geschaffen wurden, wurden in Schulen und Jugendzentren ausgestellt und aufgeführt, um die örtliche Gemeinde über häusliche Gewalt aufzuklären.

20. Siehe [www.nottinghamcity.gov.uk](http://www.nottinghamcity.gov.uk).



**In Anerkennung der Tatsache, dass junge Frauen aus benachteiligten Stadtteilen dem Risiko einer zusätzlichen sozialen Ausgrenzung und Diskriminierung ausgesetzt sind und aus diesem Grund eine größere Unterstützung beim Zugang zu ihren sozialen Rechten benötigen, fordert die Empfehlung die Mitgliedstaaten auf, die Gleichstellung zu fördern und den Zugang zu sozialen Rechten durch Einführen der folgenden Maßnahmen zu verbessern:**

- ▶ Ermutigung junger Eltern (besonders junger Mütter) aus benachteiligten Stadtteilen, ihre schulische Bildung oder berufliche Ausbildung fortzusetzen oder wieder aufzunehmen;
- ▶ diese (besonders junge Mütter) des Weiteren zu ermutigen, sich über eine Vielzahl von Maßnahmen um eine Beschäftigung zu bemühen, u.a. durch geeignete Leistungs- und Kinderbetreuungsangebote;
- ▶ Bereitstellung konkreter Hilfsmaßnahmen für junge Frauen und Männer, die in benachteiligten Stadtteilen leben, um sie über Themen aufzuklären, die sie betreffen, durch entsprechende Plattformen für ihre Partizipation in Jugendorganisationen, am politischen Leben und an der Gesellschaft;
- ▶ Unterstützung der jungen Menschen als Leiter:innen in ihren Gemeinden; u.a. durch Unterstützung geschlechtsspezifischer Jugendorganisationen, Koedukations-Jugendarbeit und geschlechtsspezifische Initiativen für junge Männer.

## PRÄVENTION VON GEWALT

Der Europarat befasst sich seit vielen Jahren mit dem Thema Gewalt und die Mitgliedstaaten haben eine Reihe von Übereinkommen zu diesem Thema verabschiedet, u.a.:

- ▶ Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und deren Protokolle;
  - ▶ die Europäische Sozialcharta (revidiert);
  - ▶ Übereinkommen zur Bekämpfung des Menschenhandels;
  - ▶ Übereinkommen zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch.
- Am bedeutendsten ist jedoch das Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, das 2011 verabschiedet wurde.
- Die 7. Konferenz der europäischen Jugendminister (Budapest, 2005) war den jugendpolitischen Maßnahmen gegen Gewalt gewidmet. In der Anschlussklärung einigten sich die Minister u.a. auf die Notwendigkeit, alle Formen von Gewalt und deren Auswirkungen auf Menschen zu erfassen, Gewaltpräventionsstrategien zu entwickeln und junge Menschen als Akteure der Gewaltprävention anzuerkennen, „indem man ihr Verantwortungsbewusstsein erhöht und ihre Partizipation und Kooperation in diesem Bereich fördert“. Die Erklärung erkannte des Weiteren die Bedeutung der Menschenrechtsbildung an, da sie eine wesentliche Dimension der Gewaltprävention enthält.
- Die Ministerkonferenz war der Höhepunkt eines Projekts gegen Gewalt im Alltag, das zu verschiedenen Bildungsinstrumenten und Initiativen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt führte, u.a. das Handbuch für Organisatoren von Lebendigen Bibliotheken.
- Das Projekt Megaphone in Stockholm, Schweden, ist ein gutes Beispiel für eine Enter!-Initiative, die Gewalt bekämpfte.



**Mit spezifischem Verweis auf das Enter!-Projekt erkennt die Empfehlung an, dass Gewalt eine große Sorge von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen ist, da sie zuhause und auf der Straße häufig Opfer werden. Viele Jugendliche können jedoch auch Ursache von Gewalt sein. Gewalt kann viele Formen annehmen und ein Klima der Angst schaffen, was die Diskriminierung von Jugendlichen weiter erhöht. Im Umgang mit Gewalt werden den Verwaltungen der Mitgliedstaaten auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene die folgenden Maßnahmen vorgeschlagen:**

- ▶ Einrichten von Plattformen für den Dialog zwischen den jungen Menschen aus benachteiligten Stadtteilen und deren Vertreter:innen und den zuständigen Stellen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, u.a. Polizei, Justiz und Bewährungsstellen, Jugendorganisationen und Jugendarbeiter:innen, um die Ursachen der Gewalt aufzudecken und Strategien für ihre Bekämpfung zu entwickeln;
- ▶ Schaffung und Umsetzung formaler und non-formaler Bildungsprogramme, die sich mit Mobbing, sexueller Belästigung, geschlechtsspezifischer Gewalt und allen anderen Formen von Gewalt befassen;

### Megafonen, Stockholm, Schweden <sup>21</sup>

— Das Ziel dieses Projekts „Diese Tage (Nuförtiden)“ lautete, eine Nachrichtenzeitschrift zu erstellen, in dem Jugendliche die Gelegenheit erhielten, für sie wichtige Themen zu diskutieren, u.a. Rassismus, Gewalt und Diskriminierung. Die Teilnehmer waren 19 jugendliche Migrant:innen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren aus Rinkeby-Kista, einem Stadtteil Stockholms.

— Rinkeby-Kista hat eine Bevölkerung von ca. 60 000, und das Projekt zielte vorrangig auf Jugendliche aus dem Distrikt Kista ab, der eine der höchsten Arbeitslosenraten bei Jugendlichen in Schweden aufweist; viele von ihnen schneiden im Bildungssystem schlecht ab. Es gibt in diesem Distrikt eine hohe Kriminalität. Dementsprechend fehlen den Jugendlichen soziale Netzwerke und die Motivation, sich in der Gesellschaft zu engagieren, ihre sozialen Rechte wahrzunehmen oder Diskriminierung und Ausgrenzung zu überwinden.

— Das Projekt erhöhte das Wissen der Jugendlichen über ihre sozialen Rechte, um sie in die Lage zu versetzen, diese Rechte wahrzunehmen. Sie konnten ihre eigene Agenda erstellen und Themen aufgreifen, die sie interessierten. Die Rechte, mit denen sich das Projekt schwerpunktmäßig befasste, waren: Nichtdiskriminierung, Gewaltfreiheit, Beschäftigung, Bildung, Partizipation und Wohnen.

— Für die Dauer des Projekts stellte der Stadtrat sechs der Teilnehmer:innen ein. In Folge des Ausbildungsaspekts des Projekts entwickelten weitere 12 Jugendliche ihre journalistischen Fähigkeiten. Die Zeitschrift wurden an mehr als 3.000 Jugendliche in diesem Bezirk verteilt, und es zeigte, was Jugendliche tun können, und dies erhöhte bei vielen Jugendlichen das Interesse an dem Projekt und an der Arbeit von Megafonen. In Folge des Projekts waren die jugendlichen Teilnehmer:innen motiviert, die ehrenamtliche Tätigkeit fortzuführen und sich stärker in ihren Stadtteilen zu engagieren.

21. Siehe <http://megafonen.com>.

- ▶ Bereitstellen von Hilfsmaßnahmen für den Erholungsprozess junger Gewaltopfer und Verbreitung von Informationen unter Nutzung jugendfreundlicher Kommunikationsmethoden;
- ▶ Ermutigung junger Opfer, (geschlechtsspezifische) Gewalt bei der Polizei anzuzeigen, bei gleichzeitiger Gewährleistung, dass sie Zugang zu Diensten haben, die ihre Sicherheit und die Sicherheit ihrer Familien sicherstellen, u.a., sofern erforderlich, durch alternative Unterkünfte, entsprechende Beratungsangebote und Finanzhilfen;
- ▶ Umsetzung geschlechtsspezifischer Menschenrechtsseminare für Polizeikräfte, Juristen und Vertreter anderer zuständiger Stellen, die sich mit Gewalt in benachteiligten Stadtteilen befassen;
- ▶ Aufforderung an Polizeibeamte, Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen vor Gewalt zu schützen, u.a. durch klare und effektive Sanktionen, wenn sie dies nicht tun;
- ▶ Förderung von Initiativen, die sich der Unterstützung des Resozialisierungsprozesses von Gewalttätern, der sozialen Wiedereingliederung junger Straftäter und der Prävention von Hassrede und Hassverbrechen widmen.





## Kapitel 7

### Ausarbeitung einer jugendfreundlichen Politik

  
Training Course for Youth Peacemakers  
Group B  
19-26 June 2011





# Ausarbeitung einer jugendfreundlichen Politik

---

## WAS IST POLITIK?

— Die Politik für staatliche Stellen kann als Prozess betrachtet werden, durch den die Ressourcen eines Staates verteilt werden, um politische Ziele zu erreichen. Die staatliche Politik kann eine Bandbreite unterschiedlicher wirtschaftlicher und sozialer Gründe haben, u.a. das Herbeiführen eines gesellschaftlichen Wandels, Einleitung einer Reform oder das Erbringen hochwertigerer Dienste. Politik kann in Form von Gesetzgebung, Regulierung und/oder Verwaltungsprogrammen erfolgen.

— Eine effektive Politikgestaltung schafft Strukturen für die Regierungsführung, anstatt eine Situation, in der Regierungen auf Ereignisse reagieren. Es kann sich um einen komplexen Prozess handeln, da sich in modernen Regierungsstrukturen Politikbereiche überschneiden, was zur Folge hat, dass sich Entscheidungen, die in einem staatlichen Bereich getroffen werden, auf andere Politikbereiche auswirken. Somit sind Fragen der staatlichen Politik miteinander verbunden und voneinander abhängig.

## AUSARBEITUNG EINER POLITIK

— Die Ausarbeitung einer staatlichen Politik sollte sich auf Forschung, Analyse, Konsultation und die Evaluation unterschiedlicher Optionen und auf eine Synthese der verfügbaren Informationen stützen. Je ausgefeilter der Prozess der Politikgestaltung, desto größer das Potenzial für eine gute Entscheidungsfindung und letztendlich für eine gute Regierungsführung.

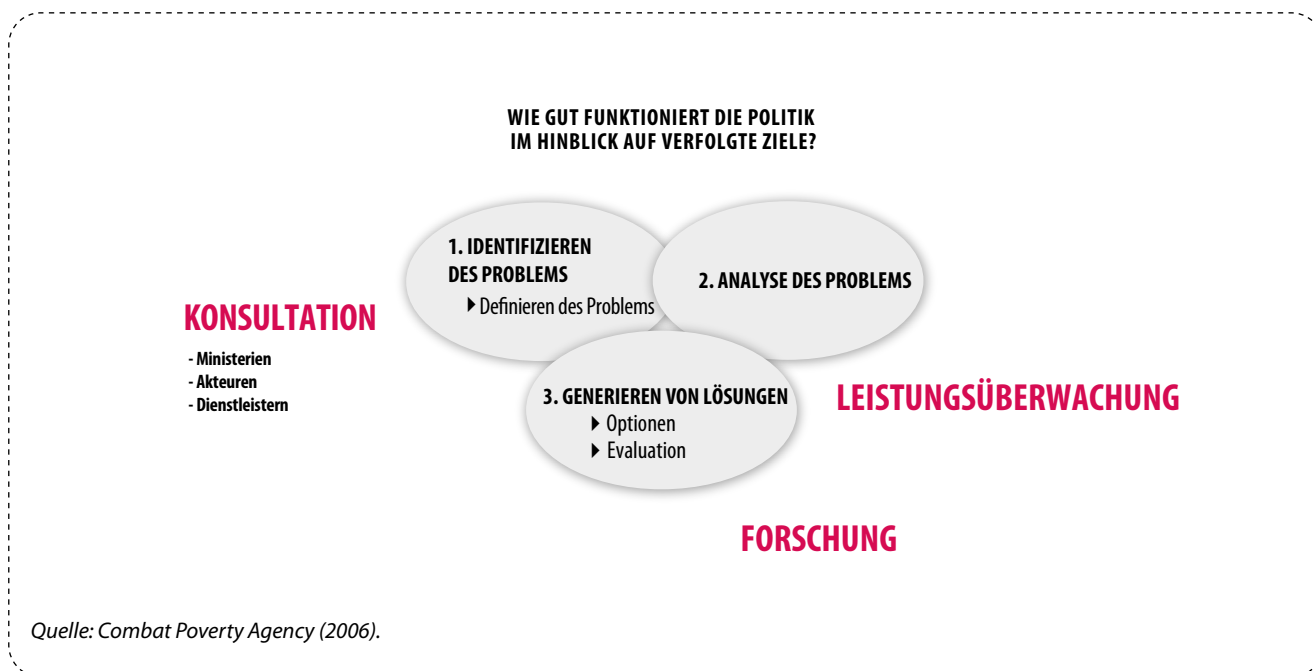
— Die folgenden Schritte der guten Politikgestaltung auf allen Regierungsebenen kann auch bei der Verabschiedung der politischen Maßnahmen, die in der Enter!-Empfehlung aufgeführt sind, angewendet werden:

<p><b>Schritt 1.</b>  <b>Es muss Einigkeit herrschen über das zu behandelnde Problem:</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Definieren des Problems - was ist der Grund für die neue politische Maßnahme und welche Ziele und Ergebnisse werden erwartet?</li> <li>▶ Untersuchung der relevanten bestehenden Dienste, insbesondere ihrer Stärken und Schwächen</li> <li>▶ Identifizieren der relevanten Akteur:innen und Entscheidung, was ihre Rolle/ihr Beitrag sein soll und wie man sie in den Prozess einbinden kann</li> <li>▶ Einigung auf eine Managementstruktur für die Überwachung des Prozesses</li> <li>▶ Festlegen der Handlungsregeln</li> </ul>
<p><b>Schritt 2.</b>  <b>Erarbeitung möglicher Lösungen:</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Erfassen von Belegen und Informationen</li> <li>▶ breit angelegte Konsultation der relevanten Akteure (im Fall einer neuen nationalen Politik kann von der Regierung ein Grünbuch veröffentlicht werden)</li> <li>▶ Zusammenarbeit mit allen Organisationen und Personen, die in das fragliche Thema involviert sind, und aktive Einbeziehung der Allgemeinheit</li> <li>▶ Risikomanagement: welche Hürden müssen überwunden werden?</li> <li>▶ Erarbeitung von Optionen/Alternativen für ein weiteres Vorgehen</li> <li>▶ Ausarbeitung eines Plans, wie die unterschiedlichen Optionen getestet, überwacht und evaluiert werden</li> <li>▶ Kostenschätzung für jede Option: welche Ressourcen stehen zur Verfügung?</li> </ul>
<p><b>Schritt 3.</b>  <b>Testen der Optionen:</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Kommunikation der politischen Optionen</li> <li>▶ Unterstützung der Dienstleister durch Schulungen, Beratungen, etc.</li> <li>▶ Praxistest der verschiedenen Optionen</li> <li>▶ Bereitstellen von Feedback-Mechanismen</li> </ul>
<p><b>Schritt 4.</b>  <b>Einigung auf die geeignetste Lösung:</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Evaluation des Feedbacks</li> <li>▶ Auswahl der geeignetsten Option</li> <li>▶ Anpassung und/oder Überarbeitung bestehender politischer Ansätze oder Entwurf einer neuen Politik auf Grundlage der gewählten Option</li> </ul>
<p><b>Schritt 5.</b>  <b>Umsetzung der vereinbarten Politik:</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Umsetzung einer öffentlichen Informationsstrategie</li> <li>▶ Einbeziehen der relevanten zivilgesellschaftlichen Partner</li> <li>▶ Einrichten von Mechanismen und Ressourcen, um eine Änderung zu ermöglichen</li> <li>▶ Schulung derjenigen, die mit der Umsetzung der neuen/überarbeiteten Politik betraut werden (Dienstleister)</li> <li>▶ Durchführen einer laufenden Evaluation auf Grundlage der Vorgaben, auf die man sich geeinigt hat.</li> </ul> <p>(Kabinettsbüro 1999; tschechische Regierung 2002)</p>

■ Die Politikgestaltung ist somit eine Abfolge miteinander verbundener Schritte von der Idee über den Entwurf, das Testen, das Umsetzen, das Überwachen bis zur Evaluation und das Beitragen zu einem laufenden Prozess der Überarbeitung von Entwürfen und der Politikoptimierung. Es handelt sich um einen Prozess innerhalb eines bestimmten Kontextes, der an bestehenden politischen Ansätzen oder an einer ergänzenden Politikgestaltung gemessen wird (siehe Abbildung 1) (Combat Poverty Agency 2006)

■ Für eine Einbeziehung der relevanten Akteure, damit die Politikgestaltung effektiv sein kann, und damit diese einen bedeutsamen Beitrag zum Gestaltungsprozess leisten können, müssen sie frühzeitig Zugang zu allen relevanten Informationen haben, damit sie ihre Gemeinden, deren Mitglieder und relevanten Akteure, die eventuell von einer politischen Entscheidung betroffen sind, konsultieren können. Dies gilt insbesondere für Gemeinde- und ehrenamtliche Organisationen.

Abb. 2: Effektive Politikgestaltung



## AUSARBEITUNG EINER JUGENDPOLITIK

— Wie kann all dies auf die Formulierung einer Politik angewendet werden, um auf spezifische Sorgen junger Menschen einzugehen?

— Die Herausforderung bei der Ausarbeitung einer Politik, die sich unmittelbar auf Jugendliche auswirkt, ist, dass viele der in der Enter!-Empfehlung aufgeführten Probleme, wie z. B. Beschäftigung, Bildung und Ausbildung, Gesundheit, Wohnen und das Lebensumfeld, unter die allgemeine staatliche Politik fallen. Andere Politikbereiche befassen sich jedoch spezifisch mit den Sorgen von Jugendlichen, u.a. das Problem der Gewalt und der Rolle der Jugendarbeit und Jugendorganisationen im Hinblick auf die Verbesserung ihres Lebens und ihrer Gemeinden.

— Bei der Ausarbeitung einer Politik oder der Überarbeitung einer bestehenden Politik sollten die interessierten Akteure aufgerufen werden, während der Phasen der Konsultation, Prüfung, Evaluation und „Erkundung“ ihre Meinungen einzureichen. Im Hinblick auf allgemeine Politikbereiche ist es für Jugendvertreter:innen unerlässlich, über nationale oder kommunale Jugendbeiräte oder andere Konsultationsmechanismen sicherzustellen, dass sie sich zu einem frühen Zeitpunkt des Gestaltungsprozesses mit den politischen Entscheidungsträgern auseinandersetzen können und dass sie in allen Phasen der Politikgestaltung von den politischen und administrativen Strukturen als interessante und relevante Akteure anerkannt werden.

— Dies kann durch die Gründung von kommunalen Partnerschaften von Jugendorganisationen geschehen, die Gelegenheiten schaffen, Überzeugungsarbeit zu leisten und Koalitionen mit anderen Akteuren schließen, um im Rahmen einer Kampagne den politischen Gestaltungsprozess zu beeinflussen. Auf diese Weise kann die nationale Politik auf die Sorgen der Jugendlichen auf kommunaler Ebene eingehen und diese widerspiegeln. Man sollte jedoch eine Reihe wichtiger Erwägungen bei der Bildung dieser Koalitionen nicht aus den Augen verlieren. Diese kommunalen Partnerschaften müssen mit Jugendlichen und kommunalen Gemeinden verbunden sein, um Legitimität beanspruchen zu können. Jugendliche müssen konsultiert und in die Rückmeldungen zum politischen Gestaltungsprozess einbezogen werden.

— Aus Sicht staatlicher Verwaltungen kann der Beitrag von Jugendorganisationen zu einem frühen Zeitpunkt der Gestaltung einer jugendrelevanten Politik wichtige Erkenntnisse darüber liefern, was funktionieren wird und was nicht, und zu einer stärker fokussierten und geeigneten Politik führen. Die direkte Partizipation von Jugendlichen kann ebenfalls innerhalb eines definierten und transparenten Prozesses und Umfangs erwogen werden.

## KAMPAGNEN

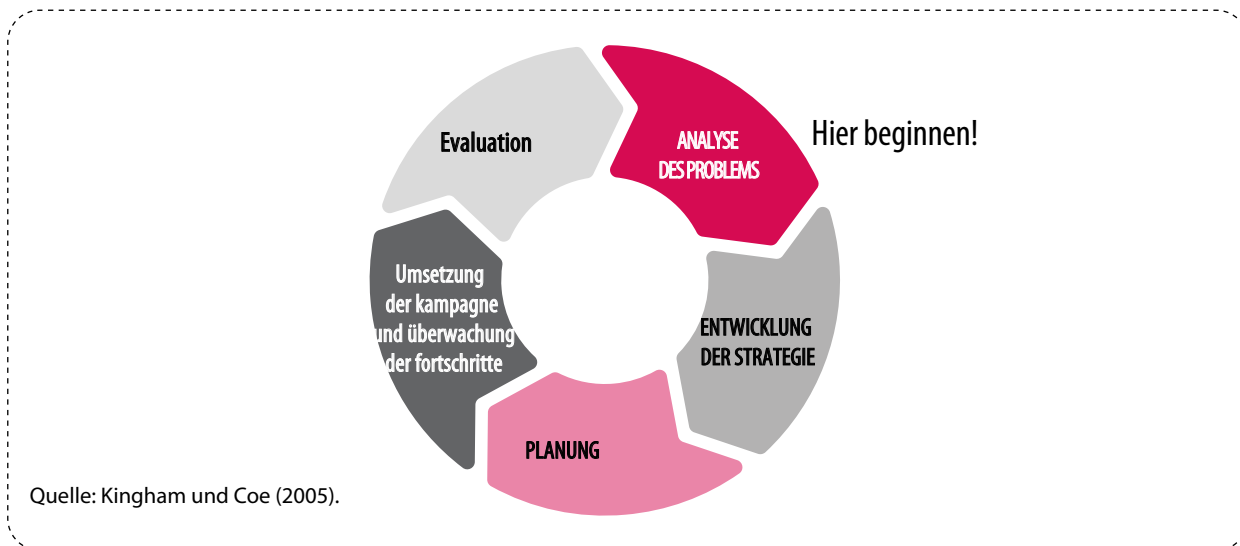
— Die Partizipation von und der Dialog mit diesen relevanten Akteuren, einschließlich der Organisationen, die Jugendliche vertreten, ist im Rahmen des demokratischen Prozesses bei der Gestaltung der staatlichen Politik unerlässlich, da sie Jugendlichen eine Stimme bei politischen Entscheidungen geben, die ihr Leben, ihre Familien und Stadtteile beeinflussen. Mit der Entstehung neuer sozialer Bedürfnisse können Jugendorganisationen und Partnerschaften örtlicher Jugendlicher eine ausschlaggebende Rolle spielen, um den staatlichen Stellen soziale Probleme vor Augen zu führen und politische oder administrative Maßnahmen und Handlungen in Bezug auf Jugendfragen zu beeinflussen.

— Ist eine Kampagne erforderlich, um politische Maßnahmen zu sozialen Bedürfnissen herbeizuführen, für die jedoch ein politischer und/oder administrativer Widerstand besteht, in dieser Angelegenheit tätig zu werden, können die folgenden Punkte erwogen werden.<sup>22</sup>:

22. Es gibt eine Reihe von Webseiten, die beim Entwerfen öffentlicher Kampagnen hilfreich sein können, u.a. [www.campaignstrategy.org](http://www.campaignstrategy.org) oder die Webseite des britischen National Council for Voluntary Organisations (NCVO) [www.knowhownonprofit.org](http://www.knowhownonprofit.org).

<b>Kommunikation</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Öffentliche Kampagnen wollen andere überzeugen, aus diesem Grund sollte ihr Schwerpunkt auf Aufklärung und Information liegen. Ziel ist es, die Aufmerksamkeit auf das Problem zu lenken, die Allgemeinheit/die Wähler über dieses aufzuklären, eine möglichst große Gruppe an Befürwortern zu motivieren und es zu einem persönlichen Anliegen von Mitgliedern der Allgemeinheit zu machen!</li> </ul>
<b>Recherche</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Es ist wichtig zu wissen, welche möglichen Einwände und Widerstände es geben könnte, und man sollte vorbereitet sein, diese durch stimmige Argumente zugunsten der Entwicklung einer neuen Politik zu entkräften.</li> </ul>
<b>Wer und wofür?</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Auf wen zielt die Kampagne ab? Ist es eine nationale, regionale oder kommunale Kampagne? Ist das Ziel ein gesetzgeberisches oder ein administratives Handeln?</li> </ul>
<b>Ressourcen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Welche finanziellen und personellen Ressourcen stehen für die nachhaltige Durchführung der Kampagne zur Verfügung? Können kommunale Partnerschaften ihre Ressourcen bündeln? Besteht die Notwendigkeit, die Unterstützungsgrundlage der Kampagne auf gleichgesinnte Organisationen auszuweiten, um mehr Ressourcen verfügbar zu machen? Wie wird dies organisiert? Wie werden die Prioritäten der unterschiedlichen Partner miteinander vereint?</li> </ul>
<b>Planung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Planung der Kampagne in mehreren Stufen, wobei jede Stufe ein Baustein für die nächste Stufe ist und im Verlauf der Kampagne ausgeweitet wird.</li> </ul>
<b>Durchführen der Kampagne</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Veröffentlichung klarer, einfacher und leicht verständlicher Argumente für den Umgang mit dem sozialen Bedürfnis und die Entscheidung, welche Instrumente eingesetzt werden, u.a.: Bereitstellen von Informationen für die nationalen/lokalen Medien; Einleiten von Petitionen; Lobbyarbeit bei politischen und administrativen Entscheidungsträgern; bei Bedarf Organisieren friedlicher Aktionsveranstaltungen, die das Interesse weiterer Medien wecken, mittels Pressefotos, TV, Radio.</li> <li>▶ Soziale Medien (Blogs, Twitter, soziale Netzwerke) sind eine sehr effektive Methode für Kampagnen; Organisieren von Online-Petitionen, Verbreitung von Informationen bei einem größeren Publikum (insbesondere junge Menschen) und Ausbau der Unterstützung für die Kampagne.</li> </ul>
<b>Überwachung und Evaluation der Auswirkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Es ist für den Erfolg der Kampagne unerlässlich, laufend zu beurteilen, wie diese läuft. Erreicht sie ihre ursprünglichen Zielsetzungen? Setzen sich die Öffentlichkeit, politische Vertreter und andere Akteure mit dem Thema auseinander? Was ist negativ, was positiv? Muss die Strategie geändert oder überarbeitet werden?</li> </ul>

Abb. 3: Planung der Kampagne



### EINE FALLSTUDIE: GIOVANISI, TOSKANA, ITALIEN

— Das Giovanisi-Projekt ist ein Beispiel dafür, wie die Entwicklung einer Politik für Jugendliche in der Praxis aussehen kann. Obwohl sich das Projekt nicht spezifisch an junge Menschen aus benachteiligten Stadtteilen richtet, hat es Jugendliche erreicht, die dem Risiko der sozialen Ausgrenzung ausgesetzt sind. Es bietet auch ein gutes Beispiel für eine Politik auf der Grundlage sozialer Rechte von Jugendlichen. Das Projekt befasst sich mit

Problemen, denen junge Menschen bei ihrem Übergang zur Eigenständigkeit in Bezug auf Wohnen, berufliche Qualifikationen und Beschäftigung, etc. begegnen werden.

— Giovanisi ist ein von der Region Toskana gefördertes Projekt, das jungen Menschen helfen soll, selbständig zu werden. Es wird durch regionale, nationale Gelder und Gelder der Europäischen Union finanziert und konzentriert sich auf sechs Hauptbereiche: Praktika, Wohnen, öffentlicher Dienst, Unternehmertum, Beschäftigung und Bildung und Ausbildung.

— Giovanisi integrierte die bestehende Jugendpolitik auf regionaler Ebene und schuf gleichzeitig neue Handlungsmöglichkeiten. Das Projekt begann im Juni 2011.

— Hauptziele des Projekts sind:

- ▶ Ermutigung junger Menschen, unabhängig von ihren Familien zu werden;
- ▶ Verbesserung der Chancen im Bereich Bildung;
- ▶ Hilfe beim Übergang von der Schule ins Berufsleben;
- ▶ Hilfe bei der Gründung neuer Unternehmen;
- ▶ Förderung von Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten.

— Das Projekt richtet sich an junge Menschen im Alter von 18 bis 40 Jahren, wobei unterschiedliche Altersbeschränkungen auf unterschiedliche Bereiche des Projekts Anwendung finden.

— Aus operativer Sicht wird Giovanisi von einem speziellen Büro geleitet, das sich im Präsidentsitz der Region Toskana befindet. Das Büro:

- ▶ interagiert mit den Abteilungen der regionalen Verwaltung, um neue Chancen zu schaffen und bestehende zu erneuern;
- ▶ interagiert mit jungen Menschen, um sie über bestehende Möglichkeiten aufzuklären, ihre Ideen und ihr Feedback einzuholen und ihre Bedürfnisse zu erfassen.

— Giovanisi fördert außerdem eine größere Partizipation junger Menschen und junger Arbeiter:innen. Des Weiteren hat Giovanisi, um die Jugend unmittelbar in die Erfassung von Ideen und Informationen über ihren Bedarf einzubinden, Arbeitsgruppen von jungen Menschen, Jugendverbänden und NGOs, die mit jungen Menschen arbeiten, gegründet.

— Giovanisi hat mehrere Initiativen entwickelt, um eigene politische Lösungen zu untersuchen und bereitzustellen. Zum Beispiel:

- ▶ Es hat in Kooperation mit dem Europarat zwei thematische Seminare organisiert, um Fragen zu sozialen Rechten zu untersuchen: Giovanisi trifft den Europarat (November 2013) und Jugend-PartizipAktion – Strade per crescere (November 2015);
- ▶ Es wurde ein Tavolo Giovani eingerichtet, eine Arbeitsgruppe, die direkt mit Giovanisi und regionalen Institutionen interagiert. Die Arbeitsgruppe besteht aus mehr als 50 Jugendvertreter:innen von NGOs, kommunalen Stellen und Gewerkschaften sowie Vertreter:innen von Verbänden, die für junge Menschen und mit jungen Menschen arbeiten. Die Gruppe identifiziert Bedürfnisse von Jugendlichen und überwacht die Maßnahmen von Giovanisi, um die Wirksamkeit des Projekts zu erhöhen;
- ▶ Es hat Kommunikationsmaßnahmen durchgeführt, um junge Menschen über die geschaffenen Möglichkeiten zu informieren. Mehr als 22.000 junge Menschen nahmen an den Informationsveranstaltungen teil, die an Informationsstellen von Giovanisi auf kommunaler Ebene stattfanden.

— Die folgenden Abschnitte beschreiben konkrete Maßnahmen, die von diesem Projekt durchgeführt wurden.

## Praktika

---

— Außerschulische Praktika geben jungen Menschen die Chance, sich auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Die Region Toskana finanziert in Teilen außerschulische Praktika im öffentlichen und privaten Sektor in der Toskana. Die Zielgruppe sind junge Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren. Für Menschen mit einer Behinderung oder Menschen aus benachteiligten Stadtteilen gibt es keine Altersbegrenzung. Die Region Toskana finanziert

in Teilen Praktika, indem sie monatlich die gesetzlich festgelegte Summe von €300 bis €500 direkt an Unternehmen oder öffentliche Behörden zahlt, die Praktika anbieten. Die Region Toskana ermutigt private Unternehmen durch wirtschaftliche Anreize, den Praktikant:innen im Anschluss an die Praktika eine dauerhafte Beschäftigung oder einen Zeitvertrag für mindestens zwei Jahre zu geben.

— Schulpraktika und Ausbildungsstellen: Die Region Toskana zahlt €300 an Unternehmen oder öffentliche Stellen, die Praktikanten beschäftigen (18 bis 32 Jahre).

## Wohnen

---

— Damit junge Menschen im Alter von 18 bis 34 Jahren bei ihren Eltern ausziehen und eigenständig werden können, unterstützt die Region Toskana sie durch Mietzuschüsse. Der Betrag liegt zwischen €150 und €350 monatlich für die Dauer von drei Jahren, abhängig vom Einkommen des/der Betroffenen und ob er/sie Kinder hat.

## Öffentlicher Dienst

---

— Die Region Toskana finanziert regionale Projekte des öffentlichen Dienstes zu den Themen: Gesundheitsversorgung, Umwelt, Kultur, Sozialleistungen, Einwanderung, Verbraucherschutz, Chancengleichheit, fairer und ethischer Handel und internationale Zusammenarbeit. Diese Projekte des öffentlichen Dienstes werden für die Dauer von 12 Monaten mit einem monatlichen Betrag in Höhe von €433 unterstützt, der von der Region Toskana direkt an die betreffenden Jugendlichen gezahlt wird, und sie werden von eingetragenen lokalen NGOs und kommunalen Behörden betrieben.

— Die Zielgruppe sind junge Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren; dieses wird auf 35 Jahre ausgeweitet, wenn es sich um einen jungen Menschen mit einer Behinderung handelt.

## Bildung und Ausbildung

---

— Zur Förderung von Talenten und Engagement und zur Unterstützung der Rechte junger Menschen auf Bildung, Ausbildung, Lernen und Fortbildung wurde eine Reihe von Anreizen geschaffen, u.a. Gutscheine, Stipendien und berufliche Ausbildungsprogramme.

## Unternehmertum

---

— Damit es für junge Menschen leichter wird, ein Unternehmen zu gründen, bedient sich die Region Toskana verschiedener Maßnahmen im Bereich des Unternehmertums. So unterstützt die Region Toskana insbesondere Jungunternehmer, indem sie Garantien für Finanzierungen und Leasing-Verträge gewährt, Arbeitsräume zur Verfügung stellt, Zuschüsse zur Deckung der Ausgaben anbietet, Mikrokredit-Initiativen fördert und junge Berufstätige unterstützt. Darüber hinaus wird Start-up-Unternehmen in der Landwirtschaft besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Junge Bauern, die ein neues Unternehmen gründen möchten, erhalten einen Zuschuss in Höhe von €40.000.

## Beschäftigung

---

— Die Region Toskana fördert den Zugang junger Menschen zum Arbeitsmarkt. Sie schafft Anreize für Unternehmen, die junge Universitätsabgänger und Menschen mit Doktorgrad jünger als 35 Jahre lang- oder kurzfristige Arbeitsverträge geben, bietet Gutscheine für Mitarbeiter jünger als 40 Jahre an, gibt Garantien für Zeitarbeitskräfte und unterstützt Ausbildungsverträge.

— Für weitere Informationen zum Giovanisi-Projekt siehe [www.giovanisi.it](http://www.giovanisi.it) oder kontaktieren Sie [info@giovanisi.it](mailto:info@giovanisi.it).





## Kapitel 8

**Was ihr (junge Menschen) tun könnt:  
aktiv sein und Stellung beziehen**





# Was ihr (junge Menschen) tun könnt: aktiv sein und Stellung beziehen

**D**er Leitfaden ist ein Unterstützungstool für kommunale Gebietskörperschaften, die, zusammen mit den nationalen Regierungen, die Hauptakteur:innen bei der Umsetzung der Empfehlung sind. Gleichzeitig spielen auch Jugendorganisationen, junge Menschen und Anbieter von Jugendarbeit bei der Umsetzung der Empfehlung eine wichtige Rolle. Dieses Kapitel enthält Vorschläge und Ideen, wie junge Menschen, Jugendorganisationen und Jugendarbeiter:innen vorgehen können, um aktiv den Zugang von jungen Menschen zu sozialen Rechten zu verbessern.

— Es ist wichtig, dass alle von euch ergriffenen Maßnahmen zur Unterstützung von jungen Menschen beim Zugang zu ihren sozialen Rechten so konzipiert sind, dass sie die aktive Partizipation fördern und junge Menschen und Entscheidungsträger zum Ziel haben. Junge Menschen aufzurufen, aktive und kritische Bürger zu werden, sich in politische Prozesse einzubringen und sicherzustellen, dass Entscheidungsträger auf die Situation junger Menschen eingehen, erfordert von allen Beteiligten zu lernen, zu debattieren und zu kommunizieren. Alle Möglichkeiten, junge Menschen und Entscheidungsträger:innen Realitäten auszusetzen, denen sie nicht täglich begegnen und die zu einem größeren Verständnis der sozialen Rechte von Jugendlichen und den realen Lebensumständen von Jugendlichen führen, sind Schritte in die richtige Richtung.

— Die folgenden Ideen können ebenfalls von erheblicher Relevanz für politische Entscheidungsträger:innen sein. Sehr häufig erfordern aktives Handeln und das Organisieren von Initiativen oder Projekten Unterstützung, entweder institutionell, finanziell oder anderweitig. Die Unterstützung von Projekten durch die Zivilgesellschaft und junge Menschen für junge Menschen hat sich als erfolgreiche Methode erwiesen, junge Menschen zu aktiven Bürgern zu machen.

## VERSTEHEN DER SITUATION

— Es ist unerlässlich, die unterschiedlichen Aspekte eines Themas zu verstehen, um wirksame Aktionen planen zu können. Aus diesem Grund sollte vor der Entscheidung, wie man sich für den Zugang junger Menschen zu sozialen Rechten einsetzen kann, zunächst versucht werden, die Situation junger Menschen und das soziale, politische und wirtschaftliche Umfeld, in dem sie leben, zu verstehen.

## DURCHFÜHREN VON RECHERCHEN

— Wissen ist Macht, und Wissen über die Art und Weise, wie jungen Menschen der Zugang zu sozialen Rechten in ihrem Stadtteil verwehrt wird, ist der Ausgangspunkt des Handelns. Man kann damit beginnen, die Themen, mit denen junge Menschen in ihren Stadtteilen konfrontiert sind, zu identifizieren, über diese nachzudenken und sie zu reflektieren:

- ▶ Identifizieren der besonderen Themen, die sich auf die Lebensqualität junger Menschen an Ihrem Wohnort auswirken. Ausgehend von euren Kenntnissen über den Stadtteil könnt ihr die Themen identifizieren, die jungen Menschen das Leben erschweren, z. B. Zugang zu Wohnraum, Kosten von Freizeitangeboten, Zugang zu Jugendräumen, fehlende sexuelle Gesundheit, Beziehungskunde und jugendfreundliche Gesundheitsdienste oder Vorurteile gegenüber einer bestimmten Minderheitengruppe;
- ▶ spricht mit jungen Menschen und identifiziert die Dinge, die sie frustrieren und/oder die für sie wichtig sind. Denkt daran, dass junge Menschen häufig Dinge sehen und sagen, die erwachsene Politiker:innen nicht sehen oder sagen, nicht sehen und sagen würden oder können. Identifiziert die Themen, die den jungen Menschen in ihrem Stadtteil am wichtigsten sind;
- ▶ bezieht junge Menschen in das Identifizieren und Verstehen der Themen ein, die sie am stärksten betreffen oder die sie am dringlichsten ändern möchten. Denkt daran, dass es lange dauern und viel Mühe erfordern kann, selbst kleinste Veränderungen einer Situation herbeizuführen. Auf ähnliche Weise kann es sein, dass ihr oder die jungen Menschen, mit denen ihr arbeitet, mehr über bestimmte Themen lernen und diese aus vielfältiger Perspektive untersuchen müsst, bevor ihr handelt;
- ▶ bleibt realistisch, bremst eure Erwartungen und seid euch im Klaren, was ihr als Erfolg werten würdet; ihr könnt erst einmal damit anfangen, über die Probleme, mit denen junge Menschen konfrontiert sind, aufzuklären.

## IDENTIFIZIEREN DER WICHTIGSTEN AKTEURE

— Es ist wichtig, dass ihr wisst, wer noch von dem Thema betroffen ist, das ihr identifiziert habt, wer die wichtigsten Entscheidungsträger:innen und wer die anderen Interessengruppen sind. Dies wird euch helfen, Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit oder Menschen zu identifizieren, die andere Meinungen vertreten:

- ▶ Erstellt eine Karte der Interessengruppen oder der Gemeindeaufstellung. Findet heraus, wer die wichtigsten Akteure sind, wie die aktuelle Situation ist und was die anderen Akteure in Bezug auf die Situation machen;
- ▶ Sprecht mit Erwachsenen und einflussreichen Personen in eurem Stadtteil über die Situation. Findet heraus, ob sie den Jugendlichen zustimmen, und beurteilt, ob sie bei zukünftigen Aktionen helfen könnten;
- ▶ Identifiziert die verschiedenen Zielgruppen, mit denen ihr kommunizieren möchtet, sowie die Botschaft, die bei ihnen ankommen würde. Ihr müsst euren Ansatz ggf. an die verschiedenen Akteur:innen, die ihr identifiziert habt, anpassen, u.a. junge Menschen, Kommunalpolitiker:innen, lokale Medien oder Beamt:innen. Manchen gefallen emotionale und persönliche Berichte, andere wiederum bevorzugen schriftliche Berichte und Daten.

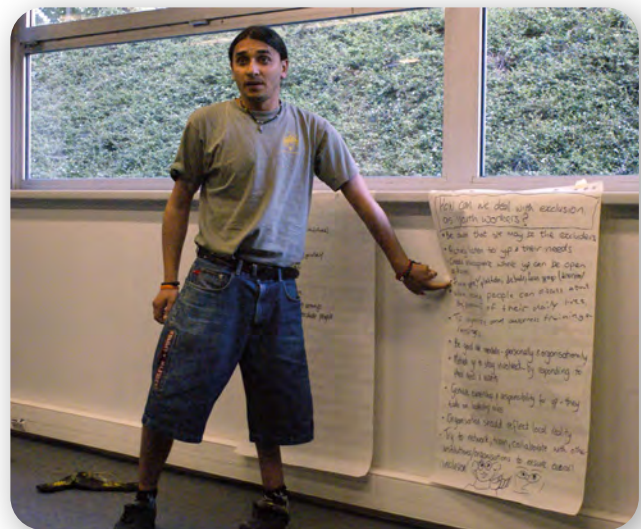
## EINE EIGENE GESCHICHTE VERFASSEN

— Sammelt Belege, u.a. Geschichten, Daten und persönliche Darstellungen von Menschen aus eurem Stadtteil, um die Situation zu erfassen. Ihr könntet:

- ▶ mit jungen Menschen sprechen, Interviews führen oder Videos aufnehmen, in denen sie beschreiben, wie die Situation sich auf ihr Leben auswirkt. Ihr könntet z. B. junge Menschen zu ihren Erfahrungen bei der Suche nach einer Sozialwohnung, zur Gesundheitsversorgung oder ihren Erfahrungen im Bildungssystem befragen. Ihr könntet eine Umfrage organisieren, um ihre Meinungen zur Qualität der Bildung, zu Fragen nach Wohnraum oder Gesundheit in ihrem Stadtteil zu erfahren;
- ▶ Greift auf Daten und Informationen zu, die von der Regierung und anderen Organisationen erfasst werden, und analysiert diese. So können z. B. bereits Daten zur Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen in eurem Stadtteil, zur Anzahl von Gewaltverbrechen unter Jugendlichen oder die Anzahl junger Menschen verfügbar sein, die auf eine Sozialwohnung warten. Sammelt Geschichten aus den lokalen Zeitungen, die euch verstehen helfen, was geschieht, und arbeitet zusammen mit anderen Organisationen, die in dem Bereich arbeiten, auf den ihr euch konzentriert;
- ▶ Analysiert die Daten, die ihr gesammelt habt. Identifiziert die wichtigsten Themen. Wenn möglich, versucht, ein oder zwei Schlüsselthemen oder Ideen zu benennen, die zur Verbesserung der Situation beitragen könnten.

## ERARBEITEN EINES AKTIONSPLANS

— Mit einem guten Grundverständnis der Situation könnt ihr nun über das beste Vorgehen entscheiden. Generell erfordert ein gutes Handeln eine gute Planung. Ein Planungstreffen mit der Gruppe hilft, euch genau auf das zu fokussieren, was ihr wollt und leisten könnt, und wie man eure Vorgaben am besten erzielt. Im Hinblick auf ehrgeizigere Ziele ist dies wahrscheinlich



nur ein erster Schritt, da Aktionen, die nicht die gewünschten Resultate erzielen, entmutigend sein können. Eure erste Aktion muss Wirkung zeigen.

— Versucht, mit eurer Gruppe die vier nachstehenden Phasen zu durchlaufen:

- ▶ findet heraus, wo ihr stehen: führt für die Gruppe eine Analyse der Stärken, Schwächen, Chancen und Gefahren durch;
- ▶ wählt das Problem, das ihr angehen wollt, und die Ergebnisse, die ihr erzielen wollt;
- ▶ denkt über die beste Vorgehensweise im Umgang mit diesem Problem nach, unter Berücksichtigung der Ressourcen in eurer Gruppe;
- ▶ Handelt!

## HANDELN

— Mit Handeln meinen wir mehr als nur eine „formale“ Aktivität und etwas, das wahrscheinlich eine größere Gemeinschaft als die Gruppe selbst einschließt. Handeln soll ein Resultat erzielen, das wertvoll ist, nicht nur aus bildungspolitischer Sicht, sondern

darüber hinaus. Die Aktion, die ihr plant, könnte so angelegt sein, dass sie die von der Situation betroffenen Menschen unterstützt, das Wissen junger Menschen über die Situation erhöht oder die Situation selbst tatsächlich ändert.

## KOOPERATION MIT ANDEREN GRUPPEN ODER BEWEGUNGEN

— Obwohl es für junge Menschen sinnvoll sein kann, ihre eigenen Aktionen zu gestalten, kann es auch von Vorteil sein, im Rahmen einer größeren Bewegung aktiv zu werden oder im Rahmen der Arbeit mit anderen Organisationen Erfahrungen zu sammeln.

— Mittels der Karte mit den Akteuren, die ihr erstellt habt, könnt ihr Organisationen identifizieren, sowohl „professionelle“ NGOs als auch spontane Bewegungen an der Basis, die sich für soziale Rechte einsetzen. Einige von ihnen sind vielleicht in eurem Stadtteil aktiv oder führen Kampagnen durch, an denen ihr oder die jungen Menschen sich beteiligen könnten.

— Denkt daran, dass eine Organisation sich nicht immer auf ihre Tätigkeit als Engagement für „soziale Rechte“ bezieht. Eine Organisation, die sich im Bereich Obdachlosigkeit, Kinderarmut, häusliche Gewalt, Rassismus und Diskriminierung oder viele andere Themen engagiert, setzt sich natürlich für soziale Rechte ein, ob sie dies nun explizit so nennt oder nicht.

## UNTERSTÜTZUNG BEDÜRFTIGER MENSCHEN

— Viele junge Menschen und Jugendgruppen bieten direkte Hilfen für Menschen an, denen der Zugang zu ihren sozialen Rechten verwehrt wird. Durch Treffen mit Menschen, die Schwierigkeiten haben, durch Zuhören im Hinblick auf ihre Probleme oder durch Zuwendung oder Gespräche können junge Menschen unmittelbar Einfluss auf das Leben von Menschen nehmen, denen der Zugang zu sozialen Rechten verwehrt wird. Ein Besuch bei Bedürftigen und das Feststellen von Versäumnissen seitens der lokalen, regionalen oder nationalen Stellen kann sie ebenfalls in eine bessere Position versetzen, sich bei jenen einzusetzen, die verantwortlich sind, oder die Versäumnisse öffentlich zu machen, indem man die Medien einbezieht. Ihr könntet:

- ▶ junge Menschen in ehrenamtliche Tätigkeiten einbeziehen. So könnten z. B. Ihr oder junge Menschen, mit denen ihr arbeitet, zusammen mit einer lokalen NGO oder karitativen Einrichtung ehrenamtlich für ein Obdachlosenheim arbeiten oder Sport- und Freizeitaktivitäten für andere Jugendliche des Stadtteils betreiben;
- ▶ junge Menschen in Fundraising-Aktivitäten einbeziehen. So könntet z. B. ihr oder die jungen Menschen, mit denen ihr arbeitet, Aktivitäten organisieren, um Geld für die Unterstützung lokaler Organisationen zu sammeln, die sich für die Verbesserung der Situation von Menschen in eurem Stadtteil einsetzen.

## TRAINING UND PEER-EDUCATION

— Junge Menschen können exzellente Lehrer:innen sein und sind häufig effektiver bei der Rekrutierung anderer für eine Sache oder das Verändern von Einstellungen, besonders wenn es sich bei der Zielgruppe um ihre eigene Altersgruppe handelt. Anderen ein Thema zu erklären, hilft jungen Menschen außerdem dabei, ihre eigenen Positionen zu klären und ein größeres Selbstvertrauen zu entwickeln. Sie könnten junge Menschen darin schulen, Peer Educator für andere zu werden. Ihr oder die jungen Menschen, mit denen ihr arbeitet, könnten z. B. an

Schulungen teilnehmen, die das Bewusstsein für Ungleichheit zwischen den Geschlechtern oder sexuelle oder reproduktive Gesundheit erhöhen, damit sie das Wissen zu diesen Themen bei Jugendlichen in ihrem Stadtteil verbreiten.

## LOBBYARBEIT UND KAMPAGNEN

— Ein Politikwechsel – sei er international, national oder lokal – ist immer Folge von vielfachem Druck, häufig aufeinander folgend, aus verschiedenen Quellen. Manchmal kann Druck auf gewählte Amtsträger:innen am besten durch Zusammenarbeit erzielt werden und indem man versucht, diesen Vertreter:innen eure Argumente verständlich zu machen. Manchmal sind Protest oder Druck effektiver. Allgemein ändert sich die Politik in Folge von Einflüssen aus unterschiedlichen Bereichen, sowohl im Rahmen von Kooperation als auch Konfrontation.

— Junge Menschen zu unterstützen, ihre Erfahrungen mitzuteilen, öffentliche Treffen abzuhalten oder sich für eine klar formulierte Kampagne einzusetzen, kann das Bewusstsein für die Themen, die ihr behandeln möchtet, schärfen. Die erfolgreichsten Treffen, Kampagnen oder Lobbytätigkeiten verfolgen eine klare, simple, eingängige und stimmige Botschaft. Es ist wesentlich, dass eure Kampagne ein klares strategisches Ziel verfolgt; formuliert also klar verständlich, was ihr erreichen wollt: z. B. könntet ihr versuchen, Kenntnisse zu erhöhen oder Meinungen, Einstellungen oder eine konkrete Entscheidung zu ändern.

— Stellt sicher, dass die wichtigsten Entscheidungsträger:innen und Akteure die Erfahrungen junger Menschen hören, denen der Zugang zu ihren sozialen Rechten verweigert wird, aber auch die Erfolgsgeschichten! Geschichten erzählen ist ein grandioses Mittel, eine Botschaft zu den sozialen Rechten von jungen Menschen zu vermitteln. Erzählt die Geschichte über eure lokalen Aktivitäten oder die Erfahrungen junger Menschen, denen der Zugang zu ihren sozialen Rechten verweigert wird; nutzt dazu soziale Medien und andere Kommunikationskanäle. Diese Geschichten sollten sich an politische Entscheidungsträger:innen, Geldgeber:innen und vor allem an die lokale Gemeinde richten. Ihr könnt z. B.:

- ▶ mit jungen Menschen zusammenarbeiten, um wichtige Entscheidungsträger:innen über die Erfahrungen Jugendlicher beim Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Wohnen, Gesundheit, Freizeit oder ein anderes von der Enter!-Empfehlung aufgeführtes soziales Recht zu informieren und aufzuklären;
- ▶ eine öffentliche Sitzung organisieren, bei der junge Menschen über ihre Erfahrungen berichten. Diese Treffen ermöglichen jungen Menschen, ihre Erfahrungen mit gewählten Amtsträger:innen und Beamten:innen zu diskutieren;
- ▶ mit jungen Menschen kurze Videos drehen oder Fotos aufnehmen, um das Bewusstsein für Probleme zu erhöhen, mit denen sie konfrontiert sind, und diese über soziale Medien verbreiten;
- ▶ friedliche öffentliche Aktionen organisieren, z. B. Straßentheater, Protestmärsche, Petitionen oder Sit-ins, um andere auf eine Sache aufmerksam zu machen, das Interesse der Medien zu wecken und Politikern oder jenen, die die Macht haben, zu verdeutlichen, dass die Menschen hinschauen. Wenn ihr eine öffentliche Aktion plant, denkt bitte daran, etwas zu tun, das Aufmerksamkeit erregt: bringt Menschen zum Lachen oder bringt sie dazu stehenzubleiben und hinzuschauen; ihr könnt sie auch schockieren.

**Ihr müsst die Menschen zum Reden bringen!**





Anhang



# Anhang 1 – Bibliografie

## BILDUNG UND AUSBILDUNG

- Brander P. et al. (2012), *Compass – A manual on human rights education with young people*, Council of Europe Publishing, Straßburg.
- Chisholm L. und Hoskins B., mit Glahn C. (2005), *Trading up – Potential and performance in non-formal learning*, Council of Europe Publishing, Straßburg.
- Europäische Union (2015), „Good for youth, good for business: European Alliance for Apprenticeships“, Europäische Kommission, Brüssel.
- Flowers N. (Hrg.) (2009), *Compassito – Manual on human rights education for children*, Council of Europe Publishing, Straßburg.
- OBESSU/Europarat (2010), „Education: a right, not a privilege – Ways to achieve social inclusion in schools, regardless of economic background“, Bericht über die Studiensitzung, die vom Organising Bureau of European School Student Unions in Zusammenarbeit mit dem Europarat im Europäischen Jugendzentrum Straßburg vom 24. bis 30. Mai 2010 organisiert wurde.

## SOZIALE RECHTE UND SOZIALE INKLUSION VON JUGENDLICHEN

- Boelhouwer P. (2000), *Financing the social rented sector in Western Europe*, Delft University Press, Delft.
- CDSC (2004), „A new strategy for social cohesion“, Europäischer Ausschuss für soziale Kohäsion, Europarat, Straßburg.
- Colley H. (2007), *Social inclusion for young people: breaking down the barriers*, Council of Europe Publishing, Straßburg.
- Combat Poverty Agency (2006), „Better policies, better outcomes“, Dublin.
- Europarat (1996), *Europäische Sozialcharta* (revidiert).
- Europarat (2004), „Revised strategy for social cohesion“, Council of Europe Publishing, Straßburg.
- Europarat (2005), *Concerted development of social cohesion indicators – Methodological guide*, Council of Europe Publishing, Straßburg.
- Rat der Europäischen Union (2004), „Joint report by the Commission and the Council on social inclusion“, Brüssel.
- Daly M. (2002), *Access to social rights in Europe*, Council of Europe Publishing, Straßburg.
- ECSR (2014), „Activity Report 2013“, Europäischer Ausschuss für soziale Rechte, Council of Europe Publishing, Straßburg.
- Europäische Kommission/Europäischer Rat (2004), „Joint report on social inclusion“, Brüssel.
- Europäische Kommission (2006), „The Social Policy Agenda 2006-2010“, erhältlich unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=URISERV%3Ac10127>.
- EYF (2010), „Report on the state of youth rights in Europe“, Europäisches Jugendforum.
- EYF (2013), „European youth, claim your rights!“, Europäisches Jugendforum, Brüssel.
- Massimiliano M., Ludwinek A. und Ledermaier S. (2015), „Social inclusion of young people“, Eurofound, Dublin.
- Maudinet M (2003), *Access to social rights for people with disabilities in Europe*, Council of Europe Publishing, Straßburg.
- OHCHR (2012), *Human rights indicators. A guide to measurement and implementation*, Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights.
- OHCHR (2014), „Transitional justice and economic, social and cultural rights“, United Nations High Commissioner for Human Rights, United Nations Publications.
- TFSC (2007), „Towards an active, fair and socially cohesive Europe“, Report of High-level Task Force on Social Cohesion, Europarat, Straßburg.
- The Collective Complaints Procedure, European Committee of Social Rights, erhältlich unter [www.coe.int/en/web/turin-european-social-charter/collective-complaints-procedure1](http://www.coe.int/en/web/turin-european-social-charter/collective-complaints-procedure1).
- Titley G. (2010), *Living, learning, acting for human rights*, Council of Europe Publishing, Straßburg.
- Vereinte Nationen (2005), *Economic, social and cultural rights. Handbook for national human rights institutions*, Professional Training Series No. 12, United Nations Publishing, Genf.
- YSRN (2013), „Together for social rights! Youth workers and local authorities promoting and networking for access to social rights for young people“, Youth Social Rights Network, Council of Europe Publishing, Straßburg.

## SOZIALER SCHUTZ VON JUGENDLICHEN

- Nickless J. (2003), *European Code of Social Security – Short guide*, (2003), Council of Europe Publishing, Straßburg.



## AKTIVE BÜRGER:INNENSCHAFT: PARTIZIPATION VON JUGENDLICHEN AN DER KOMMUNALEN, REGIONALEN UND NATIONALEN POLITIK

- Cabinet Office (1999), „Professional policy-making for the twenty first century“, Strategic Policy Making Team, London.
- Ministerkomitee EntschlieÙung CM/Res(2008)23 über die Jugendpolitik des Europarates.
- Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, EntschlieÙung 319 (2010) über die Integration von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen.
- Europarat (2003), Guidelines for the implementation of the international reviews of national youth policies (DJS/YR/YPI) (2003) 1. März 2003.
- Europarat (2014), „From regional and local youth policies opportunities for young people to access to social rights for all young people“, Abschlussbericht zum nationalen Seminar, das im November 2013 stattfand und in Kooperation mit der Accademia Europea di Firenze und dem Enter!-Projekt Giovanisi in Pisa der Region Toskana organisiert wurde.
- Europarat (2008), „Housing policy and vulnerable social groups“, Council of Europe Publishing, StraÙburg.
- Europarat (2008), „Have your say!“ Manual on the Revised European Charter on the Participation of Young People in Local and Regional Life, Council of Europe Publishing, StraÙburg.
- Tschechische Regierung (2002), „Gemeindeplanung – Eine öffentliche Angelegenheit“, Ministerium für Arbeit und Soziales der Tschechischen Republik, Prag.
- Denstad F.J. (2009), Youth policy manual – How to develop a national youth strategy, Council of Europe Publishing, StraÙburg.
- EACEA (2013), „Political participation and EU citizenship: perceptions and behaviours of young people“, EuroStat report, Education, Audio-visual and Cultural Executive Agency, Brüssel.
- FEANTSA (2014), „Prevention and addressing youth homelessness through access to social rights“, Bericht zur Studiensitzung vom 2. bis 8. März 2014 durch die European Federation of National Organisations working with the Homeless, in Kooperation mit dem Europäischen Jugendzentrum Budapest des Europarates.
- Forbrig J. (2005), Revisiting youth political participation, Council of Europe Publishing, StraÙburg.
- Hardiman P.S. und Lapeyre F. (2004), „Youth and exclusion in disadvantaged urban areas: policy approaches in six European cities“, Trends in Social Cohesion, No. 9, Europarat, StraÙburg.
- Kingham T. und Coe J. (2005), The Good Campaign Guide, NCVO, London.
- Empfehlung 128 (2003) über die revidierte Europäische Charta der Mitwirkung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region, Europarat, StraÙburg.
- Taskforce on Active Citizenship (2007), „Report of the Taskforce on Active Citizenship“, Secretariat on Active Citizenship, Dublin.
- YSRN (2013), „Together for social rights! Youth workers and local authorities promoting and networking for access to social rights for young people“, Youth Social Rights Network, Council of Europe Publishing, StraÙburg.

## PRÄVENTION VON GEWALT

- Hardiman P.S. et al. (2004), „Youth and exclusion in disadvantaged urban areas: addressing the causes of violence“, Trends in Social Cohesion No. 8, Council of Europe Publishing, StraÙburg.
- Titley G. (2005), Young people and violence prevention: youth policy recommendations, Council of Europe Publishing, StraÙburg.

## GLEICHSTELLUNG

- „Seminar on gender equality in youth projects“, Enter!-Projektbericht über das Seminar vom 23. bis 27. Juni im Europäischen Jugendzentrum StraÙburg.
- Europarat (2019), Gender matters – A manual on addressing gender-based violence affecting young people, Council of Europe Publishing, StraÙburg.
- Europarat (2014), Gender Equality Strategy 2014-2017, Council of Europe Publishing, StraÙburg.
- Gender Equality Commission (2015), „Implementation of the Council of Europe Gender Equality Strategy 2014-2017, Annual Report 2014“, Council of Europe Publishing, StraÙburg.
- Gender Inequality Index (GII), erhältlich unter <http://hdr.undp.org/en/content/gender-inequality-index-gii>.
- UNDP (2015), „Gender equality in human development – Measurement revisited“, Issue Paper, erhältlich unter [http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdro\\_issue\\_paper\\_on\\_gender\\_indicators\\_with\\_cover.pdf](http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdro_issue_paper_on_gender_indicators_with_cover.pdf).

## JUGENDARBEIT

- Auszug aus der Empfehlung des Ministerkomites des Europarates an die Mitgliedstaaten über Jugendarbeit [CM/Rec(2017)4]
- „Consultative meeting on youth information and counselling“, Enter!-Projektbericht über das Treffen vom 14. bis 18. Juni 2010 in Budapest.
- „New ways of participation in multicultural youth work based on information and communication technologies“, Empfehlungen des Enter!-Expertentreffens vom 14. bis 18. Juni 2010 in Budapest.
- „Preparatory seminar of a second long-term training course for youth workers (2012-2014)“, Bericht zum Enter!-Seminar vom 18. bis 20. September 2012 in StraÙburg.
- „The state of youth work: exploring the future of youth work and young people’s access to social rights“, Bericht zum Seminar vom 15. und 16. November 2012 in Leicester.
- „Report of the seminar with national youth councils on access to social rights for young people“, Bericht zum Enter!-Seminar im Oktober 2013 in StraÙburg.
- Europarat, The history of youth work in Europe: relevance for today’s youth work policy, Band 1 (2009), Band 2 (2010), Band 3 (2013), Band 4 (2014), Council of Europe Publishing, StraÙburg.
- Europäische Kommission (2014), Working with young people – The value of youth work in the European Union, DG Bildung und Kultur, Brüssel.

## BESCHÄFTIGUNG

- Europarat (2010), Strengthening social cohesion – Improving the situation of low-income workers. Empowerment of people experiencing extreme poverty, Council of Europe Publishing, Straßburg.
- Europarat (2010), Youth employment and the future of work (Youth knowledge No.10), Council of Europe Publishing, Straßburg.
- Europäische Kommission (2015), Addressing youth unemployment in the EU, Brüssel.
- Eurofound (2014), Mapping youth transitions in Europe, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Dublin.
- Massimiliano M. et al. (2012), „NEETs – Young people not in employment, education or training: characteristics, costs and policy responses in Europe“, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Dublin.

## RASSISMUS UND ETHNISCHE DISKRIMINIERUNG

- „New ways of participation in multicultural youth work based on information and communication technologies“, Empfehlungen des Enter!-Expertentreffens vom 14. bis 18. Juni 2010 in Budapest.
- Europarat/ECRI (2015), „ECRI-Bericht über die Tschechische Republik“, Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, Council of Europe Publishing, Straßburg.
- EYF (2014), „Survey on Youth and multiple discrimination in Europe“, Executive Summary, Europäisches Jugendforum, Council of Europe Publishing, Straßburg.
- Jasiukaitytė V. (2004), „Making a difference with minority youth in Europe“, Council of Europe Publishing, Straßburg.
- OHCHR (2014), The economic, social and cultural rights of migrants in an irregular situation, United Nations Publishing.
- Ramberg I. (Hrg.), „Committed to making a difference: racism, antisemitism, xenophobia and intolerance and their impact on young people in Europe“, Symposiumsbericht, Council of Europe Publishing, Straßburg.
- Titley G. und Lentin A. (2008), The politics of diversity in Europe, Council of Europe Publishing, Straßburg.

## WEITERE PUBLIKATIONEN ZUM ENTER!-PROJEKT DES EUROPARATES

- „Local youth participation and access to social rights for all young people: which ways forward?“, Enter!-Bericht zum Seminar vom 13. bis 15. November 2013 in Straßburg.
- „Report of the 1st residential seminar“, Bericht zum Enter! Längerfristigen Ausbildungskurs vom 21. bis 30. September 2009 im Europäischen Jugendzentrum Straßburg.
- „Report of the online learning units and the 2nd residential seminar (consolidation seminar)“, Bericht zum Enter! Langfristigen Ausbildungskurs vom 27. September bis 5. Oktober 2010 im Europäischen Jugendzentrum Budapest.
- „Report of the online learning units and the 3rd residential seminar (evaluation seminar)“, Bericht zum Enter! Langfristiger Ausbildungskurs vom 30. April bis 8. Mai 2011 im Europäischen Jugendzentrum Straßburg.
- „Youth policy approaches“, Bericht zum Enter!-Expertenseminar vom 1. bis 3. Dezember 2010 im Europäischen Jugendzentrum Straßburg.
- „Enter! youth meeting“, Bericht über das Treffen vom 14. bis 18. September 2011 im Europäischen Jugendzentrum Straßburg.
- Ramberg I. (2013), „Enter! Access to social rights for young people from disadvantaged neighbourhoods. Project report 2009-2012“, Council of Europe Publishing, Straßburg.

## WEITERE RELEVANTE PUBLIKATIONEN DER EUROPÄISCHEN UNION

- Europäische Kommission (2009), Youthpass Guide, DG Bildung und Kultur, Brüssel.
- Europäische Kommission (2014), Erasmus+ – European Voluntary Service 2014-2020, DG Bildung und Kultur, Brüssel.
- Europäische Kommission (2015), „EU Youth Report 2015“, DG Bildung und Kultur, Brüssel.
- Europäische Kommission (2015), Their future is our future: youth as actors of change, DG Forschung und Innovation, Brüssel.

## Anhang 2 – Glossar

---

— **Aktive Bürger:innenschaft:** Die Fähigkeit zu einer rück-sichtsvollen und verantwortungsvollen Teilnahme am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben. Jugendliche lernen über die Einführung in Konzepte und Werte, die der Rolle der Bürger:innen in einer Demokratie zugrunde liegen, etwas über aktive Bürger:innenschaft (in der Regel im Rahmen einer formalen oder non-formalen Bildung) und indem sie aktive und verantwortungsvolle Mitglieder ihrer Gemeinschaft sind (über Aktivitäten der Zivilgesellschaft) und, sobald sie das entsprechende Alter erreicht haben, durch die Wahrnehmung der Rechte und Pflichten von Bürger:innen in einer Demokratie (Wahlrecht, sich als Kandidat:in zur Wahl stellen, etc.). Es handelt sich gleichzeitig um ein Menschenrecht und eine Pflicht. Die aktive Bürger:innenschaft erfordert sowohl Gelegenheiten als auch Kompetenzen. Jugendliche, die Hürden beim Zugang zu sozialen Rechten erleben, stoßen mit größerer Wahrscheinlichkeit auch auf Hürden bei der Ausübung der aktiven Bürger:innenschaft und der verantwortungsvollen Teilnahme an der Gesellschaft.

— **Co-Management:** Das Modell der Partnerschaft zwischen staatlichen Stellen (Regierungsvertretern, die für Jugend verantwortlich sind) und der Zivilgesellschaft (Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und -netzwerken für Jugend), das seit den 1960er Jahren im Jugendsektor des Europarats angewandt wird. Die Partner im Co-Managementsystem entscheiden gemeinsam auf gleichberechtigter Basis über die Politik und die Programme des Jugendsektors des Europarats und bestimmen, wie diese finanziert werden.

— **Konsultation:** Gemeinden, Einzelpersonen und andere Akteure teilen ihre Meinung zu einer Politik und zu Entscheidungen mit, die ihr alltägliches Leben beeinflussen.

— **Zusammenarbeit:** Für einen gemeinsamen Zweck und zum Wohl der ganzen Gemeinde zusammenarbeiten oder gemeinsam handeln.

— **Demokratische Gesellschaft:** Eine Gesellschaft, in der alle Bürger:innen in bedeutsamer und effektiver Weise an den Entscheidungsprozessen jeder Organisation mitwirken können, die Entscheidungen trifft oder Handlungen ergreift, die sie betreffen, und andere Personen und jene, die zuständig für Entscheidungen und die Durchführung von Maßnahmen sind, vollständig zur Verantwortung zu ziehen, wenn ihre Entscheidungen oder Handlungen gegen grundlegende Menschenrechte verstoßen oder unehrlich, unethisch, unfair, geheim, ineffizient, nicht repräsentativ, uneinsichtig oder verantwortungslos sind, so dass alle Organisationen in der Gesellschaft im Besitz der Bürger:innen sind, von den Bürger:innen kontrolliert und von Bürger:innen betrieben werden und alle Personen und Organisationen für ein Fehlverhalten zur Verantwortung gezogen werden.

— **Benachteiligung (soziale):** Ein fehlender Zugang zu den Instrumenten, die jeder Mensch für eine Eigenständigkeit und nachhaltige Autonomie benötigt. Im Kontext des Projekts „Enter!“ wird Benachteiligung als der Prozess verstanden, durch den einigen Gruppen junger Menschen oder anderen Personen systematisch (sei es mit Absicht oder aufgrund von Nachlässigkeit) die Chance und/oder die Möglichkeiten verwehrt werden,

vollumfänglich ihre sozialen Rechte wahrzunehmen (wie von der Europäischen Sozialcharta festgelegt), was in Folge eine Verletzung ihrer Menschenrechte darstellt. Die erfahrene Benachteiligung kann das Fehlen von Unabhängigkeit, Anreizen, Verantwortung, Selbstachtung und Respekt für andere, Gesundheit, Bildung, Informationen, Beschäftigung, angemessenen finanziellen Hilfen, sozialem, kulturellem und Finanzkapital, Hilffsystemen und von Partizipation einschließen.

— **Benachteiligte Stadtteile:** Bezirke oder Gemeinden, in denen die Bewohner:innen, einschließlich Jugendlicher, in größerem Maße Armut, Entbehrung, Gewalt, Ausgrenzung, Marginalisierung, fehlende Chancen, schlechte Lebensbedingungen, eine zerfallende Umgebung und Verletzlichkeit erleben als die Mehrheit der Bevölkerung. Benachteiligten Stadtteilen fehlen wichtige Infrastrukturen und Dienste für Jugendliche, was sich negativ auf ihre Lebenschancen und weitere Entwicklung auswirkt. Diese Infrastrukturen und Dienste schließen Jugendzentren, Schulen und andere Bildungseinrichtungen, Sport- und Kultureinrichtungen, öffentliche Treffpunkte, Gesundheitszentren, Arbeits- und Ausbildungsagenturen sowie Initiativen von örtlichen Unternehmen und der Gemeinde ein. Diesen Stadtteilen wird häufig eine Finanzierung durch nationale, regionale und lokale Stellen und den Privatsektor verweigert oder sie werden schlicht übersehen. Darüber hinaus liegen sie häufig fernab der Stadtzentren und es fehlt ihnen eine angemessene Nahverkehrsanbindung, was Isolation und Abgrenzung zur Folge hat. In der Enter!-Empfehlung bezieht sich der Begriff „benachteiligte Stadtteile“ im Wesentlichen auf städtische Gebiete, aber auch auf ländliche Gebiete, in denen Roma-Gemeinschaften angesiedelt sind und die im Allgemeinen unter schlechten Bedingungen leben.

— **Benachteiligte Jugendliche:** Jugendliche, die in benachteiligten Stadtteilen leben (wie oben definiert), erleben zahlreiche und mehrfache Formen der (sozialen) Benachteiligung (wie oben definiert), u.a. das Fehlen von wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Kapital und/oder Ressourcen; ein fehlender Zugang zur Bildung oder Erfolglosigkeit in der Bildung; fehlende Ausbildung oder Beschäftigung; fehlende Zukunftsperspektiven; ein höheres Risiko für Obdachlosigkeit, Konflikte mit dem Gesetz, sexuelle Ausbeutung und/oder Gewalt und Drogenmissbrauch, etc. . Des Weiteren könnten einige Jugendliche aus bestimmten Kategorien benachteiligte Jugendliche werden, u.a. Jugendliche, die in Pflegeeinrichtungen heranwachsen oder ohne ihre Familie groß werden; Jugendliche mit Migrationshintergrund oder von ethnischen Minderheiten; Roma-Jugendliche; Jugendliche mit Behinderungen, psychischen Beeinträchtigungen oder die mit einer Krankheit leben und Jugendliche, die in ausgegrenzten oder isolierten Gemeinschaften leben, da sie eine größere Wahrscheinlichkeit aufweisen, soziale Benachteiligungen zu erleben als andere Jugendliche. Benachteiligte Jugendliche gehören zu den am stärksten marginalisierten Menschen in der Gesellschaft und erfordern besondere Unterstützungsmaßnahmen, damit sie die gleichen Chancen haben wie andere Gleichaltrige.

— **Diskriminierung:** In allen ihren Formen und Manifestationen ist Diskriminierung die häufigste Form von Menschenrechtsverletzungen und Missbrauch. Sie betrifft jeden Tag Millionen von Menschen und ist häufig schwer zu erkennen. Eine Diskriminierung liegt vor, wenn Menschen weniger gut als andere Menschen in vergleichbaren Situationen behandelt werden, nur weil sie Angehörige einer bestimmten Gruppe oder Kategorie von Menschen sind oder als solche wahrgenommen werden. Menschen können aufgrund von Alter, Behinderung, Ethnie, Herkunft, politischen Überzeugungen, „Rasse“, Religion, Geschlecht oder Gender, sexueller Orientierung, Sprache oder Kultur und aus vielen weiteren Gründen diskriminiert werden. Diskriminierung hat unmittelbare Folgen für diese Menschen und Gruppen, die diskriminiert werden, aber sie hat auch mittelbare und tiefgreifende Folgen für die Gesellschaft als Ganzes. Eine Gesellschaft, in der Diskriminierung erlaubt ist oder toleriert wird, ist eine Gesellschaft, in der Menschen an der freien Wahrnehmung ihres vollen Potenzials für sie und die Gesellschaft gehindert werden.

— **Geschlechtsidentität:** Dies bezieht sich auf die Selbstwahrnehmung als männlich, weiblich oder transgener. Wenn Geschlechtsidentität und biologisches Geschlecht nicht übereinstimmen, kann sich eine Person als transsexuell oder eine andere Transgenderkategorie bezeichnen.

— **Gendersensibel:** Das Verstehen und Berücksichtigen soziokultureller Faktoren, die der geschlechtsbasierten Diskriminierung zugrunde liegen. Die Gendersensibilität umfasst die Fähigkeit, die bestehenden geschlechtsbezogenen Unterschiede, Themen und Ungleichheiten anzuerkennen und hervorzuheben und diese in Strategien und Handlungen einzubeziehen.

— **Hassdelikte:** Alle an einer Person verübten Straftaten, die aufgrund der Feindseligkeit oder Vorurteile in Bezug auf die Behinderung, ethnische Abstammung, Religion oder Weltanschauung, sexuelle Orientierung oder Transgenderidentität dieser Person begangen werden. Diese Straftaten können sich gegen Personen oder Eigentum richten. Ein Opfer muss nicht Angehöriger der Gruppe sein, gegen die sich die Feindseligkeit richtet.

— **Hassrede:** Obwohl es keine allgemein anerkannte Definition von Hassrede gibt, hat das Ministerkomitee des Europarats erklärt, dass der Begriff „Hassrede“ alle Ausdrucksformen einschließt, welche Rassenhass, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und andere Formen von Hass, die auf Intoleranz gründen, propagieren, dazu anstiften, sie fördern oder rechtfertigen, einschließlich der Intoleranz, die sich in Form eines aggressiven Nationalismus und Ethnozentrismus, einer Diskriminierung und Feindseligkeit gegenüber Minderheiten, Einwanderern und der Einwanderung entstammenden Personen ausdrücken.

— **Menschenrechte:** Im Laufe ihrer Geschichte hat jede Gesellschaft Systeme entwickelt, um den sozialen Zusammenhalt durch die Kodifizierung der Rechte und Pflichten ihrer Bürger:innen sicherzustellen. 1948 versammelte sich die internationale Gemeinschaft, um sich auf einen Kodex der Rechte zu einigen, der bindend für alle Staaten sein sollte, i.e. die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Seit 1948 wurden weitere Menschenrechtsdokumente verabschiedet.

Die Menschenrechte spiegeln die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse wider; sie legen die Grundnormen fest, ohne die Menschen nicht in Würde leben können. Die Menschenrechte befassen sich mit Gleichheit, Würde, Respekt, Freiheit und Gerechtigkeit. Beispiele für Rechte sind u.a. die Freiheit vor Diskriminierung, das Recht auf Leben, die Meinungsfreiheit, das Recht auf Ehe und Familie und das Recht auf Bildung.

Alle Menschen haben gleichen Anspruch auf die Menschenrechte, unwiderruflich und für immer. Menschenrechte sind universal, d. h. sie sind für alle Menschen in jedem Staat gleich. Sie sind unveräußerlich, unteilbar und interdependent. Sie können niemals entzogen werden; alle Rechte sind gleich wichtig und sie ergänzen einander, so hängt z. B. das Recht auf Beteiligung an der Regierung und auf freie Wahlen von der Meinungsfreiheit ab.

— **Informelle/s Bildung/Lernen:** Der lebenslange Prozess, durch den jedes Individuum sich in seinem eigenen Umfeld und durch alltägliche Erfahrung Einstellungen, Werte, Fertigkeiten und Wissen aneignet, z. B. in der Familie, bei der Arbeit, in der Freizeit, auf Reisen, durch das Lesen und durch verschiedene Medien. Im Gegensatz zur formalen und non-formalen Bildung ist die informelle Bildung in der Regel ungeplant und unsystematisch. Sie wird nahezu niemals zertifiziert, aber sie stellt den Großteil des lebenslangen Lernens einer Person dar.

— **Lebenslanges Lernen:** Alle Lernaktivitäten, die im Verlauf eines Lebens stattfinden und zu einer Verbesserung des Wissens, Know-how, der Fähigkeiten, Kompetenzen und/oder Qualifikationen für persönliche, soziale oder berufliche Zwecke führen.

— **Kommunale und regionale Gebietskörperschaften:** Kommunale und regionale Vertreter:innen, die in freien und demokratischen Abstimmungen gewählt werden und die für Entscheidungen über jene Aspekte des Lebens von Bürger:innen zuständig sind, die von den nationalen Regierungen übertragen wurden, sowie die öffentlichen Verwaltungsstrukturen, die die Entscheidungen der gewählten Vertreter:innen umsetzen.

— **Gemischte Wohnraumlpläne:** Wohnungen/Häuser können Eigentum sein oder über eine Hypothek finanziert werden; von der Gemeinde, einer Wohnungsbaugesellschaft, einer Wohnungsgenossenschaft oder privaten Eigentümer:innen gemietet werden oder sie können einer geteilten Eigentumsvereinbarung unterliegen. Gemischte Wohnraumlpläne bieten an einem Ort unterschiedliche Besitzverhältnisse. Sie haben zum Ziel, soziale Isolation durch Schaffung vielfältiger und sozial gemischer Stadtteile zu verhindern, in denen Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichem sozioökonomischem Status eng zusammenleben.

— **Mobile Jugendarbeit:** Eine flexible und „aufsuchende“ Form der Jugendarbeit, die auf die jungen Menschen zugeht und versucht, diese einzubinden, anstatt sie an einem zentralen Punkt zu versammeln, wie z. B. in einem Jugendzentrum oder einem Büro. Die mobile Jugendarbeit nimmt vielfältige Formen an und schließt Straßenarbeit, Einzelunterstützung oder -beratung, Gruppenarbeit und Gemeindegarbeit ein und findet sowohl draußen als auch **innen, sowohl in privaten als auch öffentlichen Räumen statt.**

— **Mobilität:** Jugendmobilität ist die Fähigkeit junger Menschen, an unterschiedliche Orte innerhalb ihres Landes oder im Ausland für einen der nachfolgenden Zwecke zu reisen: Erreichen persönlicher Entwicklungsziele; Eigenständigkeit; ehrenamtliche und Jugendarbeit; Bildungssysteme und -programme; Fachausbildung; Beschäftigung und Karriereziele; Wohnmöglichkeiten und Freizeitaktivitäten.

— **Non-formale/s Bildung/Lernen:** Alle organisierten Bildungsprogramme, die darauf ausgelegt sind, außerhalb der formalen Bildung eine Reihe von Fertigkeiten und Kompetenzen zu verbessern. Sie steht für eine Reihe von grundlegenden Lerngrundsätzen, Methodologien und Ansätzen im Jugendbereich; sie betont durchgehend die Eigenmotivation, die freiwillige Teilnahme, das kritische Denken und die demokratischen Fähigkeiten der Lernenden. Das Glossar des Europäischen

Jugend-Kompetenzzentrums<sup>23</sup> beschreibt non-formales Lernen wie folgt:

*zielgerichtetes, aber freiwilliges Lernen, das in einer Bandbreite von Umgebungen und Situationen stattfindet, in denen das Unterrichten/die Ausbildung und das Lernen nicht notwendigerweise das einzige oder wichtigste Ziel ist. Diese Umgebungen und Situationen können zeitlich begrenzt sein, und die Aktivitäten oder Kurse, die stattfinden, können durch professionelle Lernbegleiter:innen (z. B. Jugendtrainer:innen) oder durch Ehrenamtliche (z. B. Jugendleiter:innen) erfolgen. Die Aktivitäten und Kurse sind geplante Maßnahmen, sie werden aber selten durch konventionelle Abläufe oder Lehrplanfächer strukturiert. Sie befassen sich in der Regel mit bestimmten Zielgruppen, dokumentieren oder bewerten jedoch selten die Lernergebnisse oder Leistungen in konventionell nachvollziehbarer Weise.*

— **Vorurteil:** Ein Urteil, in der Regel negativ, das wir über eine andere Person oder andere Völker fällen, ohne diese jedoch genau zu kennen.

— **Zweiter Bildungsweg:** Eine Möglichkeit, einen äquivalenten Schulabschluss, ein Diplom oder eine Qualifikation nachzuholen, in der Regel durch junge Menschen, die keine Regelschule abgeschlossen haben, die anderweitig keine schulische Ausbildung abschließen konnten oder gar keine Schule besucht haben.

— **Geschlecht:** Der biologische Status einer Person, in der Regel kategorisiert als männlich, weiblich oder intergeschlechtlich. Es gibt eine Reihe von Indikatoren für das biologische Geschlecht, einschließlich Geschlechtschromosomen, Gonaden, innere Reproduktionsorgane und externe Genitalien.

— **Sexuelle Orientierung:** Bezieht sich auf das Geschlecht, von dem sich eine Person in sexueller und romantischer Hinsicht angezogen fühlt. Kategorien der sexuellen Orientierung schließen in der Regel die Ausrichtung auf das eigene Geschlecht ein (schwule Männer oder lesbische Frauen), die Ausrichtung auf das andere Geschlecht (Heterosexuelle) und die Ausrichtung auf beide Geschlechter (Bisexuelle). Obwohl diese Kategorien weitverbreitet sind, legt die Forschung nahe, dass die sexuelle Orientierung sich nicht immer diesen definierbaren Kategorien zuordnen lässt und sich stattdessen in einem fließenden Zustand bewegt.

— **Soziale Kohäsion/sozialer Zusammenhalt:** Die Fähigkeit einer Gesellschaft, das Wohlergehen aller ihrer Mitglieder sicherzustellen, Ungleichheiten zu minimieren und Polarisierungen zu vermeiden. Eine kohäsive Gesellschaft ist eine sich gegenseitig unterstützende Gemeinschaft freier Individuen, die mittels demokratischer Methoden gemeinsame Ziele verfolgt. Soziale Kohäsion ist nicht nur eine Frage der Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Armut, sondern befasst sich auch mit der Schaffung von Solidarität innerhalb der Gesellschaft, so dass Ausgrenzung minimiert wird (CDCS 2004).

— **Soziale Ausgrenzung:** Das Scheitern der Gesellschaft, bestimmten Personen und Gruppen die Rechte und Vorteile zukommen zu lassen, die normalerweise ihren Mitgliedern zur Verfügung stehen, u.a. Beschäftigung, angemessener Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung und Ausbildung.

— **Soziale Inklusion:** Der Prozess zur Verbesserung der Bedingungen für Personen und Gruppen, Zugang zu den Rechten und Vorteilen zu erhalten, die normalerweise ihren Mitgliedern zur Verfügung stehen, u.a. Beschäftigung, angemessener Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung und Ausbildung.

— **Soziale Rechte:** Die Rechte, die in der Europäischen Sozialcharta (revidiert) und im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) festgelegt sind. Die Charta ist ein Übereinkommen des Europarats, das soziale Rechte und Menschenrechte garantiert und 1961 verabschiedet und 1996 überarbeitet wurde. Sie überträgt Rechte in den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, rechtlicher und sozialer Schutz, Freizügigkeit und Nichtdiskriminierung. Der ICESCR ist einer der wichtigsten Menschenrechtsverträge der Vereinten Nationen, der 1966 von der UN-Vollversammlung verabschiedet wurde. Er überträgt Rechte in den Bereichen Arbeit, Sozialversicherung, Nahrung, Kleidung und Wohnen, Gesundheit und Bildung.

— **Stigmatisierung:** Die unfaire und diskriminierende Behandlung einer Person, weil man sie als von der Norm abweichend wahrnimmt. Sie ist Resultat von Stereotypen und auf Vorurteilen basierender Einstellungen.

— **Roma und Fahrende:** Der Terminus wird vom Europarat dahingehend verstanden, die große Vielfalt der Gruppen einzuschließen, die durch die Arbeit des Europarats in diesem Bereich abgedeckt werden: einerseits a) Roma, Sinti/Manische, Calé, Kaale, Romanichals, Boyash/Rudari; b) Balkan-Ägypter (Ägypter und Ashkali); c) östliche Gruppen (Dom, Lom und Abdal); und andererseits Gruppen wie Fahrende, Jenische sowie die Populationen, die mit dem Verwaltungsbegriff „Gens du voyage“ bezeichnet werden, und Personen, die sich selbst als Zigeuner bezeichnen.

— **Universelles Design:** Bezieht sich auf weit gefasste Ideen im Hinblick auf die Produktion von Gebäuden, Produkten und Umgebungen, die zugänglich sind für ältere Menschen, Menschen ohne und mit Behinderungen.

— **Berufsbildung und Ausbildungsprogramme:** Bildung und Ausbildung, die Menschen mit Wissen, Know-how, Fähigkeiten und/oder Kompetenzen ausstattet, die für bestimmte Berufe oder weiter gefasst für die Teilhabe am Arbeitsmarkt erforderlich sind.

— **Berufsberatung:** Unterstützung bei der Auswahl eines Berufes oder einer Beschäftigung oder um Arbeit zu finden oder Entscheidungen im Hinblick auf eine Ausbildung zu treffen.

— **Jugendpolitik:** Eine Strategie, die von den staatlichen Stellen mit dem Ziel umgesetzt wird, Jugendlichen Chancen und Erfahrungen zu bieten, die ihre erfolgreiche Integration in die Gesellschaft unterstützen und sie in die Lage versetzen, aktive und verantwortungsvolle Mitglieder ihrer Gesellschaften sowie Akteure des Wandels zu werden. Die Jugendpolitik kann unterschiedliche Methoden der Intervention kombinieren (Gesetzgebung, Sonderprogramme, etc.) und eine langfristige Bildungsperspektive einschließen. Die Jugendpolitik wird für alle Jugendlichen konzipiert, sollte aber jenen Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit schenken, die sozial, wirtschaftlich oder kulturell schutzbedürftig sind. Die Jugendpolitik besteht aus vier Dimensionen, die sich auf alle Aspekte des Lebens junger Menschen beziehen:

- ▶ in guter Verfassung zu sein (körperlich und geistig);
- ▶ Lernen (informelles, non-formales und formales);
- ▶ Partizipation;
- ▶ Integration.

Die Jugendpolitik kann unterschiedliche Interventionsmethoden kombinieren (Gesetzgebung, spezifische Programme, etc.) und Teil einer langfristigen Bildungsperspektive sein. Die Jugendpolitik richtet sich an alle jungen Menschen, sollte aber jenen, die sozial, wirtschaftlich oder kulturell schutzbedürftig sind, besondere Aufmerksamkeit widmen.

23. Siehe <http://pjp-eu.coe.int/en/web/youth-partnership/knowledge/-/ekcyp>.

■ **Jugendarbeit:** Diese schließt eine Bandbreite von Aktivitäten ein (z. B. sozial, kulturell, pädagogisch, sportlich und politisch), die zusammen mit Jugendlichen und für und durch Jugendliche im Rahmen des non-formalen und informellen Lernens durchgeführt werden. Jugendarbeit hat drei wesentliche Merkmale: (i) die Jugendlichen entscheiden sich frei zur Teilnahme; (ii) die Arbeit findet dort statt, wo die Jugendlichen sich aufhalten; (iii) sie erkennt an, dass Jugendliche und die Jugendarbeiter Partner in einem Lernprozess sind.

■ **Jugendarbeiter:innen:** Menschen, die mit Jugendlichen/für Jugendliche arbeiten oder an Aktivitäten mit und für Jugendliche/n beteiligt sind, entweder auf freiwilliger Basis oder beruflich und in unterschiedlichen Kontexten, u.a. Jugendorganisationen, Jugenddiensten, Jugendzentren, Ausbildungseinrichtungen für Jugend-/ Sozialarbeit oder in anderen Strukturen, die im Bereich der non-formalen Bildung für Jugendliche tätig sind.

## Sales agents for publications of the Council of Europe Agents de vente des publications du Conseil de l'Europe

### BELGIUM/BELGIQUE

La Librairie Européenne -  
The European Bookshop  
Rue de l'Orme, 1  
BE-1040 BRUXELLES  
Tel.: + 32 (0)2 231 04 35  
Fax: + 32 (0)2 735 08 60  
E-mail: info@libeurop.eu  
<http://www.libeurop.be>

Jean De Lannoy/DL Services  
c/o Michot Warehouses  
Bergense steenweg 77  
Chaussée de Mons  
BE-1600 SINT PIETERS LEEUW  
Fax: + 32 (0)2 706 52 27  
E-mail: jean.de.lannoy@dl-servi.com  
<http://www.jean-de-lannoy.be>

### CANADA

Renouf Publishing Co. Ltd.  
22-1010 Polytek Street  
CDN-OTTAWA, ONT K1J 9J1  
Tel.: + 1 613 745 2665  
Fax: + 1 613 745 7660  
Toll-Free Tel.: (866) 767-6766  
E-mail: order.dept@renoufbooks.com  
<http://www.renoufbooks.com>

### CROATIA/CROATIE

Robert's Plus d.o.o.  
Marasovičeva 67  
HR-21000 SPLIT  
Tel.: + 385 21 315 800, 801, 802, 803  
Fax: + 385 21 315 804  
E-mail: robertsplus@robertsplus.hr

### CZECH REPUBLIC/ RÉPUBLIQUE TCHÈQUE

Suweco CZ, s.r.o.  
Klecakova 347  
CZ-180 21 PRAHA 9  
Tel.: + 420 2 424 59 204  
Fax: + 420 2 848 21 646  
E-mail: import@suweco.cz  
<http://www.suweco.cz>

### DENMARK/DANEMARK

GAD  
Vimmelskaftet 32  
DK-1161 KØBENHAVN K  
Tel.: + 45 77 66 60 00  
Fax: + 45 77 66 60 01  
E-mail: reception@gad.dk  
<http://www.gad.dk>

### FINLAND/FINLANDE

Akateeminen Kirjakauppa  
PO Box 128  
Keskuskatu 1  
FI-00100 HELSINKI  
Tel.: + 358 (0)9 121 4430  
Fax: + 358 (0)9 121 4242  
E-mail: akatilaus@akateeminen.com  
<http://www.akateeminen.com>

### FRANCE

Please contact directly /  
Merci de contacter directement  
Council of Europe Publishing  
Éditions du Conseil de l'Europe  
F-67075 STRASBOURG Cedex  
Tel.: + 33 (0)3 88 41 25 81  
Fax: + 33 (0)3 88 41 39 10  
E-mail: publishing@coe.int  
<http://book.coe.int>

Librairie Kléber  
1, rue des Francs-Bourgeois  
F-67000 STRASBOURG  
Tel.: + 33 (0)3 88 15 78 88  
Fax: + 33 (0)3 88 15 78 80  
E-mail: librairie-kleber@coe.int  
<http://www.librairie-kleber.com>

### NORWAY/NORVÈGE

Akademika  
Postboks 84 Blindern  
NO-0314 OSLO  
Tel.: + 47 2 218 8100  
Fax: + 47 2 218 8103  
E-mail: support@akademika.no  
<http://www.akademika.no>

### POLAND/POLOGNE

Ars Polona JSC  
25 Obrońcow Street  
PL-03-933 WARSZAWA  
Tel.: + 48 (0)22 509 86 00  
Fax: + 48 (0)22 509 86 10  
E-mail: arspolona@arspolona.com.pl  
<http://www.arspolona.com.pl>

### PORTUGAL

Marka Lda  
Rua dos Correios 61-3  
PT-1100-162 LISBOA  
Tel: 351 21 3224040  
Fax: 351 21 3224044  
E mail: apoio.clientes@marka.pt  
[www.marka.pt](http://www.marka.pt)

### RUSSIAN FEDERATION/ FÉDÉRATION DE RUSSIE

Ves Mir  
17b, Butlerova ul. - Office 338  
RU-117342 MOSCOW  
Tel.: + 7 495 739 0971  
Fax: + 7 495 739 0971  
E-mail: orders@vesmirbooks.ru  
<http://www.vesmirbooks.ru>

### SWITZERLAND/SUISSE

Planetis Sàrl  
16, chemin des Pins  
CH-1273 ARZIER  
Tel.: + 41 22 366 51 77  
Fax: + 41 22 366 51 78  
E-mail: info@planetis.ch

### TAIWAN

Tycoon Information Inc.  
5th Floor, No. 500, Chang-Chun Road  
Taipei, Taiwan  
Tel.: 886-2-8712 8886  
Fax: 886-2-8712 4747, 8712 4777  
E-mail: info@tycoon-info.com.tw  
orders@tycoon-info.com.tw

### UNITED KINGDOM/ROYAUME-UNI

The Stationery Office Ltd  
PO Box 29  
GB-NORWICH NR3 1GN  
Tel.: + 44 (0)870 600 5522  
Fax: + 44 (0)870 600 5533  
E-mail: book.enquiries@tso.co.uk  
<http://www.tsoshop.co.uk>

### UNITED STATES and CANADA/ ÉTATS-UNIS et CANADA

Manhattan Publishing Co  
670 White Plains Road  
USA-10583 SCARSDALE, NY  
Tel: + 1 914 472 4650  
Fax: + 1 914 472 4316  
E-mail: coe@manhattanpublishing.com  
<http://www.manhattanpublishing.com>

Council of Europe Publishing/Éditions du Conseil de l'Europe  
F-67075 STRASBOURG Cedex

Tel.: + 33 (0)3 88 41 25 81 – Fax: + 33 (0)3 88 41 39 10 – E-mail: publishing@coe.int – Website: <http://book.coe.int>

In vielen Städten haben die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zur Entwicklung benachteiligter Stadtteile geführt, in denen die Vielfalt auch mit Armut und häufig mit Marginalisierung oder Ausgrenzung einhergeht. Dies ist manchmal verbunden mit verschiedenen Formen und Ausmaßen einer sozialen Segregation, Diskriminierung und Gewalt.

In Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Krisen sind das Gefühl von Machtlosigkeit und Zukunftsangst mit der Gefahr verbunden, örtliche Spannungen und zugrunde liegende Konflikte zu verschärfen. Junge Menschen stehen häufig im Mittelpunkt dieser Spannungen, da sie verletzlicher und unsicherer sind und weil sie unmittelbarer von Unsicherheiten im Hinblick auf die Entwicklung ihrer Eigenständigkeit sowie ihre Partizipation in der Gesellschaft und ihren Beitrag zu deren Entwicklung betroffen sind.

Der Europarat hat sich der Aufgabe verschrieben, auf diese Situationen zu reagieren, indem er Empfehlungen für seine Mitgliedstaaten angenommen hat, in denen sie aufgerufen und unterstützt werden, angemessene politische Lösungen für Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt zu finden, von denen junge Menschen in benachteiligten Stadtteilen betroffen sind. Anfang 2015 nahm das Ministerkomitee des Europarates eine Politikempfehlung mit Vorschlägen für politische Maßnahmen für die Mitgliedstaaten an, um den Zugang von Jugendlichen zu sozialen Rechten zu fördern.

Die Vorschläge betreffen:

- die Bereitstellung zugänglicher, bezahlbarer öffentlicher Dienste;
- die Überwindung von Segregation;
- Förderung der Partizipation von Jugendlichen;
- Bekämpfung von Diskriminierung;
- Anerkennung der Jugendarbeit und nicht-formalen Bildung;
- Förderung geschlechtersensibler Ansätze für die Ausarbeitung einer Jugendpolitik.

Diese Publikation ist eine Ergänzung zu dieser Empfehlung und soll politischen Entscheidungsträgern, Fachkräften im Bereich Jugendarbeit, Jugendorganisationen und Jugendarbeitern deren Inhalt näher bringen und Informationen und Anleitungen für die schrittweise Umsetzung der Empfehlung geben. Die Publikation enthält des Weiteren Ratschläge und Handlungsvorschläge sowie politische Ansätze, die weiterentwickelt werden können, damit alle Akteure, die sich mit sozialer Inklusion und sozialer Kohäsion befassen, die sozialen Rechte von Jugendlichen ernst nehmen.

[www.coe.int](http://www.coe.int)

Der Europarat ist Europas führende Organisation für Menschenrechte. Er hat 47 Mitgliedsstaaten, darunter die Mitglieder der Europäischen Union. Alle Mitgliedsstaaten des Europarates haben die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet, ein Vertrag zum Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte überwacht die Umsetzung der Konvention in den Mitgliedsstaaten.



<http://book.coe.int>  
ISBN 978-92-871-8654-6  
19€/38\$ US

